

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 5. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3.50 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.50 Mk. halbjährlich, 10 Mk. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montag.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgehebelte Annoncen-gehe oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerbliche Annoncen und Veranlassungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (einfache) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inquirate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Innere Politik und Mobilmachung.

Man schreibt uns:

Der geniale Reichskanzler Fürst Bülow, der nächst Luther und Goethe zweitgrößte aller auf Deutschlands Boden geborenen Männer ist, hat kürzlich im preussischen Dreiklassenparlament von der Möglichkeit eines neuen Ausnahmegesetzes gesprochen. Und sein getreuer Kamulus Rheinbaben hat diese abgeschmackte Drohung noch unterstrichen. In politischer Hinsicht haben die beiden großen Staatsmänner vom „Vorwärts“ und anderen Parteiblättern den wohlverdienten Kopfschmerz schon erhalten. Wir wollen Herrn Bülows schöne Idee daher nur von der militärischen Seite aus beleuchten.

Preußen versteht es bekanntlich nur zu gut, einen erheblichen Teil der deutschen Grenzbevölkerung in die schärfste Opposition zu treiben und gegen sich aufzureizen. Voran stehen hier die Polen, dann kommen die Lotharinger und die Dänen. Nicht wirklich der Krieg mit zwei Fronten aus, so wird die deutsche Armee ihren strategischen Aufmarsch daher in Landstrichen vollziehen müssen, in denen das Gros der Bevölkerung ihr nicht freundlich gestimmt ist. Ein Teil der Bevölkerung gönnt ihr höchstwahrscheinlich eine schwere Niederlage von Herzen. Ob diese Gegnerschaft sich im Kriegsfall nicht sehr unangenehm fühlbar machen und besonders die fanatische Bebrückung der Polen sich nicht schwer rächen wird, ist sehr fraglich.

Auf jeden Fall hätten die Berliner Strategen triftige Gründe, dem Reichskanzler zu erklären, daß sie schon an den Polen und Lotharingern genug haben; er möge also gütigst nicht auch noch Leute, die im Innern des Reiches geboren sind, aufheizen und ihnen den letzten Rest der im Kriege so notwendigen Liebe zum Vaterland nehmen.

Graf Schlieffen, der ehemalige Chef des Großen Generalstabes, hat in seinem vielgenannten Artikel die strategische Lage des Reiches bekanntlich sehr düster geschildert und das Reichsoberhaupt hat ihm zugestimmt. Wie kann Fürst Bülow unter solchen Verhältnissen ein Ausnahmegesetz gegen die stärkste politische Partei des Reiches, die bei den letzten Reichstagswahlen trotz aller Intrigen, trotz aller Machenschaften über drei Millionen Stimmen errang, an die Wand malen? Gegen eine Partei, die so stark ist, daß die bürgerlichen Parteien an ihre Befriedigung nur unter der Voraussetzung glauben, daß sie alle zusammenstehen.

Weshalb denn der Reichskanzler nicht, daß die deutsche Armee auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht und daher die politischen Anschauungen im mobilisierten Heere ähnlich verteilt sein werden wie im Zivilleben? Mit der aktiven Armee, die selbstverständlich auch nicht wenige Sozialdemokraten in ihren Reihen zählt, kann man allein keinen großen Krieg führen. Mag es den Herrschaften in den höheren Regionen auch sehr unangenehm sein: es müssen Millionen Reservisten eingezogen werden. Gelangen die Reserve, die Landwehr I. und II. Aufgebots zur Einberufung, so haben 17 Jahrgänge einzurücken. Auf dem Papier ist der Jahrgang durchschnittlich etwa 230 000 Mann stark. Nimmt man an, daß von jedem Jahrgang ca. 15 Prozent durch Tod, Krankheit oder Desertion für die Verwendung im Kriege nicht mehr in Betracht kommen, so bleibt ein wirklicher Bestand von ungefähr 200 000 Mann pro Jahrgang. Somit können nach unserer, nebenbei bemerkt, durchaus nicht optimistischen Rechnung — die Militärbehörden rechnen mit günstigeren Zahlen — Reserve, Landwehr ersten und zweiten Aufgebots 3 400 000 Mann ins Feld stellen.

Viele Offiziere sind allerdings der Meinung, daß die Reservisten und Landwehrmänner fast aus „lauter Sozialdemokraten“ bestehen, womit die drakonischen Disziplinarstrafen, die über Angehörige des Wehrtaufenstandes nur zu oft verhängt werden, zu erklären sind, aber wir wollen die Verhältnisse für die Sozialdemokratie nicht so günstig einschätzen. Auch wenn wir voraussetzen, daß von den Reservisten und Landwehrmännern nur jeder sechste Mann Sozialdemokrat ist, sind rund 567 000 Sozialdemokraten im mobilisierten Wehrtaufenstande zu verzeichnen. Rählt die momentanen 501 000 Mann starke Armee auch nur 33 000 Sozialdemokraten, so rücken 600 000 Sozialdemokraten ins Feld. In der Wirklichkeit dürfte die Zahl größer sein, denn unsere Berechnung ist gewiß nicht zum Vorteil der Sozialdemokratie gefärbt.

Mit welcher Begeisterung die 600 000 Sozialdemokraten für Kaiser und Reich kämpfen werden, wenn sie während der Herrschaft eines Sozialistengesetzes einberufen worden sind, kann man sich vorstellen. Die deutschen Staatsmänner, die wohl deswegen so heizen, weil man mit ihnen keinen Staat machen kann, glauben wahrscheinlich, daß sie im Falle einer Mobilisierung nur das Sozialistengesetz aufzuheben brauchen, um alles wieder ins alte Geleise zu bringen.

Selbstverständlich würde eine solche Aktion ein schallendes Hohngelächter in den Reihen der Sozialdemokraten verursachen. „Aha“, würden sie sagen, „jetzt, wo Ihr unser Blut und unsere Knochen braucht, weil es Euch an den Kragen geht, wollt Ihr wieder gut sein. Ihr meint wohl, wir seien Hunde, die man heute prügelt und morgen zu seinem Schutz verwendet.“

Trotzdem die Aufhebung des Sozialistengesetzes bei dem Ausbruch eines Krieges eine ungeheure Blamage für die Regierung bedeuten würde, bliebe ihr nichts anderes übrig, als dieses Kreuz auf sich zu nehmen. Ein Krieg bedeutet ja nicht nur für die ins Feld Rüdenden, sondern auch für die nicht direkt am Kampfe Beteiligten eine furchtbare Zeit. Sie wird ihnen, abgesehen von der Sorge um die vor dem Feinde stehenden Angehörigen und Freunde, abgesehen von der Trauer über die vom organisierten Massenmord Dahingerafften, auch Leuerung, Arbeitslosigkeit, kurz, bittere Not bringen. Will eine hohe Obrigkeit unter solchen Verhältnissen einen großen Teil des Volkes auch noch mit einem Ausnahmegesetz traktieren? Das gedulbigste zweibeinige Schaf, das die Welt hervorgebracht hat, ist bekanntlich der Deutsche. Erst der Sozialdemokratie ist es gelungen, seiner Milch der allzukommen Denkungsart etwas gährend' Drachengift beizumischen. Aber der Versuch, ein Sozialistengesetz während eines Krieges aufrechtzuerhalten, dürfte selbst bei den gedulbigen Deutschen gewagt sein.

Die Drohung des Reichskanzlers mit einem neuen Sozialistengesetz beweist wieder, daß die herrschenden Kreise die Armee noch immer ähnlich taxieren wie ein Söldnerheer. Die Kerle haben einfach nach bestem Können drausloszustechen, zu hauen und zu schießen. Alles übrige hat ihnen egal zu sein.

Nach den Lehren der Strategie ist der Krieg nur eine Fortsetzung der äußeren Politik. An die Stelle der vermittelnden Feder tritt dann die brutale Gewalt. Mögen jene, die im Falle einer Niederlage am meisten zu verlieren haben, bedenken, daß in der Gegenwart der Ausgang eines Krieges sehr viel von der inneren Politik abhängt, die vor dem Kriege eingeschlagen wurde. Das gilt nicht von einer in neuen Ausnahmegeetzen bestehenden Truppolitik, sondern auch von der nicht minder erbitternden Truppolitik, wie sie die Verweigerung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für das preussische Proletariat darstellt!

Die patriotische Opferfreudigkeit der Agrarier.

Die Finanzkommission des Reichstags hatte am Donnerstag einen großen Tag. Mit dem Reichsschatzsekretär waren die Finanzminister sämtlicher Bundesstaaten erschienen. Zur Beratung steht die Nachlasssteuervorlage, deren § 1 lautet:

„Beim Tode einer Person unterliegt deren Nachlaß, sofern der reine Wert den Betrag von 20 000 Mark übersteigt, der Nachlasssteuer.“

Vor Eröffnung der Generaldiskussion hält es der Reichsschatzsekretär für angezeigt, denjenigen Preßstimmen entgegenzutreten, die von einer Veränderung des Standpunktes des Bundesrats bezüglich der Nachlasssteuer zu reden wußten. Die Regierung hält die Grundlage der Finanzreform, der Besteuerung des Verbrauchs und des Besitzes, unter allen Umständen aufrecht. Die gegen den vorliegenden Entwurf vorgebrachten Gründe erkennt die Regierung für nicht stichhaltig. Auf den Grundbesitz ist in der Vorlage gebührend Rücksicht genommen. Durch die in Vorschlag gebrachte sogenannte Veredelung der Matrikularbeiträge würde, abgesehen von den damit verbundenen erheblichen Schwierigkeiten, der Besitz nicht in dem Maße getroffen werden, wie durch die Nachlasssteuer, ebensowenig könne die von anderer Seite vorgeschlagene Vermögenssteuer in Betracht kommen, ohne die Interessen der Einzelstaaten dadurch ungünstig zu beeinflussen. Nachdem sodann der Korreferent Dr. Müller-Meinungen berichtet, daß die meisten der eingegangenen Petitionen gegen die Nachlasssteuer aus landwirtschaftlichen Kreisen stammten, darunter von landwirtschaftlichen Vereinen und dem Bund der Landwirte, wendet sich der Referent Freiherr v. Rüdiger sehr entschieden gegen das Prinzip der Nachlasssteuer. Durch die Vorlage sei in weiten Kreisen des Volkes eine feindselige Stimmung gegen die Regierung erzeugt worden. Die Regierung habe das zweite Gebiet der indirekten Steuern lange nicht genügend ausgenutzt, sonst würde es sehr wohl möglich gewesen sein, die ganze Summe damit zu decken. Möge die Kommission diese Veräußerungsmittel, an der Veredelung der Matrikularbeiträge würden er und seine Freunde sich beteiligen, den § 1 der Nachlasssteuervorlage ablehnen, aber deshalb gern an der Beratung der anderen Paragraphen mitwirken. Nachdem nun noch Rüst Hatfeldt für die Reichspartei und Herold für das Zentrum sich in kurzen Erklärungen gegen die Nachlasssteuervorlage geäußert, letzterer auch noch hinzugefügt hatte, daß das Zentrum für Verbrauchssteuern, die nur die Verzehrenden treffen, zu haben wäre, ergriff der preussische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben das Wort. In einer langen, eindringlichen Rede behandelte er sämtliche gegen die Vorlage vorgebrachten Gründe sehr eingehend. Von vornherein erklärte er, daß an die Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht gedacht werden kann, weil die meisten Bundesstaaten schon jetzt an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangt seien. Nichtig sei freilich, daß das Volk noch eine Mehrbelastung an Verbrauchssteuern tragen könne, aber über das Maß dessen, was die Vorlagen nach dieser Richtung enthalten, sei wohl kaum noch hinauszugehen. Nun sei aber die Situation zurzeit derart, daß die Erhaltung des Ansehens und der Nachstellung des Reiches nach innen und außen es erforderlich mache, den Besitz für das patriotische Opfer in Anspruch zu nehmen. Aus einer, dieser Woche erst erschienenen

statistischen Arbeit weist Rheinbaben nach, daß von den rund 1 201 000 landwirtschaftlichen Betrieben des Königreichs Preußen überhaupt nur 220 000 Mark, also ein Fünftel, bei der Nachlasssteuer in Frage kommen, da nur bei diesen ein Wert von 20 000 Mark und darüber zu konstatieren sei. Und für diese ist die Vorsorge im Entwurf eine derartig weitgehende, daß überall nicht von einer Expropriation des landwirtschaftlichen Besitzes die Rede sein könne. So betrage nämlich die jährliche als Rente zu entrichtende Steuer bei einem Nachlaß im reinen Werte von 100 000 Mark nur 35 Mark jährlich, bei 2 Millionen 1236 Mark. Der Minister schloß mit der „ernstlichen Bitte“ an die Gegner der Vorlage, alle ihre durchaus „ungerechtfertigten Bedenken auf den Altar des Vaterlandes zu opfern“.

Dr. Weber von den Nationalliberalen ist durch die Worte des Korreferenten nicht von der Notwendigkeit der Nachlasssteuer überzeugt worden und erklärt, daß sie gegen den § 1 stimmen, aber auch an der Weiterberatung der Vorlage nicht teilnehmen wollen. Er und seine Freunde seien dagegen, weil sie im Trauerfalle nicht vom Steuerschmüßler in der Familie gestört sein wollen.

Dr. Wimmer erklärt sich bereit, auf Grund der Vorlage an der Lösung der Finanzfrage mitwirken zu wollen, ist aber der Ansicht, daß eine Vermögenssteuer zweckmäßiger wäre.

Daß es Herrn v. Rheinbaben nicht gelungen ist, den konservativen Widerstand durch seine schöne Rede zu brechen, bewies ihm sofort Graf Schönerh. v. Löw, der in einer ebenfalls sehr langen Rede alle vom Finanzminister vorgebrachten Gründe zu entkräften suchte und die Erklärung Rüdigers wiederholte, daß die Konservativen gar nicht daran denken, der Regierung den Gefallen zu tun, ihre Bedenken auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern!

Revue über die Sozialpolitik.

Aus dem Reichstage. (4. Februar.) Alljährlich, wenn es bei der Staatsberatung zu dem Titel „Staatssekretär für das Reichsamt des Innern“ kommt, ist es Brauch, daß alle Parteien ihre Auffassung über die Sozialpolitik des Reiches im ganzen Umfange vorbringen. Seit Jahren geschieht das. Der Brauch wird anerkannt von allen Parteien, bei jedermann. Das einzige Mitglied des Hauses, das dies noch nicht begriffen hat, ist der Vizepräsident des Reichstags, Herr Johannes Kaempf; denn als heute im Laufe des Diskussions Genosse noch auf darauf zu sprechen kam, daß bei der Gewerbeordnungs-Novelle die Zahl der Tage für Ueberarbeit von den bürgerlichen Parteien erhöht worden sei, wurde er plötzlich von dem Präsidenten Kaempf unterbrochen, mit der Mahnung, sich an die Tagesordnung zu halten. Noch remonstrizierte gegen diese völlig unberechtigte Handhabung der Präsidialgewalt und wurde dabei von den Sozialdemokraten kräftig unterstützt, während das Schweigen der Bloßgenossen dem Herrn Kaempf bewies, daß sein verblüffender Gewaltstreich selbst bei denen arges Mißbehagen erzeugt hatte. Die Bloßparteien sollten sich aber doch wirklich einmal die Frage vorlegen, ob es für sie nicht ratsam wäre, an Stelle des Herrn Kaempf irgend einen beliebig anderen freisinnigen Abgeordneten ins Präsidium zu senden, denn ein derartig phänomenales Unverständnis für die Präsidialbefugnis, wie es Herr Kaempf nun schon zu wiederholten Malen bewiesen hat, diskreditiert schließlich nicht nur ihn allein, sondern die gesamten Parteien, die ihn auf seinem Posten halten.

Die Redner der bürgerlichen Parteien, die zunächst zu Worte kamen, das Zentrum sowohl wie die Nationalliberalen, Herr Trimborn und Herr Vassermann, dann aber besonders der konservative Herr Pauli suchten ihr warmes Mittelstandsherz in Empfehlung zu bringen. Herr Trimborn enthielt sich dabei aber wenigstens der Angriffe auf die Arbeiter, während die Kleinmeisterseelen in der Brust des Herrn Pauli ihrer Arbeiterfeindschaft auch bei dieser Gelegenheit die Zügel schießen ließ. Aber auch Herr Vassermann konnte sich nicht enthalten, ein Scheit zur Verbreitung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen beizutragen und den Betriebskrankenkassen das Wort zu reden.

Genosse Schönerh. v. Löw entwarf ein großzügiges Programm der sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Besonderes Gewicht legte er darauf, daß gegenwärtig die sozialen Gesetze wesentlich unter dem Mangel leiden, daß Regierung und bürgerliche Parteien bei deren Abfassung von der Fabel vom freien Arbeitsvertrage zwischen dem einzelnen Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter ausgehen. Statt dessen müsse davon ausgegangen werden, daß korporative Interessenvertretungen der Unternehmer und der Arbeiter mit einander Verträge abschließen. Bei Anerkennung dieses Grundsatzes könnte man die Einzelbestimmungen vielfach einschränken.

Schließlich kam auch Herr Dr. Mugdan (freis.) zum Wort. Er hatte sich offenbar darauf zugestimmt, daß der Sozialdemokrat die Sozialpolitik des Deutschen Reiches im allgemeinen als minderwertig hinstellen würde. Das war aber doch gar nicht eingefallen. Herr Mugdan war der veränderten Situation nicht gewachsen. Er schnarrte seine einstudierte Antwort auf das nicht gefallene Stichwort herunter und kam so dazu, das erkannte Haus eingehend darüber zu beleuchten, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Canada mancherlei weniger gut eingerichtet sei als in Deutschland.

Nach dieser ebenso deplacierten wie ungeliebten Regierungskommissarsrede vertagte sich das Haus bis morgen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Februar 1909.

Die dritte Lesung der Besoldungsreform.

In knapp zwei Stunden hat das preussische Abgeordnetenhaus am Donnerstag die Besoldungsreform in dritter Lesung beraten. Gegenüber den Beschlüssen zweiter Lesung wurde nur insofern eine Änderung getroffen, als die Lehrerinnen und Vorkurslehrer bei der Beförderung der Justizverwaltung und bei der Strafanstaltsverwaltung eine kleine Aufbesserung erhielten, so daß diese Besoldungen wenigstens nicht mehr schlechter gestellt sind als die Volksschullehrerinnen.

In der Generaldebatte erging namens der sozialdemokratischen Fraktion nochmals Genosse Ströbel das Wort, um die Besoldungsreform, die der Finanzminister als einen Akt weitreichender Fürsorge bezeichnet hatte, als das zu charakterisieren, was sie in Wirklichkeit ist: eine völlig belanglose Aufbesserung der Gehälter der jämmerlich entlohten Unterbeamten, eine Aufbesserung, die noch nicht einmal den gesteigerten Lebensmittel- und Mietpreisen entspricht. Sein Nachweis, wie wenig Preußen im Gegensatz zu Bayern seiner sozialen Pflicht gerecht geworden ist und wie sehr die besitzenden Klassen bei der Aufbringung der Mittel zu verfallen haben, sich selbst zu schonen, war der Mehrheit höchlich unangenehm. Die Konservativen schickten daher schließlich einen ihrer Führer, Herrn v. Pappenheim vor, der unsern Redner mangelnde Sachkenntnis und tendenziöse Entstellung vorwarf, ohne indessen auch nur den Schein eines Beweises für diese Behauptung zu erbringen. Kaum hatte Herr v. Pappenheim seine Rede beendet, da erhob sich schon der übliche Schlussantrag, der der Debatte ein Ende und dem Genossen Ströbel eine Entwidung unmöglich machte.

In der Gesamtabstimmung stimmten auch die Sozialdemokraten, obwohl der größte Teil ihrer Wünsche unerfüllt geblieben ist, für die Vorlage, damit die Unterbeamten wenigstens nicht ganz leer ausgehen.

Nach Erledigung der Besoldungsreform beriet das Haus den Staatsvertrag mit Hamburg betr. Verbesserung des Fahrweges der Elbe (sogen. Röhrendam-Vertrag) nebst dem dazu gehörigen Gesandtschaftsbericht über die Änderung der Landesgrenze gegen Hamburg im Landkreis Harburg.

Talentvolles „Federvieh“.

Einer der vielseitigsten und eigenartigsten Exponenten der „Federvieh“-Gattung ist der große Schriftsteller Eduard Goldbeck, und zwar nicht nur insofern, als er gleichzeitig über Jola, Rosenmund, Saure Gurken, die „Lustige Witwe“, die Hofmarrilla, den Fürsten Wilow und Kartoffelpiraterie schreibt, sondern weil er auch nach humanistischem Rezept zugleich demokratisch und konservativ, nationalliberal und nationalsozial zu rationalisieren vermag. Sein journalistisches Genie findet sich in allen Sätteln zurecht. Kein Wunder, daß diese amüsante Kapazität sich in der illustrierten Wochenchrift „Zeit im Bild“, für die er nebenbei auch noch die sogenannte „Politische Rundschau“ fabriziert, sich folgende Beschimpfung der letzten Berliner Wahlrechtsdemonstration leistet:

Auch der Berliner fängt jetzt an, auf die Straße zu gehen und politisch zu demonstrieren. Freilich steht ihm die neue Gewohnheit noch nicht recht zu Gesicht. Wenn unser Böbel brüllt: „Nieder mit Wilow!“, so durchschaut der wilde Ruf den ruhigen Bürger nicht, denn er weiß ganz genau, daß der Kasperler zu jeder Stunde des Tages in der Großen Frankfurter Straße spazieren gehen könnte, ohne daß ihm ein Häuschen gestimmt würde. Das Temperament unseres Volkes begünstigt Straßenjungen ebensoviele wie das Klima unseres Landes. Der Deutsche gehört in seinem öffentlichen Leben unter Dach und Fach, und hoffentlich haben wir's nun bald erreicht, daß Monarchen, die uns mit ihrem Besuch beehren, nicht mehr im Freien von Würdenträgern empfangen werden, die vor Frost und Eiskälte schlittern. Der Vater der Stadt möge sie, wie in England, im Rathause begrüßen.

Innerliche Demagogie.

Berschiedentlich haben wir nachgewiesen, daß es nichts als Heuchelei ist, wenn die Junker ihre Opposition gegen die Nachlasssteuer damit begründen, daß diese Steuer gerade den kleinen Landwirt am härtesten trifft. Da die Nachlasssteuer erst bei einer Erbschaft im Werte von 20 000 Mark beginnt, wird der kleine und mittlere Bauer gar nicht von der Steuer getroffen; und selbst der Großbauer soll nur eine ganz minimale Erbschaftsteuer zahlen, die seine Einnahmen und seine Lebenshaltung nicht im geringsten beeinträchtigt. Bestätigt werden diese Ausführungen durch eine Berechnung des Prof. Julius Wolf (Dresden) im roten „Tag“. Er schreibt:

„Die besitzfeindlichen Absichten der Reichsnachlasssteuer sind in der gegen sie ins Werk gesetzten Agitation gewaltig übertrieben worden, denn den bauerlichen Besitz, den sie in seiner Existenz bedrohen soll, trifft sie fast überhaupt nicht, nämlich nicht den Klein- und Mittelbesitz. Den Großbauer aber belegt sie mit einer Steuer, die bei der Möglichkeit einer Verteilung auf zehn Jahre, von welcher Möglichkeit die Erbschaft zinslos erfolgt, ausgiebig Gebrauch gemacht werden wird, so gering ist, daß er sie auch unter sehr viel ungünstigeren Verhältnissen als den heutigen ohne sonderliche Beschwerde aufzubringen vermag.“

Nach den auch von den Vertretungskörpern der Landwirtschaft abgelehnten Plänen der amtlichen preussischen Statistik ist der durchschnittliche Vermögenswert kleinbäuerlichen Besitzes in Preußen 9100, jener mittelbäuerlichen Besitzes 15 500 M. Die Nachlasssteuer beginnt aber erst bei einem Wert des Nachlasses von mehr als 20 000 M. Klein- und mittelbäuerlicher Besitz fällt also in der Tat nicht unter sie.

Der durchschnittliche Vermögenswert großbäuerlichen Besitzes ist in der amtlichen Statistik mit 40 700 M. angegeben. Die Nachlasssteuer beträgt bei einem reinen Wert des Nachlasses von 40 bis 50 000 M. 0,7 Proz. Sie wird in Wahrheit für den Durchschnitt des großbäuerlichen Besitzes angesetzt der für Ermittlung des Wertes geltenden Grundätze nicht über 0,6 Proz. sein, bei Einstellung aber auch eines Anlasses von 0,7 Proz. bedeutet das eine Nachlasssteuerverlust im Ausmaße von 285 M., so wie in zehnjährigen Ratenzahlungen abgeführt, eine jährliche Steuerlast von 28,50 Mark. Da dieser Steuer eine Erbschaft im Werte von 40 700 M. gegenüber steht, sollte sie von den Erben geleistet werden können, ohne ihre wirtschaftliche Existenz zu gefährden, und ohne das Gefühl einer unberechtigten „Grabschabung“ bei ihnen aufkommen zu lassen.“

Das ist richtig und auch den agrarischen Agitatoren bekannt. Sie wissen ganz genau, daß die Bauern, die sie zum Protest gegen die Ruinierung der Landwirtschaft durch die Nachlasssteuer aufrufen, von dieser Steuer gar nicht getroffen werden; aber die Junker können doch nicht offen zugeben, daß sie wohl der Regierung die zur Reichspleite führenden enormen Heeres-, Flotten- und Kolonialausgaben bewilligt haben, zur Deckung dieser Ausgaben jedoch nichts beitragen wollen, so haben sie denn die Mär von der ruinösen Wirkung der Nachlasssteuer auf den Bauernstand und von der Zerstörung des deutschen Familienfinns erfunden.

Wie man in Preußen für die Volksschule sorgt.

Eine furchtbare Sprache redet eine Statistik, die in der „Deutschen Schule“ (Berl. Zst. Minthardt; herausgegeben im Auftrage des Deutschen Lehrervereins) veröffentlicht wird. Man liest darin nachfolgende Zahlen:

6184 398 Kinder der preussischen Volksschulen sind in 115 902 Klassen (d. h. Unterrichtsstunden) formiert; aber von diesen 116 000 Schulkompagnien haben rund 16 000 keinen Erganzungsplatz, d. h. es fehlen in Preußen rund 16 000 Klassenzimmer (etwa 1000 in den Städten, 15 000: geschrieben fünfzehn-tausend Klassenzimmer auf dem Lande!) und zwar im Rheinland 750, in Pommern 1100, in Brandenburg 1800, in Posen 1700, in Schlesien 3900 Klassenzimmer.

Weiter: Für diese 115 902 Unterrichtsstunden (Klassen) sind nur 101 051 Lehrerstellen eingerichtet, von denen oben drein 3077 unbesetzt sind, so daß für 115 902 Abteilungen (Klassen) nur 97 974 Lehrer vorhanden sind. Kurz, es fehlen für 18 000 Klassen die Lehrer!

So fehlen beispielsweise in Brandenburg 1810 Lehrer, in Posen 1865 Lehrer, in Schlesien 3863 Lehrer usw.

Ein eckiges preussisches Gesicht zeigt die Statistik in Bezug auf die Belastung der Lehrkräfte (abgesehen von der Ueberlastung, denen Tausende von Volksschullehrern ausgesetzt sind), wenn man „höhere“ und Volksschule vergleicht:

In Preußen fallen auf eine Lehrkraft durchschnittlich:

	Höhere Knabenschule	Höhere Mädchenschule	Mittelschulen	Volksschulen
Kinder	10	23	32	63
Provinz Posen	20	21	37	73

Die jährliche Ausgabe beträgt in Preußen durchschnittlich:

Für einen Schüler der Volksschule 63 M., der höheren Lehranstalten 279 M., der höheren Mädchenschulen 172 M., der Mittelschule 109 M.

Ein kurzes Beispiel für die erbärmlichen Besoldungsverhältnisse: In einem hinterpommerschen Städtchen bezieht ein Gymnasiallehrer, der durchschnittlich 14 Kinder unterrichtet, im Durchschnitt 6000 M. Gehalt, ein Volksschullehrer bei 52 Kindern 1800 M. Durchschnittsgehalt.

Diese Zahlen zeigen zur Genüge, wie es um die preussische Volksschule steht.

Landrätliche Versprechungen.

Im kurhessischen Landtagswahlkreis Kottenburg-Gesfeld ist nach erregtem Wahlkampf zwischen zwei konservativen und einem antisemitischen Kandidaten der in ersterem Orte beamtete Landrat Färke gewählt worden. Wir haben seinerzeit bereits festgestellt, daß die Wahl dieses Landrats zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen ist, daß er in der Agitation vorgab, im Falle der Wahl im Gegensatz zu den übrigen Kandidaten für die Abänderung des reformbedürftigen preussischen Wahlrechts in liberalerem Sinne stimmen zu wollen.

Der Färke wurde gewählt. Aber die Gelegenheit, für die Verbesserung des Wahlrechts in Preußen einzutreten, hat er auch kürzlich wieder ungenutzt vorbeigehen lassen. Denn es ist nicht bekannt geworden, daß der konservativste Abgeordnete Färke bei den Erörterungen über das Wahlrecht das Wort ergriffen hätte, um seinem Versprechen nachzukommen. Wohl aber wurde festgestellt, daß der Landrat Färke bei den wichtigen Wahlrechtsdebatten gar nicht im Landtage war, also vorsichtigerweise weit vom Schauplatz geblieben ist. Da aber Berufspflichten den landrätlichen „Vollstreckter“ von der Ausübung seines Mandates nicht abgehalten haben — denn er hat ja zur Vertretung einen Assessor, den er freilich nicht von seinen Diäten befreit —, so ist anzunehmen, daß er die Abstimmung in der Wahlrechtsfrage gefürchtet haben dürfte. Denn wäre der Konservative seinen Wahlversprechungen nachgekommen, dann hätte er sich ganz gewiß die Wahrung der konservativen zugezogen. Und die Freundschaft der in Preußen fast allmächtigen Junkersippe geht natürlich einem königlich preussischen Landrat über alles.

Der Fall beweist wieder einmal, was von konservativen Wahlversprechungen zu halten ist.

Ein Stücklein vom Dr. Wienko.

Der Dresdener Polizeipräsident, der den Handabhaber nicht finden konnte, ist bei anderen Gelegenheiten ein sehr umsichtiger Herr. Am Sonntag hat er es bei den sozialdemokratischen Straßendemonstrationen bewiesen. Dreizehn der verhafteten Demonstranten wurden auf besonderen Befehl des Polizeipräsidenten bis Montag früh 9 Uhr im Polizeigefängnis festgehalten! Die zur Feststellung des Tatbestandes aufmarschierten Polizeibeamten mußten wieder abtreten. Den größten Teil der verhafteten Wahlrechtsdemonstranten brachte man vorübergehend im Bezirkskommando unter, wo sie von Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett bewacht wurden. Die Vaterlandsverteidiger wurden ausdrücklich auf den Waffengebrauch im Falle des geringsten Fluchtversuches hingewiesen. Beim Austreten wurde dem diensthabenden Offizier Meldung erstattet und unter militärischer Begleitung wurde dann das unausschießbare Geschäft erledigt. Schließlich mußten die 13 Uebeltäter, die „Nieder mit Wilow“ gerufen hatten, „durch ein dichtes Spalier aufgepflanzter Bajonette“ in den Gefangenenwagen spazieren, um nach dem Polizeigefängnis gebracht zu werden.

Nachmal's Herr Mumm.

Zur Siegerner Reichstagswahl veröffentlicht die „Königliche Volkszeitung“ eine Zuschrift aus Zentrumskreisen, die erkennen läßt, daß die ultramontane Parteileitung bei der Stichwahl völlig die Herrschaft über die Wähler verloren hatte. Man hatte allgemein angenommen, daß die Zentrumsstimmen bei der Stichwahl samt und sonders auf den Christlichsozialen fallen würden. In diesem Sinne war auch das Schreiben gehalten, das der Vorsitzende der westfälischen Zentrumsgruppe, der Abgeordnete Gerold, auf eine Anfrage aus dem Wahlkreis erlassen hatte. Darin erklärte sich Gerold in voller Uebereinstimmung mit dem gesamten Vorstande der Zentrumsfraktion für die Kandidatur Mumm. Aber das Reichswahlkomitee in Siegen fand es richtig, dieses Schreiben der Parteileitung den Wählern vorzuenthalten und ihm auch keine Beachtung zu schenken.

Die Zuschrift in der „Königlichen Volkszeitung“ schließt ihre Betrachtung:

„Wer im Volke steht und in der Volksseele zu lesen versteht, kann beobachten, daß fast alle Zentrumswähler sich schon jetzt dieser Wahl schämen. Und mit Recht; denn Kirchturnpolitik, Anglimerei und Heßer in unserem Lager haben den Nationalliberalen den Sieg zufallen lassen. Ueber ein solches Wahlergebnis hätte man sich freuen können, wenn es sich bei der Reichstagswahl um einen Nationalliberalen und einen Sozialdemokraten gehandelt hätte. Aber bei der hier anstehenden Entscheidung zwischen christlichsozial und nationalliberal mußte jeder christliche Sozialpolitiker und jeder echte Zentrumsmann ein anderes Wahlergebnis anstreben.“

Herr Mumm ist bekanntlich der Vater der christlichnationalen Arbeiterbewegung, die die Aufgabe haben sollte, die nicht sozialdemokratische Arbeiterkraft zu einigen, und namentlich auch die parlamentarische Macht der christlichen Arbeiterbewegung zu stärken. Die Probe, die Herr Mumm auf die Zuverlässigkeit des christlich-nationalen Votums gemacht hat, ist nicht sehr ermutigend, da ihn

gerade diejenige Partei im Stiche gelassen hat, auf deren Hilfe er am sichersten gerechnet hatte: das Zentrum. Und der Nachfolger Stöckers im christlichsozialen Reich hatte sich doch so große Mühe gegeben, sich der frommen Bevölkerung des Siegerlandes als den Vertreter des wahren Christentums zu empfehlen. Aber es scheint, daß er es gerade dadurch mit manchem Zentrumsmann verdoeben hat. Denn das ultramontane „Westfälische Volksblatt“ schreibt:

„Die Haltung der Zentrumsblätter muß an sich auffallen, denn für einen Nationalliberalen gegen einen Christlichsozialen einzutreten, muß für einen Zentrumsmann enorm schwer, fast unmöglich sein. Als Grund scheint in Betracht zu kommen zunächst die Art und Weise, wie Ziential Mumm als christlichsozialer Kandidat die Agitation führte, nämlich in aus-geprägt protestantisch-orthodox-fremdmeindlicher Weise, die auf manchen Katholiken unappetitlich wirkte, weil sie einen starken Stich ins Scheinheilige hatte, z. B. wenn jede Wählerversammlung mit Gebet eröffnet und die christlichsoziale Sache als die Sache des Reiches Gottes hingestellt wurde, natürlich eines protestantischen Sonderreiches Gottes.“

Ein „lästiger“ Ausländer.

Aus Breslau wird berichtet:

Zu Weihnachten bekam hier ein österreichischer Genosse namens Janak Fächer, der hier öffentlich herorgetreten ist, ein Paket aus der Heimat, das u. a. auch eine kleine Bibliothek enthielt. Das Paket fandte die Bücher, statt sie dem Befürworter einzuhändigen, dem Polizeipräsidenten zu, der Kautschuk Proschüre über „Die soziale Revolution“, Liebknechts „Anti-Militarismus“ und Roland-Holsts „Der politische Klassenkampf“ zunächst zu näherer Prüfung zurückbehielt. Da der Befehl dieser Bücher aber auch in Preußen bisher noch kein strafbares Verbrechen ist, mußten sie dem Oesterreicher wieder ausgehändigt werden; auf dem Fuße folgte aber eine Hausung und ein paar Wochen später die ohne jede Begründung ausgesprochene Ausweisung! Innerhalb acht Tagen mußte er das preussische Staatsgebiet verlassen. Der Genosse unterbreitete diesen Akt polizeilicher Willkür seinem Konsulat und fragte, ob etwas dagegen zu machen sei. Man zuckte vielfach die Achseln und meinte: „Sie wissen doch, Landsmann, wie man in Preußen, gerade in Preußen, hinter den Sozialdemokraten her ist.“

Polizei gegen eine sozialdemokratische Interpellation.

In der Stadtverordnetenversammlung zu Remscheid interpellierten am Dienstag die sozialdemokratischen Stadtverordneten wegen der polizeilichen Uebergriffe bei der Wahlrechtsdemonstration unserer Genossen an Kaisers Geburtstag. Der Oberbürgermeister weigerte sich, auf die Interpellation einzugehen. Als Genosse Koch gegen diese Praxis beständigen Protest erhob, drohte der Oberbürgermeister, er werde Koch hinauswerfen lassen. Die schneidige Drohung entsetzte große Unruhe, und nun erschien in der Tat ein Polizeieinspektor im Sitzungssaal!

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung erklärte Koch zur Geschäftsordnung, der Oberbürgermeister selbst habe bereits eine Bemerkung zur Sache gemacht und er (Koch) verlange Abtötung, ob die Interpellation verhandelt werden solle. Die Abstimmung erfolgte; sämtliche bürgerlichen Stadtverordneten stimmten gegen die Vernehmung. Die Remscheider Stadtverordnetenversammlung wird durch die Freisinnigen beherrscht.

Die Dresdener Wahlrechtsprozesse.

Am Donnerstag wurde in Dresden ein junger Tischlergehilfe zu einer Woche verurteilt, weil er „Pfui“ gerufen haben soll.

Militärische Maßnahme kontra Lippe-Diesterfeld.

Der Oberst der Garnison von Detmold liegt mit dem am preussischen Hofe nicht beliebten Fürsten von Lippe. Er verbietet die Mitwirkung der Militärkapelle bei den Operraufführungen im Detmolder Hoftheater. Vorher hat der Oberst schon die Promenadenkonzerte im fürstlichen Schlosspark unterlag und als die Regimentskapelle der Fürstin ein Geburtstagsständchen brachte, schickte er der Hofkapelle eine Rechnung dafür.

Ein deutsch-venezolanischer Handelsvertrag.

Nach einer in New-York über Willemsstad und Caracas eingegangenen Meldung haben der deutsche Gesandte und der Minister des Auswärtigen am 26. Januar einen Freundschafts-, Schiffs- und Handelsvertrag unterzeichnet, der Deutschland das Recht der Reisefreigabe in Venezuela einräumt. Der Abschluß des Vertrages sei das Ergebnis langjähriger Bemühungen.

Die Balkankrise.

Der russische Vorschlag.

Konstantinopel, 4. Februar. „Jeni Gazette“ schreibt, der finanzielle Vorschlag Russlands sei derart ungenügend motiviert, daß selbst die russische Volschaft hierüber keine genügenden Informationen habe. Die russische Ententevermittlung sei eine delicate Frage und müsse von der Forde gründlich geprüft werden. Nach den früheren und späteren Vorschlägen der Forde ist es jedenfalls vorteilhafter, daß Bulgarien sich direkt verständige und 100 Millionen sofort und 25 Millionen in mehreren Raten zahle.

Die jungtürkische „Schurai Ummet“ sagt, Rußland habe seinen Vorschlag der Forde nicht direkt, sondern durch englische Vermittlung gemacht. England verlange eine Abänderung des Vorschlags, wonach die Türkei Bargeld erhalte, das heißt, daß Rußland der Türkei bar 80 Millionen Frank gebe und 45 Millionen durch die türkische Kriegsschuldung verrechne. Im Sinne dieser englischen Vermittlung werde der heutige Ministerrat den russischen Vorschlag beraten.

Die hiesigen Finanzkreise sind dem russischen Vorschlag nicht geneigt und führen aus, daß ein nur 18 Jahre dauerndes Freiwerden der für die türkische Kriegsschuldung verfallenen Einkünfte für eine türkische Anleihe ungenügend sei.

Wien, den 4. Februar. In einem längeren inspirierten Artikel bespricht das „Freundenblatt“ den russischen Vorschlag und erklärt, falls Bulgarien und die Türkei nicht die berechtigten Forderungen der orientalischen Eisenbahn befreiten würden, so werde Oesterreich-Ungarn dem russischen Vorschlag zustimmen.

Oesterreich.

Die Aufnahme der Sprachengesetze.

Wien, 4. Februar. Abgeordnetenhause, In fortgesetzter Beratung über die gestrige Erklärung der Regierung Ma-sachl (Abgeord.) das Vorgehen der Regierung bei Regelung der Sprachenfrage als Verfassungsbruch, da das Parlament nur zur Erlassung eines Rahmengesetzes zur Regelung der Sprachenfrage kompetent sei. Es gehe doch nicht an, die Sprachenfrage in Wähmen allein lösen zu wollen, ohne in Währen und Schlesien ein Gleiches zu tun. Abg. Dr. Urban (Deutsch-Böhmisch) erklärte, die deutsch-böhmischen Abgeordneten billigten vollkommen den Versuch der Regierung, eine Abtätigung der Sprachenfrage im Reichsrat durchzuführen. Von einem Verfassungsbruch könne keine Rede sein. Dagegen hätten die Regierungsvorlagen die deutsch-böhmischen Abgeordneten schwer

enttäuscht; denn, während die Tschechen ungefähr in dem Besitz dessen gelangen, was sie ja faktisch eroberten, schließt die Bilanz der Deutschen auf allen Linien mit einem Defizit ab. Die Vorlagen seien für die Deutschen in der gegenwärtigen Form unannehmbar.

Ein optimistischer Urteil.

Wien, 4. Februar. Trotz der furchtbaren Räusungen in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist die Situation des Abgeordnetenhauses heute als gebessert anzusehen. Es zeigt sich, daß bisher die Regierung nur durch Mangel an Aktivität gestützt hat. Das Sprachengeseh findet keine ungünstige Aufnahme. Sowohl Deutsche als auch Tschechen finden Vorbehalte für sich darin und erklären die Vorlage als geeignet zu der Grundlage weiterer Verhandlungen. Die Situation Wieners hat sich schon durch den endlichen Entschluß gebessert, die Vorlage ohne weiteren Aufschub im Abgeordnetenhaus einzubringen, sie sei jedoch deshalb noch lange nicht als gut zu bezeichnen.

England.

Meinungsverschiedenheiten im Ministerium.

London, 4. Februar. „Daily Chronicle“ gibt heute Gerüchte wieder, denen zufolge möglicherweise eine Kabinettskrise eintreten und drei Minister aus ihren Ämtern scheiden würden. Es sei, so schreibt das Blatt, unabweisbar ein scharfer Gegensatz hinsichtlich der Marineforderungen vorhanden. Einige Minister, dem Vernehmen nach der Staatssekretär für Indien Viscount Morley, Finanzminister Lloyd-George, Handelsminister Churchill und der Präsident der Lokalverwaltung Burns, hielten das Schiffbauprogramm der Admiralität für zu weitgehend. Die Gegner dieses Programms seien der Meinung, daß Schiffe schneller gebaut würden, als sie mit ausgebildeter Mannschaft versehen werden könnten, und daß die Einbringung eines umfangreichen Schiffbauprogramms gleichzeitig mit dem Besuch des Königs in Berlin die Wirkung dieses Besuchs beeinträchtigen würde. Dagegen wollen die imperialistischen Minister, an ihrer Spitze Asquith und Grey, eine starke Vermehrung der Marineausgaben vorschlagen.

Offiziell werden natürlich alle Differenzen zwischen den Ministern in Abrede gestellt.

Rußland.

Vertuschungsversuche.

Der Fall Agnew zieht immer weitere Kreise und nimmt immer mehr den Charakter eines ernsthaften politischen Ereignisses an, daß auf die innere Politik Russlands einen nachhaltigen Einfluß auszuüben verspricht. Die Verhaftung Lopuchins, des früheren Chefs der politischen Polizei, zeigt, daß die russische Regierung vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich eines der gefährlichsten Mitwisser bei dieser Affäre zu entledigen. Es ist besonders interessant, daß Lopuchin einen Tag vor der Eröffnung der Dumasession verhaftet wurde, und daß zugleich mit dieser Verhaftung in Petersburg Gerüchte über eine Abänderung des Regierungskurses und dem Eintritt einiger Oktobristenführer in das Ministerium zu zirkulieren angingen. Deshalb hat auch der Regierungsbild die Dringlichkeit der Agnew-Interpellation abgelehnt und der Oktobrist v. Anrep in seiner Rede über die „moralische Niederlage“ der Sozialrevolutionäre geäußert, die es zugelassen hätten, daß ein gemeiner Verbrecher jahrelang an ihrer Spitze stand. Indessen ist die Situation trotz aller Vertuschungsversuche, trotz der Hilfsbereitschaft der „Partei der letzten Regierungsbefugung“, der Oktobristen, für die Regierung außerordentlich schwierig. Die Interpellation wird in zehn Tagen in der Duma eingebracht und die Regierung muß binnen Monatsfrist dieselbe beantworten. Auch die Verhaftung Lopuchins wird der Regierung wenig nützen, denn auch ohne ihn sind die Linksparteien, die die Interpellation eingebracht haben, in der Lage, dokumentarisch nachzuweisen, daß alle Anklagen, die in Verbindung mit dem Fall Agnew gegen die Regierung erhoben wurden, auf vollster Wahrheit beruhen. Der Schwerpunkt liegt in der Teilnahme Agnews an der Ermordung des Großfürsten Sergius, des Onkels des Zaren, des allmächtigen Ministers Plehwe usw. Ueber diese Tatsachen wird sich selbst die äußerste Rechte, mit Purischniewitsch an der Spitze, nicht hinwegsetzen können. Ja, diese Elemente, die das Monopol auf „Patriotismus“ und „Königstreue“ gepachtet haben, werden — wenn sie logisch sein wollen — mit besonderem Nachdruck darauf drängen müssen, daß die Regierung sich vom Vorwurfe reinigt, daß die „geheimliche Person“ des Chefs des Zaren einer höflichen Intrigue zum Opfer gefallen ist.

In der „Humanität“ sagt Burzew, dem die Entsorgung Agnews zu danken ist, nochmals seine Anklage zusammen. Außer den bereits bekannten Provolationen erzählt Burzew, daß Agnew im Einverständnis mit dem Polizeichef Gerasimow und Raschkowski, seinem unmittelbaren Vorgesetzten, ein Attentat auf den Zaren vorbereitet hatte, das nur im letzten Augenblick durch einen Zufall scheiterte. Burzew erklärt nochmals, vor jedem russischen Gericht seine Anklagen bezeugen zu können. Die Regierung könne sich leicht Klarheit verschaffen, wenn sie Gerasimow und Raschkowski verhaftete. Das wird Stolypin wohl unterlassen. Denn die russischen Regierungsbandiden fürchten in dieser Angelegenheit nichts so sehr als Klarheit.

Lopuchin.

Petersburg, 4. Februar. Der Prozeß gegen Lopuchin wird im Rat zur Verhandlung gelangen. Die Anklage wegen Hochverrats wurde fallen gelassen und in eine Anklage wegen Veröffentlichung geheimer Dokumente umgewandelt. Ob Lopuchin nicht früher im Gefängnis vom Tode ereilt wird, ist allerdings nicht sicher.

Ein unfähiger Präsident.

Petersburg, 4. Februar. Die Reichsduma verhandelte in ihrer heutigen Sitzung die Vorlage über die Unantastbarkeit der Person. Die Vorlage sieht die Entschädigung durch terroristische Akte zu schaden gekommener Personen vor. Es ist beantragt, für diesen Zweck dem Ministerium des Innern 1.025.000 Rubel anzutreiben. Im Laufe der Debatte wurde der Redakteur Roditschew vom Vorsitzenden mehrmals wegen Abschweifung vom Gegenstand der Verhandlung zur Ordnung gerufen. Dies veranlaßte den Redakteur Roditschew, dem Präsidenten Chomjakow zuzurufen: Sie verstehen nicht zu präsidieren! Auf Antrag des Präsidenten wurde darauf Roditschew von der heutigen Sitzung ausgeschlossen. Die Redakteur, die Sozialdemokraten und die Arbeitergruppe, die in dem Auftreten Chomjakows gegen Roditschew eine Vergewaltigung der Minderheit erblickten, verließen hierauf demonstrativ den Sitzungssaal und blieben während der ganzen weiteren Sitzung abwesend. Die Vorlage wurde angenommen.

Amerika.

Ein vernünftiger Beschluß.

Sacramento, 3. Februar. Die Gesetzgebende Versammlung hat mit 48 gegen 28 Stimmen die sich gegen die Japaner richtende Gesetzesvorlage, welche Fremden den Landterwerb in Kalifornien verbietet, abgelehnt.

Das Zerwürfnis.

Im neuesten Heft des „März“ schreibt Ludwig Thoma: Wir haben in den letzten Tagen ein bedeutsames, höchst unangenehmes Zerwürfnis erlebt. Es ist unheilbar, weil es in den Naturen der zwei Männer begründet ist, weil es auf nationalen Gegensätzen — preußisch gegen deutsch — beruht, weil es seine letzten Ursachen in den tiefgemurzten politischen Meinungsunterschieden — konservativ gegen liberal — hat. Und darum müssen wir uns darin finden, daß die zwei Männer sich nie mehr versöhnen werden, und daß dieses höchst unangenehme Zerwürfnis zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Reichskanzler dauern wird.

Der latente Zwist kam zum Ausbruch am neunzehnten Januar im preußischen Abgeordnetenhaus, und die direkte Veranlassung gab die Rede, die der preußische Ministerpräsident Fürst Bülow gegen den Kanzler hielt.

Es ist peinlich, daß zwei Herren, die sich äußerlich so nahe stehen, innerlich so sehr divergieren, aber es ist nun einmal so, und wir haben hier lediglich die Tatsache festzustellen, daß der Minister unfäulterlich mit dem Kanzler verfuhr, indem er ihn direkt desavouierte.

Manche Leute erinnern sich vielleicht noch des seltsamen Rutes, den der liberalisierende Reichskanzler in jenen so oft zitierten Reden befolgte. Er hatte was vom umgekehrten Marquis Posa, als er selbst einmal nach Potsdam eilte und seinen König um Einschränkung allerhöchster seiner Gedankenfreiheit ersuchte.

Viele glaubten, daß hinter der geschlossenen Tür jener Mannesmut vor Königschronen in die Erscheinung getreten sei, der solange nicht selbstverständlich sein wird, als ihn Ansehens bezaubert.

Nun also, mit diesen Marquis-Posaismen und Mannesmut, leiten räumte der Ministerpräsident auf, indem er die ganze aufregende Tätigkeit des Kanzlers als stramm rojalistisches Experiment bezeichnete und ihm jeden freimütigen, staatsretterischen Charakter aberkante.

Es wird dem Kanzler nichts helfen, wenn er sich in einer späteren Reichstagsitzung gegen diese Auslegung wehren und seinen starken Charakter hervorheben wird.

Er hat keine Beweise, weil sich seine Offenherzigkeit hinter verriegelten Pforten abgespielt hat, und er muß sich die Verdächtigung seines preußischen Kollegen gefallen lassen.

Auch für uns ist das schlimm, denn die Geschichte vom tapfern Kanzlerlein war schon so leise in allen national-liberalen Zeitungen und wir hätten sie um so lieber immer wieder gehört, weil ja auch sonst nichts von unserer erhebenden Bewegung übriggeblieben ist.

Wir Deutschen hängen im politischen Leben mehr an Idealen als an realen Werten, und nun hat uns der preußische Minister Fürst Bülow die Sage von dem Reden, der in Potsdam furchtlos war, als unbegründetes Märchen hingestellt; er hat uns ein Ideal gerümmert.

Und das ist bitter.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang der Selbständigen.

In einer Sondernummer veröffentlicht die „Statistische Korrespondenz“ die Hauptergebnisse der Berufszählung in Preußen vom Jahre 1902 in Vergleichung mit den Ergebnissen der Zählung von 1895. Wir bringen daraus zunächst die folgende interessante Zusammenstellung. Es wurden gezählt Erwerbstätige im Hauptberuf:

	1895	1902	Zu- oder Abnahme — absolut in Proz.
Landwirtschaft usw.	1.392.006	1.357.590	- 34.416 2,47
Industrie usw.	1.127.114	1.088.050	- 39.064 3,58
Handel und Verkehr	484.372	500.298	+ 15.926 3,27
Zusammen	3.003.492	3.033.938	+ 30.446 1,01

Demnach ist die Gesamtzahl der Selbständigen im Hauptberuf wohl gestiegen, aber die Steigerung bleibt relativ hinter der Bevölkerungszunahme sehr weit zurück. Besonders bemerkenswert jedoch ist, daß mehr noch als der Gesamtzuwachs die Selbständigen in Handel und Verkehr zugenommen haben, während in der Landwirtschaft und in der Industrie ein verhältnismäßig erheblicher absoluter Rückgang zu verzeichnen ist. Für die weiblichen Selbständigen ergibt sich auch insgesamt eine Abnahme von 559.927 auf 550.720.

Naturngemäß hat die Zahl der Gehilfen zugenommen. Es wird unterschieden zwischen b- und c-Gehilfen. Das Wachstum dieser Gruppen illustriert die folgende Tabelle, in der gleich das Geschlecht berücksichtigt ist:

	1895	1902	1895	1902
	b-Gehilfen	c-Gehilfen	b-Gehilfen	c-Gehilfen
Landwirtschaft	m. 80.426	59.089	2.085.058	1.903.757
	w. 13.466	11.420	1.280.672	2.544.105
Industrie	m. 145.770	371.052	2.908.175	4.305.510
	w. 4.709	39.922	455.018	794.947
Handel und Verkehr	m. 142.208	235.408	523.747	652.629
	w. 6.964	51.033	188.449	326.522
Wechselnde Lohnarbeit	m. —	—	155.753	112.880
	w. —	—	148.377	209.508
Zusammen	m. 348.413	667.324	5.708.360	7.265.019
	w. 25.199	102.375	2.112.516	3.875.082

Rechnet man die beiden Gehilfengruppen zusammen, gewinnt man dieses Resultat:

	Gesamtzahl der Gehilfen 1902	1907	Zunahme absolut	Prozent
	8.104.483	11.009.810	3.715.323	45
davon m.	6.058.773	7.982.343	1.875.570	31
w.	2.137.715	3.077.467	1.899.742	86

Demnach hat das weibliche Element relativ bei weitem stärker zugenommen als das männliche.

Gegen den Syndikalisterros.

Ein Industrieller schreibt uns: In meinem Betriebe gebrauche ich größere Mengen weisfälliger Kohlen und Holz, die ich schon seit langer Zeit von Zechen kaufe, die nicht dem Syndikat angehören, wobei ich sehr gut fahre. Oft habe ich Gelegenheit, mit den außersyndikalischen Zechenvertretern zu verhandeln, und höre immer wieder die übereinstimmende Klage, daß die außersyndikalischen Zechen noch zu wenig von den Kohlenverbrauchern unterstützt werden, teils aus Angst vor dem Syndikat und teils aus der Annahme, daß die außersyndikalischen Zechen nicht alles liefern könnten.

Es kann nur im Interesse aller Kohlenverbraucher liegen, Abschlüsse nur mit außersyndikalischen Zechen zu machen.

Gerne könnten gemeinsam die Kohlen einkaufen, was auch sehr gut möglich ist, wenn sich mehrere Familien eine Ladung teilen, wo-

durch sich der Wagon auf 30—40 M. billiger stellt. Dadurch läßt sich etwas erreichen. Nach dem Auslande werden Kohlen zu 70 M. pro Ladung abgesetzt, die im Inlande mit 140—150 M. bezahlt werden müssen.

Die Krise.

Infolge der Krise macht sich jetzt eine sehr starke Abwanderung der Arbeiter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bemerkbar. Die Futurwerke der in der Hochkonjunktur zugeströmten Arbeitermassen ebbt wieder zurück. Doch nur wenige nehmen den Weg in die Heimat? Was sollen sie dort? Dort, wo sie ohne Warmittel nichts beginnen können, wo die Arbeitsgelegenheit rarer ist als anderwärts. Sie ziehen auf gut Glück weiter; wohin sie gerade der Zufall führt. Ein Sonntag fuhr z. B. von Reddinghausen ein Extrazug mit 250 Arbeiterfamilien nach der belgischen Grenze (Belgien verzogen), wo auf den dortigen Gruben Arbeitsgelegenheit unter den glänzendsten Bedingungen zu finden sein soll. Vergleichliche Versprechungen haben sich aber schon als Schwindel erwiesen. Aus dem südlichen Ruhrbezirk wandern Arbeiter nach Australien aus. Agenten aus England versprechen ihnen für dort günstige Arbeitsgelegenheit. Die Abwanderung wird noch stärker einsehen, wenn die angestrebten Arbeiterentlassungen erfolgt sind. So werden z. B. bei der Harpener Bergbaugesellschaft 1700 Arbeiter demnächst abgelegt.

Infolge des Rückganges der Frachtführerbeförderung ist man in Bayern gezwungen, sonst regelmäßig verkehrende Züge bis auf weiteres auszufallen.

Die 400—500 Arbeiter beschäftigende Maschinenbau-Gesellschaft vormals Ducommun in Mülhausen im Elsaß war am Sonntag nicht in der Lage, den Fabrikbeamten den Lohn voll auszuzahlen; die Leute bekamen sämtlich nur die Hälfte. Gleichzeitig hat die Firma einem halben Hundert Arbeiter gekündigt.

In Frankfurt a. M. waren Ende 1907 16.850 Metallarbeiter beschäftigt, dagegen Ende 1908 nur noch 14.810. Die Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes gab aus: Für Arbeitslosenunterstützung 32.875 M. (5741 M. im Vorjahre), für Krankenunterstützung 65.711 M. (34.552 M. im Vorjahre). In der gleichen Zeit fiel — hauptsächlich infolge Abreise — die Mitgliederzahl um 900.

Die Arbeitslosigkeit wäre noch größer, wenn nicht auf Vordringen der Organisierten — zwecks Vermeidung von Entlassungen — vielfach verkürzte Zeit gearbeitet würde. Dadurch hatten 2034 Arbeiter in der Woche vom 14.—20. Dezember 23.210 Stunden Ausfall.

Die Rentabilität der chemischen Industrie zeigte im Gegensatz zur sonstigen schlechten wirtschaftlichen Lage im letzten Geschäftsjahre noch eine kräftige Aufwärtsentwicklung. Während der ersten zehn Monate des Vorjahres haben 89 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 801,61 Millionen Mark ihre Geschäftsberichte veröffentlicht; sie zahlten für 1907/08 55,70 Millionen Mark Dividende, gegen 50,70 Millionen Mark im Vorjahre. Durchschnittlich ging also die Dividende von 10,8 Proz. auf 18,5 Proz. hinauf. Die Badische Anilin- und Sodafabrik mit 21 Millionen Mark Kapital verteilte in beiden Jahren kumpige 30 Proz. Dividende. Auch die Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning mußten ihre Aktionäre mit diesem kleinen „Verdienst“ abweisen. Die Anglo-Continentalen Guanoverde mit 16 Millionen Mark Kapital konnten nur 7 1/2 Proz. auszahlen. Die Elberfelder Farbenfabriken zahlten 56 (!) statt 38 Proz. Dividende, die Chemische Fabrik Grisehheim-Electron 14 Proz. gegen 12 Proz., die Chemischen Werke Albert 32 Proz. gegen 22 1/2 Proz. usw.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aktion, Metallarbeiter!

Auf mehrere Anfragen betreffend den Ausfall der Ausschuwahlen bei der Siemens-Gesellschaft bemerken wir, daß wir leider kein Resultat veröffentlichen können, weil uns bis heute die Zahl der abgegebenen Stimmen nicht bekannt ist. Auch nirgends diese Zahlen veröffentlicht sind. Man hat in einzelnen Werken den Ausschuwahlmitgliedern unserer Richtung, also ausbreitend legitimierten Personen, die Mitwirkung bei der Wahlhandlung, die Kontrolle der Wahlhandlung, ja sogar den Einblick in die einzelnen Wahlprotokolle verweigert.

Interessant ist und auch noch folgendes mitgeteilt worden: In einem bestimmten Termin mußten die Listen der Kandidaten der einzelnen Werke eingereicht werden. Nun hatten unsere Kollegen aus vier Werken vor dem 5. Januar beschloffen, sich nicht an den Wahlen zum Ausschuß zu beteiligen. Nach dem 5. Januar, dem Tage des Zusammenbruchs der gelben Moral, hätten unsere Kollegen gern ihren früheren Beschluß rückgängig gemacht, doch jetzt war es zu spät. Daher war in einzelnen Werken nur eine Liste, die gelbe, vorhanden und ist diese gekürzt. Mit wieviel Stimmen ist, wie schon bemerkt, uns nicht bekannt und ist auch bis heute nirgends darüber etwas veröffentlicht. Der „Bund“, das gelbe Organ der Direktion, bringt in seinem Bericht über die Ausschuwahlen kein Wort über die abgegebenen Stimmen. Daß das verächtlich unterbleiben ist, glauben wir nicht. Im Gegenteil nehmen wir an, daß das absichtlich unterbleiben ist. Hätte man nicht mit diesem Verdrängen der abgegebenen Stimmen, mit dem Verweigern der Kontrolle usw. bestimmte Absichten verfolgt, dann hätte man doch diese Selbstverständlichkeiten erfüllt. Wer nichts zu verbergen hat, der entzieht sich bei derartigen Dingen nicht der notwendigen Kontrolle. Nun ist aber nach dieser Aufklärung der Offenheit nicht ausgeschlossen, daß noch nachträglich Zahlen veröffentlicht werden, die hinterher niemand kontrollieren kann. Drum bemerken wir gleich, daß eine nachträgliche Kontrolle nur möglich ist, wenn nicht nur summarisch das Gesamtzahlenergebnis bekannt gegeben wird, sondern die einzelnen Abteilungen mit ihren Zahlen angegeben werden. Dann kann wenigstens hinterher noch kontrolliert werden. Wir glauben aber, daß den Herren die Kontrolle unangenehm ist und hoffen wir deshalb auch nicht, daß eine derartige Veröffentlichung erfolgt.

Bereitete gelbe Gründung.

Den Steinfeuern soll es nach Ansicht vieler Meister gar zu gut gehen, und sie geben die Schuld daran der starken Organisation, welche die Steinfeuern sich aufgebaut haben. Diese Organisation hält starr am Tarif und macht sorgsam über den 8 1/2 Stunden-tag. Für die Meister ist der Tarif eine „Jungensache“, wie sie ihn schon öfter bezeichnet haben und eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden erscheint ihnen viel zu gering. Darum verschwor sich eine Reihe von Firmen zu einem Attentat auf die Gewerkschaft durch die Gründung einer gelben Organisation. Meister Granzow mietete einen Saal in den Pharisäen, Müllerstraße, und man erlebte Einladungen zu einer Versammlung, die am Mittwoch stattfinden sollte. Zunächst erschienen die folgenden Herren: Obermeister Otto, Schulmeister Dr. Gebauer, Steinfeuermeister Woll, Kuhlbrodt, Wilhelm Peter, Spremberg, Granzow und Hein. Die Meister waren da, nur die sehr lebhaft erwarteten Gelben kamen nicht. Die Herren erlebten eine bittere Enttäuschung, die zu einer Blamage wurde, als rechts und links und überall die verhassten „Roten“ auftraten, die man gerade jetzt und mehr denn je zum Teufel wünschte. Wenn vielleicht ein halbes Duzend Gelbe der Einladung gefolgt wären — in zehnfacher Uebermacht wären die Roten da und erwarteten lächelnd die beschuldigte Gründung der neuen Organisation meistretreuer Gesellen.

In diesem Dilemma schritt Meister Otto Herold zur Tat; er stand auf und — vertagte die Versammlung, da die Eingeladenen nicht erschienen wären. Die Meister zogen sich schleunigst zurück, die Nichteingeladenen lachten und hielten eine Versammlung ab, in der sie noch lange eifrig besprachen, wie die Organisation auszubauen sei, um derartige Pläne der Meister von vornherein auszuhebeln zu können. Man wunderte sich sehr, daß die Meister überhaupt so kurzfristig sein konnten, diesen Versuch zu machen, da unter den Steinmetzen, den Steinbauern und Mauerern in Berlin gar kein Boden für gelbe Gründungen vorhanden ist.

Wer treibt Terrorismus?

In der Maschinenfabrik des Kommerzienrats und freisinnigen Stadtverordneten Karl Flohr besteht ein Zwangsunterstützungsverein nach dem Muster des Herrn Lebus. Nach dem Erscheinen der Broschüre „Der gelbe Sumpf“, sowie der Artikel über die Gelben in der Presse, beschloßen die Mitglieder des Flohrschen Vereins denselben aufzulösen. Dies geschah auch mit Vierfünftel Majorität am 20. Januar d. J. Man sandte die Resolution, sowie eine Liste, welche 188 Mitglieder unterschrieben hatten, an die Firma. Darauf wurde die Kommission, welche von den Mitgliedern gewählt war, von der Betriebsleitung vorgeladen und der Vertreter der Firma, Herr Brunetti, erklärte derselben: Der Verein bleibt bestehen. Wer weiter für die Auflösung des Vereins agitiert, wird sofort entlassen. Wer seinen Austritt aus dem Verein erklärt, wird zwar nicht sofort entlassen, aber bei der ersten Gelegenheit.“ Ob die Firma durch solchen Zwang etwa glaubt, ihre Position zu festigen? Uns wird aus den Kreisen der Flohrschen Arbeiter versichert, daß bei der ersten Gelegenheit, wo es zu Differenzen zwischen der Firma und den Arbeitern kommen sollte, die „Gelben“ mit den Roten zusammen zum Fabriktore hinaus marschieren!

Eine Verwahrung.

Herr Eduard Wolf, Inhaber der Albumfabrik Ed. Wolf u. Co., schreibt uns:

In Ihrem Kommentar (am letzten Sonntag) zu der Verächtlichmachung der Firma Georg Weigert, Albumfabrik, Nitterstr. 22, ist insofern ein Irrtum enthalten, als die in einer Vornummer besprochenen fiktionalen Verfehlungen des erst kürzlich zum Werkführer ernannten früheren Zuschneiders Oskar Scheffler in das Jahr 1907 zurückdatiert werden.

Ich war bis zum 17. Juli 1908 — nach fast 10-jähriger Tätigkeit — in obiger Firma Geschäftsführer und lege besonderen Wert darauf zu erklären, daß mir bis zu meinem Austritt von derartigen Sachen nichts zu Ohren gekommen ist, daß der betreffende Arbeiter auch von mir sofort entlassen worden wäre, nicht aber noch zum Werkführer erhoben, daß also qu. Verfehlungen nur im Oktober 1908 passiert sein können.

Indem ich Sie im Interesse der Wahrheit um gest. Verächtlichmachung bitte, zeichne ich

Mit vorzüglicher Hochachtung
Eduard Wolf.

Wir haben über die Sache noch einmal Erkundigungen eingezogen und uns wird bestätigt, daß die Verfehlungen des Werkführers Scheffler in das Jahr 1908 fielen. Wir geben nichts desto weniger der Verwahrung des Herrn Wolf Raum, weil er ein Anrecht darauf hat, die Möglichkeit des Verdachtes abzuweisen, als hätte er dergleichen gebildet. Daß Herr Wolf während seiner Tätigkeit bei der Firma Weigert von den Vorkommen nichts gewahrt wurde, ist ohne weiteres begreiflich, wenn man weiß, daß ja selbst die Arbeiter der Firma davon erst später erfuhr und die Angelegenheit deswegen in die jüngste Zeit datierte. Jemand eine Schuld trifft also Herrn Wolf nicht, auch wenn die Verfehlungen des Werkführers weiter zurückliegen.

Deutsches Reich.

Erfolgreiche Lohnbewegung.

Zwischen dem Bäckerverband und der Rheinischen Akaas-, Schokoladen- und Zuckwaren-Fabrik von Gruber u. Co., Mannheim, ist soeben ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der für die Arbeiter und Arbeiterinnen zahlreiche Verbesserungen aufweist. Die wichtigsten Punkte des Vertrages sind folgende:

Die Arbeitszeit dauert von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr nebst üblichen Pausen. Mindestlohn für gelernte Arbeiter bis zum vollendeten 20. Jahre 3,50 M. und über 20 Jahre 4 M. pro Tag. Hilfsarbeiter von 17—19 Jahren 2,80 M., über 19 Jahre 3,20 M., steigend alle Vierteljahre um 10 Pf., bis zum Höchstbetrag von 3,80 M.

Arbeiterinnen mit 16 und unter 21 Jahren 1,40 M. Anfangslohn, nach vier Wochen 1,50 M., nach einem Vierteljahre 1,60 M., alle Vierteljahre 10 Pf. mehr, bis zum Höchstbetrag von 2,40 M. pro Tag.

Arbeiterinnen mit 21 und mehr Jahren 1,70 M. Anfangslohn, nach einer Woche 1,80 M., nach weiteren 4 Wochen 1,90 M.; alle Vierteljahre 10 Pf. mehr bis zum Höchstbetrag von 2,50 M. pro Tag.

Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag.
Der Tarif tritt sofort in Kraft und hat bis zum 1. Januar 1911 Geltung.

Ernstige Differenzen in der Holzindustrie?

Im Hamburger Lohngebiet sind ernste Differenzen über Regelung der Arbeitsnachweisfrage ausgebrochen. Beim Abschluß des letzten Tarifvertrages waren die Parteien übereingekommen, sich später mit der Regelung dieser Frage zu befassen. Während die Arbeitnehmer unter gewissen Bedingungen die Aufgabe ihres Arbeitsnachweises in Aussicht stellten, falls ihrem Verlangen, einen paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten, Folge gegeben werde, erklärten die Arbeitgeber, den Arbeitnehmern einen Einfluß auf die Verwaltung des Arbeitsnachweises der Tischlerinnung einzuräumen, wenn sie den „Verbandsnachweis“ aufgeben und alle Arbeitsuchenden dem Innungsnachweis überweisen. Weiter verlangen die Arbeitgeber bei Verhandlungen über ein neues Regulator die Aufnahme einer Bestimmung, wonach nur solche Arbeiter eingestellt werden dürfen, die im Besitze eines ordnungsmäßig ausgestellten Entlassungsscheines ihrer letzten Arbeitsstelle sind. Diese Forderung lehnten die Arbeitervertreter ganz entschieden ab, da man durch Anerkennung dieser Bestimmung Maßregelungen befürchtete. Dadurch scheiterten die Verhandlungen.

Eine Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes nahm hierzu Stellung. Hier gelangte folgender Antrag der Ortsverwaltung nach Rücksprache mit den Delegierten der Vertragsbranchen zur einstimmigen Annahme:

„Das von den Arbeitgebern ausgearbeitete Regulator für den Arbeitsnachweis lehnen die Verammelten ab; dagegen soll für die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises Sorge getragen und nach Möglichkeit die Benutzung des Innungsnachweises vermieden werden.“

Da auch die Unternehmer kaum eine Abänderung ihres Beschlusses vornehmen werden, so sind ernste Differenzen in der Holzindustrie zu erwarten.

Ein neuer Streich der Gelben.

Der „Nationale Arbeiterfreund“ für Kiel und Umgegend von 1898 hat, wie die „Kriegszeitung“ mitteilen kann, an den Staatssekretär v. Tirpitz eine Eingabe gerichtet, in der um Schug gebeten wird gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie. Die Herren verlangen, der Staatssekretär möge verfügen, daß in den Reichsmarinebetrieben keine Mitglieder der freien Gewerkschaften oder Mitglieder sozialdemokratischer Vereine in Arbeit genommen werden dürfen. — Zur Begründung wird dann erzählt, daß die organisierten Arbeiter jeden Neueinsteigenden und jeden Befehligen, der

seine Lehrzeit beendet hat, zum Eintritt in die freien Gewerkschaften veranlassen. Mit den Gelben weigern sich die freiorganisierten zu sprechen, ihnen Handreichungen zu leisten oder ihnen etwa mit besonderem Werkzeuge zu helfen. Weiter sollen die freiorganisierten Arbeiter so weit gehen, daß sie die Arbeitsprodukte der Gelben beschlagnahmen. Einem Maschinenbauer, der sich weigerte, dem Verband beizutreten, sei der Werkzeugkasten erbrochen worden, und als er dann auf den Rat der Gelben der Gewerkschaft beitrug, erhielt er sofort das gestohlene Werkzeug wieder zurück, darunter Stücke, die ihm garnicht gehört hatten. — Am Schlusse sagen die Gelben in ihrer Eingabe, daß im Falle eines Krieges sozialdemokratische Arbeiter eine Gefahr für das Reich seien, betriebe der russisch-japanische Krieg, wo die Sozialdemokraten Sand, Feilschpane und Nägel in die Lager der Schraubentellen gebracht und dadurch die russische Flotte manövrierunfähig gemacht hätten, weil sämtliche Lager der Schiffsmaschinen warm liefen und dadurch das Auslaufen nach Ostasien um Monate verzögert wurde.

Diese niederträchtige Denunziation dürfte im Reichstage gehäufiger beleuchtet werden. Es ist ein sattemer Aniff der Gelben, ihre notorische Leistungsunfähigkeit durch Wohlthätigkeit ausgleichen zu wollen. Deshalb auch der Hinweis auf die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie im Falle eines Krieges. Die Lage für die Flotte dürfte aber umgleich gefährlicher werden, wenn in den Marinebetrieben vorwiegend Gelbe beschäftigt werden, mit denen auch andere Arbeitgeber schon die schlimmsten Erfahrungen gemacht haben. Die Spigbuben, die gegenwärtig in Kiel auf der Anlagengasse sitzen, weil sie die Werft und damit den Staat bestohlen haben, sind doch ganz gewiß keine Sozialdemokraten, sondern stehen jedenfalls den Gelben weit näher.

Eine Organisation der Berufsfeuerwehrleute

ist in Dortmund gegründet worden. Vorsitzender der angeblich über 1500 Mitglieder zählenden Organisation ist der Oberfeuerwehrmann Laefen in Dortmund. Nach unserer Meinung handelt es sich bei dieser Gründung um eine Zersplitterung der Kräfte. Die Feuerwehrleute sollten sich zur Wahrung ihrer Interessen dem Gemeindefeuerwehrverbande anschließen.

Bevorstehender Rußerstreik.

Sämtliche Mitglieder der Juidauer Stadtkapelle haben am 1. Februar ihre Kündigung eingereicht, weil der Stadtkapellmeister Schmidt der Tarifunterhandlungskommission gekündigt hatte. Alle Vermittlungsversuche blieben erfolglos.

Ausland.

Eine Massenauflösung in der dänischen Eisenindustrie.

Die dänische Arbeitgebervereinigung hat dem Gesamtverband der Gewerkschaften Dänemarks angekündigt, daß die Eisenindustriellen am 16. Februar eine Aussperrung sämtlicher in ihren Betrieben beschäftigten Mitglieder des Arbeitsmannsverbandes veranstalten wollen. Die Ursache dieser Maßregel, die zunächst circa 3000 ungelernete Arbeiter treffen, dann aber auch 9000 Schmiede, Formner, Schlosser usw. aus der Arbeit drängen soll, ist, daß der vor zwei Jahren mit dem Arbeitsmannsverband abgeschlossene Tarifvertrag am 15. Februar abläuft und ein neuer nicht zustande gekommen ist. In diesem Vertrage war den Hilfsarbeitern der Eisenindustrie zum 1. Februar 1909 eine Erhöhung der Stundenlöhne um 1 D. unter der Bedingung in Aussicht gestellt, daß sie sich mit einer Verlängerung des Vertrages bis zum 1. Februar 1911 einverstanden erklärten. Die Eisenindustriellen weigern sich jetzt, die versprochene Lohnerhöhung durchzuführen, während die Arbeiter unter diesen Umständen bereit sind, vorläufig zu den alten Löhnen ohne Tarifvertrag weiter zu arbeiten. Die Unternehmer wollen jedoch die tariflose Zeit nicht und wollen die Wirtschaftskrise benutzen, um die Arbeit für weitere Jahre an die alten allzu niedrigen Stundenlöhne zu fesseln. Daß gegenwärtig schon sowieso über 20 000 dänische Arbeiter brotlos sind und die Arbeitslosigkeit so ungeheuer ist, daß selbst aus dem Bürgerthum ansehnliche Summen zur Unterstützung der Rostleidenden aufgebracht werden, kann das brutale Unternehmertum nicht abhalten, willkürlich noch weitere 12 000 Arbeiter zur Arbeitslosigkeit zu verdammen.

Versammlungen.

Zimmerer-Verband. Die Jahreshalle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause ihre Delegiertenversammlung ab. Die Einnahme im 4. Quartal beträgt inf. Bestand vom 3. Quartal 110 123,45 M., die Ausgabe 32 741,83 M. An die Zentralkasse sind 18 094,50 M. gesandt. Der Jahresbericht sowie die Jahresabrechnung lagen in einer 54 Seiten starken Broschüre vor. Der Berichterstatter, Vorsitzender Witt, beschränkte sich deswegen auf einige Ergänzungen und Erläuterungen. Besonders hob er hervor, daß auch an der Berliner Jahreshalle des Zimmererverbandes der wirtschaftliche Niedergang nicht spurlos vorübergegangen ist, beträgt doch die Mitgliederzahl am Jahresabschluß 1908 weniger als 1907. Das Jahr 1908 schließt mit einem Mitgliederbestande von 3172 ab. Der Mitgliederbeitrag rekrutiert sich aus dem verminderten Zugang, sowie aus dem den Zugang etwas übersteigenden Weggang. Es sind Verbandmitglieder zugereist 1906 2307, 1907 1274, und 1908 223. Abgereist sind in den gleichen Jahren 1906, 1907 und 403 Mitglieder. Der Mitgliederbeitrag ist noch zu bemerken, daß bei den statistischen Erhebungen am 25. März 1908 4809 Zimmerer ermittelt sind, im August 1908 dagegen wurden 7525 Zimmerer ermittelt, wovon im Verband 75 Proz. organisiert waren, während 1908 auf den Zentralverband 76 Proz. entfielen. Gesagt kann werden, daß die Jahreshalle ihren Besichtigungsbericht hat. Diese Erhebungen ergaben aber auch, daß von 2013 bei 571 Unternehmern in Arbeit stehenden Zimmerern 35 Proz. zu einem Stundenlohn unter 75 Pf., 45 Proz. zu 75 Pf. Stundenlohn und 20 Proz. zu einem höheren Stundenlohn als 75 Pf. arbeiteten. Der Rest stand zum Teil im Wochenlohn, zum Teil war die Lohnhöhe nicht angegeben. Dieses Resultat zeigt, daß der überwiegende Teil der Berliner Zimmerer unter den provokatorischen Lohnreduzierungen der Unternehmer nicht zu leiden hatte. Wie bekannt sein dürfte, kam die Lohnbewegung der Berliner Zimmerer 1907 nicht zum Abschluß. Die Scharfmacher benutzten die durch die mifflischen Konjunkturverhältnisse bedingte größere Arbeitslosigkeit dazu, um gleich am Jahresanfang umfangreiche Lohnreduzierungen vorzunehmen. Der Verband der Baugeschäfte beschloß am 3. Januar 1908 den Stundenlohn für Maurer und Zimmerer auf 70 Pf. und für Bauhilfsarbeiter auf 45—50 Pf. festzusetzen. Am 9. März wurde eine abermalige Reduzierung auf 65 Pf., bezw. 40 Pf. beschlossen. Dieser Beschluß sollte am 14. März in die Tat umgesetzt werden, obwohl bereits unterm 6. März die Arbeitgeber die Verhandlungen zwecks Abschlußes eines Tarifvertrages durch Ueberwindung des Rußer-Vertrages nebst Begleitschreiben eingeleitet hatten. Gegen die Baugeschäfte nun, die versuchten, die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes in die Praxis umzusetzen, gingen die Zimmerer mit Plak- und Wappstücken vor, deren in der Zeit vom 14. März bis 11. Mai 27 verhängt wurden. Die Lohnreduzierung wurde in 11 Baugeschäften rückgängig gemacht, während die übrigen 16 bis zum Abschluß des neuen Vertrages gesperrt blieben. An diesen Plakstreiks waren 294 Verbandmitglieder beteiligt. Die Kosten betragen 10 785,35 M., wovon auf die Zentralkasse 2265,15 M. und auf die Lokalkasse 1520,20 M. entfielen. Die Lohnbewegung fand nach langwierigen Verhandlungen durch Annahme eines Schiedsspruches ihre Beendigung. Der Stundenlohn blieb auf 75 Pf. bestehen. Wenn auch das Resultat keineswegs befriedigend ist, so haben sich dennoch die Zimmerer damit abgefunden und werden die Zeit des Waffenstillstandes benutzen, ihre Organisation auszubauen und zu stärken, um im Jahre 1910 allen Eventualitäten die Spitze bieten zu können. Die Arbeitslosigkeit, die den Höchststand wohl kaum erreicht haben dürfte, stellte an die Verbandskasse außerordentlich hohe Anforderungen. Für Arbeitslosenunter-

stützung wurden 1908 83 060,75 M. verausgabt, davon aus der Zentralkasse 61 788 M. und aus der Lokalkasse 21 272,75 M. 1907 betrug die Gesamtsumme für Arbeitslosenunterstützung 31 451,50 M. und 1906 5843,50 M. Diese Summen beweisen ohne weiteres ein erhebliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Von den Ausgaben sind noch zu erwähnen 13 237,80 M. für die Beiträge arbeitsloser Kameraden an die Zentralkasse, 8542,80 M. an den Streikfonds und 7485,25 M. für die Raismagazette. Die Jahresabrechnung ergibt eine Gesamteinnahme von 145 076,54 M. und eine Gesamtausgabe von 187 069,97 M. Es ist mithin eine Mehrausgabe von 41 993,43 M. zu verzeichnen. Der Kassenbestand beträgt am Jahresabschluß 1908 77 381,62 M. Das Versammlungswesen gestaltete sich äußerst lebhaft. Abgehalten wurden 8 Jahreshallen (Delegierten-) Versammlungen, 11 allgemeine Mitglieder-, 404 Bezirks- und 32 Platzversammlungen. Außerdem fanden 52 Sitzungen statt, Vorkonferenzen, Bezirksführer- und Kassiererkonferenzen. Bei Differenzen auf Bauten und Plätzen mußte in 125 Fällen der Vorstand eingreifen. Erwähnt sei noch, daß die Konferenz der „Freien Vereinigung der Zimmerer Deutschlands“ vom 1. und 2. Dezember 1907 mit 27 gegen 20 Stimmen den Anschluß an den Zentralverband beschlossen hatte. Der Uebertritt sollte in Berlin nicht so glatt, wie erwartet wurde, von statten gehen. Uebergetreten sind vom Berliner Lokalsekretär 398 Zimmerer. Das am 8. August in der „Neuen Welt“ abgehaltene Jubiläumstreffen der Jahreshalle Berlin gestaltete sich zu einem Verbandstreffen im wahren Sinne des Wortes, waren doch Delegierte vieler auswärtigen Jahreshallen anwesend. Die Diskussion über den Geschäftsbericht war ziemlich lebhaft. Alle Redner erklärten ihr Einverständnis mit der Tätigkeit des Vorstandes. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Witt, 2. Vorsitzender: Hinnrichsen, 1. Kassierer: Wellfow, 2. Kassierer: Licht, 1. Schriftführer: Heinrich Schulz, 2. Schriftführer: Kube. Zu Revisoren wurden neu gewählt Golze, Klante, und zu Kontrollen Lessing und Hauffe. Den Bericht der Schiedskommission erstattete Licht. Ausschußanträge wurden nicht gestellt. Engelhardt gab den Bericht von der Gewerkschaftskommission. In die Schiedskommission werden gewählt: Herzer, Hinchsen, Klossowski, Rich. Schröder, Rich. Schulz, Rich. Schulze und Ziege. Als Delegierte zur Berliner Gewerkschaftskommission werden Engelhardt, Theodor Fischer, Knüpfer, Kube, Rich. Schröder und Witt gewählt. Berichterstatter von der Provinzialkonferenz, abgehalten am 27. Dezember 1908 im Berliner Gewerkschaftshause, war Klossowski. (Ueber diese Konferenz hat der „Vorwärts“ am Jahresabschluß eingehend berichtet.) Der Vorsitzende Witt weist noch auf die demnächst stattfindende Arbeitslosenabrechnung hin und ersucht um recht zahlreiche Beteiligung. Die Versammlung erklärte es für selbstverständlich, den auf unsere Jahreshalle entfallenden Teil der Kosten zu übernehmen. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Die Unterschleife auf der Kieler Werft.

Kiel, 4. Februar. (Telegraphischer Bericht.) In dem Kieler Unterschleife-Prozess nahm heute früh der Staatsanwalt Reils das Wort zu seinem Plaidoyer. Er beantragte, den Angeklagten Rantowski schuldig zu sprechen wegen einfacher Urkundenfälschung, dagegen die Frage, ob er die Bücher gefälscht habe, zu verneinen. Gegen die übrigen Angeklagten hat er die äußerste Milde walten lassen. Die Rede des Staatsanwalts dauerte drei Stunden. — Es folgten dann die Plaidoyers der vier Verteidiger. — Um 1/9 Uhr abends erging folgendes Urteil:

Der Angeklagte Rantowski wird zu drei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Acht Monate Gefängnis werden ihm auf die Untersuchungshaft angerechnet. Außerdem wird bei ihm auf Einziehung der Besetzungsgelder erkannt. Der Hilfschreiber Krause wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Lohnschreiber Peters erhält ein Jahr sechs Monate Gefängnis, wovon ihm acht Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Die Angeklagten Müller und Andresen werden freigesprochen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine neue Unternehmervereinigung in der Textilbranche.

Frankfurt a. M., 4. Februar. (V. G.) Die Gründung einer Vereinigung der Fabrikanten und Großhändler der Textilbranche und verwandter Branchen wurde am 2. Februar in einer Versammlung, in der 120 Firmen vertreten waren, beschlossen. 100 Firmen haben sich sofort als Mitglieder eingezeichnet.

Das Hochwasser.

Chemnitz, 4. Februar. (V. Z. V.) Durch das von anhaltendem Regen begleitete Tauwetter ist hier Hochwasser eingetreten, welches die Vorstädte und andere Straßen der Stadt überschwemmt. Der Verkehr nach verschiedenen Vororten ist abgeschnitten. Die Straßenbahn hat den Betrieb auf den unter Wasser stehenden Strecken eingestellt. Die Parterrewohnungen der gefährdeten Häuser werden unter Mitwirkung der Feuerwehr geräumt.

Stettin i. S., 4. Februar. (V. G.) Die Kleinbahnstrecke Taubenheim—Düre—Hennersdorf steht infolge plötzlich eingetretenen Tauwetters zum größten Teil unter Wasser, der Verkehr auf dieser Linie mußte infolgedessen heute mittag vollständig eingestellt werden.

Embs, 4. Februar. (V. G.) Hochwasser von den Berghängen des Westerwaldes überflutet weite Strecken und unterdrück die Verbindungen. Die Feuerwehr räumt die Häuser. Der Emser Bahnbetrieb wurde eingestellt. Es ist die höchste Flut seit Menschen-gedenken.

Limburg, 4. Februar. (V. G.) Seit heute früh 1/1 Uhr ist auf der Lahn Eisgang. Mit rapider Schnelligkeit trat Hochwasser ein, wie es seit 1881 nicht erlebt wurde. Von der nahe gelegenen Steingutfabrik Staßfel kommt die Nachricht, daß die Gieß-, ein Nebenfluß der Lahn, das ganze Fabrikgelände nebst Umgebung unter Wasser gesetzt hat. Drei Mann sind ertrunken.

Wonn, 4. Februar. (V. Z. V.) Von der Sieg laufen fortgesetzt Meldungen über Hochwasser und Ueberschwemmungen ein. Bei Drensfeld wurde heute mittag eine Schafherde von der Flut überrascht. Von den etwa 700 Tieren ist ein sehr großer Teil umgekommen. Auf der Strecke Waldbühl—Ruppichteroth wurden Bäume entwurzelt und von der Flut fortgeführt.

Warburg (Bezirk Kassel), 4. Februar. (V. Z. V.) Durch Hochwasser wurden bei der Station Bringhausen der Bahn Warburg—Warburg zwei Bahnbrücken zerstört; auch sonst wurde vielfach Schaden angerichtet.

Wülfrich, 4. Februar. (V. Z. V.) Die Reife und ihre Zuflüsse führen Hochwasser.

Lawinen.

Salzburg, 4. Februar. (V. Z. V.) Bei der Ortschaft Annaberg ist eine Lawine niedergegangen und hat ein Gehöft verschüttet. Zwei Personen sind schwer verletzt.

Reins, 4. Februar. (V. Z. V.) Auf der Eisenbahnstrecke Kufsee—Steinach ist zwischen Kufsee und Rainisch eine Lawine auf einen Personenzug herabgekracht. Vier Passagiere sind leicht, der Zugführer ist schwer verletzt. Die Verleschodung ist bereits behoben. Mittags erfolgte bei Schwanenstadt ein Dammbruch.

Reichstag.

198. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Sitzung liegen folgende Anträge vor:

1. Antrag der Sozialdemokraten auf Erweiterung der Bundesratsverordnung über den Betrieb der Anlagen der Großindustrie (Marimalarbeitszeit, Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Feuerarbeiter, Einschränkung der Heizerarbeit, strenge Durchführung der Schutz- und Unfallverhütungsvorschriften, sanitäre Vorschriften) und auf Erlass einer Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Metallschleifereien (Dauer der täglichen Arbeitszeit, Beschaffenheit der Arbeitsräume, Anwendung von Staubabsauganlagen, Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften, Einrichtung von Wasch- und Baderäumen usw.).

2. Antrag der Sozialdemokraten auf Erlass eines Reichsberggesetzes.)

3. Antrag der Sozialdemokraten auf Erlass einer Verordnung zum Schutz der in den Glashütten und in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter.

4. Antrag des Zentrums auf obligatorische Einführung der Verhältniswahl bei der bevorstehenden Reform der Krankenversicherung, auf Abänderung des Pressgesetzes (Verbot, mit der Herausgabe von Zeitungen und Zeitungsbeilagen eine Verleumdung irgendwelcher Art zu verknüpfen), auf Erweiterung der Schutzvorschriften in der Großindustrie, auf Unterstellung des Handels mit Flaschenbier unter die Konzessionspflicht und auf Vorlegung einer Novelle zum Kollisionsgesetz, wonach den Inhabern von reinen Walzwerken, Eisen- und Stahlgießereien, Martinstahlwerken und Puddelwerken bei der Ausführung ihrer Erzeugnisse Einfuhrschiene zum Zollfreien Bezugs des Eisendarmmaterials für ihre Auslandsproduktion verliehen werden können.

5. Anträge der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, durch den die Wirtschaft auf dem Gebiete des gewerblichen Auskunftswezens befreit werden, und auf Abänderung des § 34 der Unfallversicherung, durch welche die früheren Bestimmungen über die Ansammlung eines Reservefonds wieder hergestellt werden oder sonstige Erleichterungen bei der Ansammlung von Mitteln eintreten.

6. Ein Antrag der Nationalliberalen, zum Ausbau des „Deutschen Handwerksblattes“ einen jährlichen Reichszuschuß vorzuschlagen.

*) Das Reichsberggesetz soll in Bezug auf die Arbeiter hauptsächlich folgende Vorschriften enthalten:

1. es sind Grubenkontrollen anzustellen, die von den Arbeitern aus ihrer Mitte geheim gewählt und vom Staate bezahlt werden,

2. vom 1. Januar 1910 ab darf die Schichtzeit im gesamten Bergbau vom Beginn der Einfahrt bis zur Beendigung der Ausfahrt höchstens neun, vom 1. Januar 1911 ab höchstens acht Stunden betragen,

3. vor heißen Betriebspunkten, die eine Wärme von mehr als 25 Grad Celsius aufweisen, darf die Schichtzeit vom 1. Januar 1910 ab nur sieben, bei 28 Grad und darüber nur sechs Stunden betragen,

4. Heizerschichten sind, abgesehen von Notfällen, zu vermeiden,

5. auf allen Werken mit mehr als 20 Mann Belegschaft sind Arbeiterausschüsse geheim und direkt zu wählen, die mit wirksamen Befugnissen zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen ausgestattet sein müssen,

6. das Strafrecht soll auch insofern eingeschränkt werden, daß dem Arbeiterausschuß ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird,

7. der Arbeiterausschuß hat die etwaigen besonderen Unterstüßungs- und Wohlfahrtskassen mit zu verwalten,

8. das Knappschaftspensionskassenwesen ist (nach den bekannten Grundsätzen) zu reformieren,

9. Bildung einer Reichsbehörde zur Untersuchung und Vorbeugung bei Unfällen im Bergbau, die bestehen soll aus Sachverständigen des Bergbaus, die der Bundesrat ernannt, aus Weiskern, die der Reichstag wählt, und aus Vertrauensleuten, die die Bergarbeiter wählen.

Kleines Feuilleton.

„Menschen zu verkaufen!“ Aus New York wird berichtet: Die Arbeitslosigkeit in New York hat in den letzten Wochen beunruhigende Dimensionen angenommen; nach Tausenden zählen die, die ohne Arbeit zu finden, aller Erzeugnisse entbehren, voll Verzweiflung in die Zukunft blicken. Es ist ein bezeichnendes Symptom für die Ausdehnung der Not und des Elends, daß jetzt in Brooklyn eine regelrechte Versteigerung von Menschen angekündigt wird, in der 300 dieser Erwerbslosen sich zu jedem annehmbaren Preise auf eine längere Zeit als freiwillige Sklaven verkaufen, bereit jede Arbeit zu verrichten und als Lohn im wesentlichen nur Nahrung, Kleidung und eine Schlafstätte zu fordern. Es ist ein „bekannter Philanthrop“ und städtischer Beamter, Loughlin, der diese einzigartige Versteigerung, dem verzweifeltsten Drängen der Arbeitslosen nachgebend, arrangiert hat. Schon vor einigen Tagen hat er einen Mann „versteigert“, und daraufhin empfing er sehr mehr als 300 Besucher, die für sich kein besseres Schicksal ersehnten. Die Versteigerung wird in drei verschiedenen Abteilungen veranstaltet: Erster „Posten“: Mechaniker; zweiter „Posten“: Arbeiter; dritter „Posten“: Aufwärtinnen. Ein Katalog ist ausgearbeitet, in dem Namen nicht genannt werden und die „Versteigerungsobjekte“ werden während der Auktion ihr Gesicht in Masken verhüllt tragen.

Der Veranstalter hat bereits zahlreiche Zuschriften erhalten, in denen ihm Aufträge für die Auktion gegeben wurden. Ein Versteigerer schreibt: „Ich will nicht betteln; ich will arbeiten, und ich bin willens, alles zu tun, als Käufer oder als Kohlenträger, als Hausbesitzer oder als Heizergehilfe. Die Lage ist schrecklich und laum zu beschreiben. Manchmal fühle ich mich vor dem Selbstmord, und manchmal in Versuchung, Verbrecher zu werden.“ Ein englischer Korrespondent, der die Verhältnisse persönlich geprüft hat, bestätigt, daß Mr. Loughlin die Idee der Versteigerung mit allem Ernst betreibt, und daß alle seine „Kunden“ bereit sind, sich zu verkaufen.

Einige Zahlen von den Berliner Elektrizitätswerken. In den Mitteilungen der V. E. W. werden einige Zahlen über den Stand der Einkünfte im letzten Geschäftsjahr (07/08) mitgeteilt, die unter dem Zeichen der drohenden Elektrizitätssteuer besonderes Interesse verdienen. Im Berliner Reichsbild allein (die V. E. W. liefert Strom auch für einige Vororte) waren insgesamt circa 19 200 Elektromotoren mit einer Gesamtleistung von circa 64 000 Pferdestärken angeschlossen. Die meisten Motoren (2040) dienen für Aufzüge. Fast ebensoviel für den Antrieb von Metallbearbeitungsmaschinen und nicht viel weniger für den von Holzbearbeitungsmaschinen. Ein guter Konsument ist ferner das

Abg. Trimborn (Z.): Am 8. Januar 1908 hat der Reichstag einen Antrag des Zentrums angenommen, der Forderungen zum Schutz des kleinen und mittleren Gewerbes enthielt. Ich möchte den Staatssekretär fragen, wie die Regierung zu diesen Forderungen sich stellt. In Bezug auf den unlauteren Wettbewerb ist uns ja inzwischen ein Gesetzentwurf zugegangen. Aber wir wollen wissen, welche Stellung die Regierung zu den anderen Forderungen einnimmt, insbesondere zu unseren Forderungen betr. eine Verringerung des Submissionswesens. Besonders Wert legen wir auch auf die von uns geforderte Enquete über die Lage des mittleren und kleinen Kaufmannsstandes, namentlich auf dem platten Lande. Zugeführt sind uns ferner eine Reihe von Vorlagen über Arbeiterversicherung. Vielleicht ist der Staatssekretär in der Lage, uns zu sagen, wann diese Vorlagen zu erwarten sind. Bei der Reform der Krankenversicherung erwarten wir die Einführung der Verhältniswahl, was wir auch in einem besonderen Antrage verlangen. Ferner wünschen wir die Einbeziehung der Heimarbeiter in die Kranken- und Unfallversicherung.

Ueber die Arbeiterbeschäftigungen in Glashütten sind bereits in den Jahren 1907 und 1908 Resolutionen vom Reichstage angenommen worden, die sich mit den Forderungen des heute vorliegenden Antrages der Sozialdemokraten decken; diesen werden wir auch heute zustimmen, nur die Forderung werden wir wie früher ablehnen, die für die Glasarbeiter die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden des Tages verlangt und in den Glashütten die Nachtarbeit für bestimmte Fälle verbietet. Nach wie vor verlangen wir besonders von den Arbeitern gewählte Aufsichtsbeamte für die Warenausführungen.

Bezüglich des Vergarbeitergesetzes bestehen mehrere vom Bundesrat noch unbeantwortete Resolutionen des Reichstages auf Erlass eines Reichsberggesetzes. Auch heute werden wir dem sozialdemokratischen Antrage, der ein Reichsberggesetz fordert, mit Ausnahme der Nummer 2 (Achtstundentag) zustimmen. Es kann gar nicht nachdrücklich genug daran erinnert werden, daß im Reichstage eine Mehrheit für ein Reichsberggesetz vorhanden ist. Seit 1908 beschäftigen den Reichstag auch Anträge auf Schutzbestimmungen für die Bureaubeamten. Wir dürfen dieses Gebiet nicht aus den Augen verlieren.

In Bezug auf die vom Bundesrat zu erlassenden Vorschriften über die Sonntagsruhe möchte ich bitten, in der Regelung den mehr oder weniger ländlichen Charakter der einzelnen Orte zu berücksichtigen. Eine absolute Arbeitsruhe am Sonntag ist m. E. nicht durchführbar. — Ob wir bald ein Reichswohnungsgesetz bekommen werden, scheint mir zweifelhaft. Inzwischen sollten die Inhabern- und Altersversicherungs-Anstalten, einer Anregung des Kollegen Jäger folgend, ihre Mittel mehr in den Dienst einer gesunden Wohnungspolitik stellen. — Auf dem Gebiete der Arbeiterbeschäftigung verlangen wir eine Vereinheitlichung des Arbeiterrechts. Ein wichtiger Schritt wäre die Verleihung der Rechtspersönlichkeit an die Berufsvereine. Auch die Tarifgemeinschaften würden dadurch wesentlich gefördert werden. Vor allem muß das Koalitionsrecht geschützt werden; das Koalitionsrecht ist der Hebel, mittels dessen die Selbsthilfe weitere Fortschritte erzielen kann; die Selbsthilfe liegt brach, wenn das Koalitionsrecht nicht in voller Freiheit besteht. Eine Entlassung lediglich aus dem Grunde, weil jemand einer nichtigen Koalition angehört, sollte von den Gerichten durchweg als ein Verstoß gegen die guten Sitten behandelt werden. — In Bezug auf die Kartelle und Trusts erinnere ich an unseren früheren Antrag, der ein Vorgehen der Regierung verlangt. Die Erfahrungen der letzten Monate sind geeignet, von neuem die Aufmerksamkeit auf die Mißbräuche bei den Kartellen und Trusts zu lenken.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Ich gebe zu, daß der Bundesrat die Hälfte der vorliegenden Resolutionen nicht mit einem Schläge erledigen kann. Aber die einzelnen Aufgaben darf wieder der Reichstag, noch der Bundesrat aus den Augen lassen. Die Erfahrungen bei den Ausschüssen zeigen, daß die großstädtische und industrielle Bevölkerung in der Wehrfähigkeit hinter der ländlichen zurückbleibt. Deshalb sollte am Arbeiterkultus und an der Sozialpolitik gerade auch der Kriegsdienst ein hervorragendes Interesse haben — soll doch durch sie die Wehrfähigkeit der Bevölkerung wesentlich gehoben werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Hoffmann (nall.): Vielfach wird behauptet, daß es mit der Sozialpolitik seit dem Austritt Josadowskys nicht mehr recht klappt. Doch ist und das Gesetz über die Arbeitskammern unterbreitet worden; ein Teil der Gewerbeordnungsnovelle ist Gesetz geworden und zugunsten des Mittelstandes ist die Novelle zum Gesetz über den unlauteren Wettbewerb eingebracht worden. Man darf aber auch nicht vergessen, daß die Arbeitskraft des Reichstages nicht ausreicht, um Sozialpolitik in dem schnellen Tempo zu treiben, das Herr Trimborn wünscht.

Fleischereigeräte, das mit 1161 Motoren vertreten ist. Bemerkenswert ist ferner, daß 444 Spül- und Waschmaschinen, 80 Putzbügelmaschinen und 105 Kaffeemaschinen und Mörser elektrisch angeschlossen werden.

In Berlin waren über 850 000 Glühlampen und 35 000 Vogenlampen angeschlossen. Für öffentliche Beleuchtungszwecke dienen aber von diesen überaus wenig, nämlich nur 990 Vogenlampen und circa 2000 Glühlampen. Die Gasbeleuchtung behauptet also, besonders nach ihren letzten Erfolgen (Preisgasbeleuchtung), in den Straßen Berlins siegreich ihre Stellung. Die Länge der in Berlin und in den Vororten verlegten Kabel erreicht 5487 Kilometer, von denen 3830 Kilometer auf die Lichtnetze, 400 Kilometer auf die Bahnnetze, 328 Kilometer auf Telefon- und Telefunkenleitungen und 800 Kilometer auf die Hochspannungsnetze entfallen. 502 Kilometer Häuserfront waren mit Verteilungsleitungen belegt. Bemerkenswert ist noch die Abzahl der Berliner Elektrizitätswerke, Münz-Elektrizitätszähler ähnlich den Gasautomaten einzuführen, die nach Einwurf eines bestimmten Geldstückes gestatten, eine entsprechende Menge elektrischer Energie zu verbrauchen.

Das Fremdwort im Volksmunde. Wie häufig ist schon gegen sie getobt worden, diese lästigen Ausländer in unserer Sprache! Und doch stünde es fest, wenn sie auf einmal ausgemerzt würden. Natürlich kann sich der Volksmund am allerhöchsten mit neu eingebrachten Fremdwörtern abfinden; schon die Aussprache bietet da viele Schwierigkeiten. Man hilft sich da oft mit einer ganz besonderen Etymologie, die schon zu unzähligen Scherzen den Anlaß gegeben hat. Besonders die Apotheker können ein Liedchen davon singen. Da kommt jemand in den Laden und verlangt „ungewandten Rapsodium“, oder „ungewandten Schabrian“; er meint aber eine Salbe: Unguentum Neapolitanum resp. contrascabium. Ein anderer will „Oxygentropfplaster“, in Wirklichkeit Emplastrum oxycroceum. „Präzipitatsalbe“ wird als „Prinzipsalbe“, „Mercurialsalbe“ als „Materialsalbe“ verlangt. Aus „Salinialgei“ wird das „Jadengei“, aus Aloe „Alwe“, aus Goulards Wasser „Kuhlathengwasser“; und mancher nimmt „Gorilafasch Brustpulver“ ein, es ist aber Eucallafasch. — Derselben Erscheinung begegnen wir auch sonst im Volksleben. Die gelbe Pflaumenart „reine Claude“ nennt der Berliner „gelbe Glöben“, der Mecklenburger „reine Moden“ und der Hesse „Angelob“. Aus dem schädlichen Colorado-Fäher wurde im Rheinlande ein „Cholera“ oder ein „Kohlrabifäher“. Bekannt und auch in die Literatur übergegangen ist die Vetterung jenes hiebslosen mecklenburger Gutbesizers, der sich so sehr als Basall seines Großherzogs fühlte, daß er im Landtage ausrief: „Ich bin auch dem Großherzog sein „Basall“! In Berlin existierte in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die hallographische Gesellschaft, die eine Menge guter und schlechter Kunstblätter in den Handel brachte; sie war sehr bekannt, hieß aber allgemein die „kolle Grafengesellschaft“. Der Königsberger meint

Medner, oftmals unverständlich, wendet sich den einzelnen Resolutionen zu: der Zentrumsresolution auf Einführung der Verhältniswahl bei den Krankenkassen stimmen wir zu. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen wünschen auch wir; das bedeutet aber nicht Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes. Die Arbeitgeber haben ein Recht auf paritätische Verwaltung der Krankenkassen, während sie jetzt stets majorisiert werden. Daß wir für eine reichsgefehlige Regelung der Krankenversicherung der Landarbeiter sind, hat nützlich bei Beratung des sozialdemokratischen Antrages mein Freund Aleke hervorgehoben. — Medner bespricht, im Zusammenhang vielfach unverständlich, die Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenkassen, begrüßt die Organisation der Kassenärzte und wünscht gemischte Einigungskommissionen.

Graf Josadowsky beabsichtigt eine Vereinheitlichung der gesamten Versicherungsgegebung. Die Freunde einer solchen Vereinheitlichung haben aber vielfach ihre Ansichten revidieren müssen. Die Schwierigkeiten einer solchen Vereinheitlichung sind zu groß. Auch sträuben sich die Berufsvereine gegen bürokratische Bevormundung und Schablonisierung. Speziell in den Handwerkerkreisen werden sehr lebhaft Klagen über die Lasten der Unfallversicherung laut. Dem sozialpolitischen Eifer der Berufsvereine schenkt hat der doch gewiß sozialreformerisch gesinnte Präsident des Reichsversicherungsamtes warme Anerkennung gefunden. Medner spricht sich für die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Wiederherstellung der früheren Bestimmungen im Unfallversicherungsgebot über Ansammlung eines Reservefonds aus. — Die schlechte Finanzlage hat zu Erwägungen geführt, ob man die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung nicht weiter hinausschieben soll. Ich bin aber nicht dieser Ansicht. Unsere Stellung zur Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge hat mein Freund Jund beim Justizetat dargelegt. Die Frage der Wehrfähigkeit der Berufsvereine, die im engen Zusammenhang damit steht, sollte auch besser dem Reichsjustizamt überlassen werden. Wie große Freunde der Tarifverträge wir auch sind, so wollen wir natürlich doch sie nicht etwa obligatorisch machen, zumal zurzeit zahlreiche Industriezweige noch nicht reif für Tarifverträge sind. — Die Zentrumsresolution auf Verbot der Abonnentenversicherung durch Zeitungen geht zu weit. Es ist vielleicht möglich, diese Auswüchse durch die Rechtprechung zu beseitigen, ohne die Gesetzgebung zu bemühen. Unsere Stellung zum Reichsberggesetz haben wir schon verschiedentlich dargelegt. Wir sind für ein solches Gesetz.

Vizepräsident Dr. Baasch stellt mit, daß eine Resolution Müller-Reinigen-Hedischer-Deser (freiwirtschaftliche Produktionsgemeinschaft) auf Erlass eines Reichstheatergesetzes eingegangen sei und stellt diese Resolution mit zur Beratung.

Abg. Pauli-Bolsdam (L.): Die Reform der Krankenversicherung soll, wie man hört, die Beiträge der Unternehmer von einem Drittel auf die Hälfte erhöhen, ohne daß die Rechte der Unternehmer vermehrt werden. Das erfüllt uns mit großer Sorge vor der Fortführung der Sozialpolitik. Das Reichsamt des Innern muß mehr Rücksicht auf die Arbeitgeber nehmen! Im Submissionswesen herrschen noch immer arge Mißstände, soviel auch hier schon Besserung verprochen ist. Das Reich sollte die preussischen Submissionsbedingungen übernehmen, dann müßten diese Bedingungen aber auch von den unteren Verwaltungsbehörden imgehalten werden. Die Witwen- und Waisenversicherung würde nach der Berechnung der Regierung 175 Millionen erfordern. Auch dies mahnt zur Vorsicht, daß wir nicht Sozialpolitik ins Gelag hinein treiben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Zu der Resolution des Zentrums, welche die Verhältniswahl bei den Krankenkassenwahlen fordert, behalten wir uns unsere Stellungnahme vor, ebenso zu der der wirtschaftlichen Vereinigung, die Mißstände auf dem Gebiete des gewerblichen Auskunftswezens zu beseitigen. Dagegen stimmen wir der Resolution derselben Partei, die früheren Bestimmungen über die Ansammlung eines Reservefonds im Gewerbeunfallversicherungsgebot wiederherzustellen, zu. Ebenso der nationalliberalen Resolution auf den Ausbau des deutschen Handwerksblattes und der Resolution des Zentrums, welche das Versicherungs- und Zeitungsgesetz zu trennen wünscht. Auch der Zentrumsresolution über Schutzbestimmungen in den Anlagen der Großindustrie können wir zum Teil zustimmen, dagegen müssen wir die von der sozialdemokratischen Partei eingebrachten Resolutionen vollständig ablehnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Koch (Soz.):

Der Abg. Wassermann hat damit begonnen, daß die Wochenschrift Fortschritte auf sozialpolitischen Gebiete gebracht habe und daß deshalb weniger Resolutionen mit Wünschen sozialpolitischer Inhalts eingebracht seien als früher. Die letzte Laune ist richtig, nicht aber der von Herrn Wassermann dafür angegebene Grund. Auch wir haben uns Beschränkungen in der Einbringung von Resolutionen auferlegt, aber nicht etwa deshalb, weil wir meinen, daß schon genügend geschieht, vielmehr sind wir der Ansicht,

Notizen.

— Neues von Nisch. Zum 77. Geburtstag von Wilhelm Busch (am 15. April) wird ein Band mit 70 bisher nicht veröffentlichten Gedichten erscheinen. Zum Herbst soll eine von seinen drei Neffen bearbeitete Biographie erscheinen. (Hoffentlich sind diese Veröffentlichungen etwas beträchtlicher als der Radjahband „Hernach“, von dem der Verleger rühmt, daß er bereits in 80 000 Exemplaren verbreitet ist.)

— Darwin-Literatur. Zu Darwins 100jährigem Geburtstag (12. Februar 1909) wird Wilhelm Bölsche im Verlage von C. Neigner in Dresden eine neue Billige Volksausgabe seines Werkes „Aus der Schneegrube“ erscheinen lassen mit dem Untertitel „Gedanken zur Vertiefung des Darwinismus“.

— Die Jahrhundertfeier für Darwin, die vom 22. bis 24. Juni in der Universität Cambridge abgehalten werden und gleichzeitig die hundertjährige Wiederkehr des Geburtstages von Charles Darwin und die fünfzigjährige der ersten Veröffentlichung seiner „Entstehung der Arten“ feiern soll, wird von ausländischen Gelehrten in großer Zahl besucht werden. Die bisher eingegangenen Meldungen von offiziellen Vertretern ausländischer wissenschaftlicher Anstalten werden bereits auf mehr als 200 beziffert. Schon unter den bisherigen Anmeldungen fehlen auch die fernsten Länder nicht. Jeder Delegierte soll zum Ende des ersten Abganges der „Entstehung der Arten“ erhalten.

— Die höchste erreichte Höhe. Der Höhenrekord des Registrierballons, der am 25. Juli 1907 36 557 Meter erreicht hatte, ist jetzt von einem anderen Ballon geschlagen worden. Unter dem am 5. November 1908 aufgestellten Registrierballons des Observatoriums von Neuchâtel hat einer, der selbstgepumpt wurde, die riesige Höhe von 20 040 Metern erreicht. Hiermit ist die wissenschaftliche Beobachtung in Luftschiffen eingebracht, die bisher noch nie erreicht wurden.

— Neue Bewässerungsarbeiten in Ägypten. Am 9. Februar wird eine neue Rispere eingeweiht werden, der Damm von Gueh, 100 Kilometer nördlich von Assuan. Die neue Sperre ermöglicht es, selbst bei niedrigem Wasserstand weite Strecken der ägyptischen Ebene zu bewässern. Dadurch unterbreitet sich die neue Anlage von den Werken bei Assuan, die im wesentlichen nur der Regulierung der Wasserhältnisse in der Sommerzeit dienen. Der neue Damm hat eine Länge von 880 Metern. Die Konstruktion wurde im November 1906 begonnen und mit einem Kostenaufwande von rund 20 Millionen Mark durchgeführt.

daß so sehr viele Resolutionen beim Etat nicht genügend erörtert werden können, und nachdem es zugefagt ist, daß die Schwerinstage in Zukunft möglichst eingehalten werden sollen, halten wir es für richtig, unsere Resolutionen an diesen Tagen zur Erörterung zu bringen. Die Freude über angeblühende sozialpolitische Fortschritte ist gerade in diesem Jahre ganz unangebracht.

Die wirtschaftliche Krise

hat gezeigt, auf welchem tiefen Stande sich unsere Sozialpolitik befindet. Im vorigen Jahre konnte man noch hoffen, die Krise werde sich auf einige Zweige des wirtschaftlichen Lebens beschränken. Diese Hoffnung ist getäuscht worden, die Krise hat sich über das ganze wirtschaftliche Leben ausgebreitet. In dieser Zeit der wirtschaftlichen Krise haben die Arbeiter den ganzen Segen der heutigen Verhältnisse noch mehr als sonst an dem eigenen Leide gefühlt. Schon im vorigen Jahre sagte ich: wenn die Krise noch längere Zeit andauert, werden die Arbeiter ganz besonders schwer darunter leiden. Ein Teil dieser Leiden wird ja durch die Leistungen der Gewerkschaften hintangehalten. Trotzdem ist die Folge der Krise schon jetzt

ungeheures Elend in vielen Tausenden von Arbeiterfamilien

und nicht nur in denen, deren Ernährer völlig arbeitslos ist, sondern auch in denen, wo der Ernährer zwar noch in Arbeit steht, aber sich trotz der überall gestiegenen Preise mit geringerem Verdienst begnügen muß.

Der erste Redner hat auch darauf hingewiesen, daß in den Städten verhältnismäßig weniger militärisch-taugliche Personen vorhanden sind als auf dem Lande. Und mit Recht hat er daraus gefolgert, daß die industrielle Arbeit in vielen Fällen eine schwere Schädigung der Gesundheit mit sich bringt, und mit Recht hat er daraus die Konsequenzen gezogen, daß um so eifriger sozialpolitisch gearbeitet werden muß. Aber die Krise beweist, daß die Ernährung der Arbeiter noch schlechter wird als sie vorher war. Ein einziges Jahr der wirtschaftlichen Krise läßt einen großen Teil der Erfolge aus, die im Kampf gegen die Volkstausend der Tuberkulose errungen sind. Der Herr Staatssekretär warnte neulich, eine unnötige Verbitterung in den Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter hineinzutragen. Aber dieses Elend, das wir jetzt haben, muß die Arbeiter deshalb so ganz besonders erbittern, weil sie sich sagen, die Krise ist nicht die Folge eines besonderen Unglücks, etwa einer allgemeinen Missernte, sondern eine Folge der wirtschaftlichen Produktionsweise! In den guten Jahren stecken die Unternehmer den Profit ein. Jetzt aber denken sie nicht daran, auch den Schaden zu tragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch ein weiterer Umstand muß erbitternd wirken, das nämlich, während die Arbeiter schwer unter den Folgen der wirtschaftlichen Krise zu leiden haben, das Großunternehmertum sie nur ganz minimal spürt. Die großen Unternehmer können diese Zeit sehr gut auskosten, und alle Beobachtungen zeigen uns, daß die Großindustrie nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung ihrer Marktposition durch die Krise erfährt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sowie der neue wirtschaftliche Aufschwung kommt, steht das Großkapital mächtiger da als vorher. Das ist ja die Entwicklung unseres ganzen Wirtschaftslebens, daß das Großkapital zu immer größerer Bedeutung kommt. Das beweisen ja auch die, freilich erst zum Teil vorliegenden Ergebnisse der Betriebszählung, die das stärkste Anwachsen bei den großen Betrieben zeigen. Wenn man darauf hinweist, daß auch die Mittelbetriebe stärker gewachsen sind als die Verdüsterung, so will das nichts belegen, weil die Mittelbetriebe meist nur noch Anhangsel von Großbetrieben sind, nicht aber selbständige Unternehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vergarbeiter.

In den letzten Tagen fand hier ein Kongreß der Vergarbeiter statt, der von fast allen Arbeiterorganisationen beschickt war — die Christlichen haben sich leider ferngehalten. Keiner von Ihnen wird sich dem Eindruck haben entziehen können, daß im Vergbau in der Tat sehr schwere Verhältnisse vorliegen, die ein Eingreifen der Gesetzgebung notwendig machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle die Anklagen und Beschwerden, die wir im Laufe der Jahre im Reichstage vorgebracht haben und die hier als unbedeutend zurückgewiesen wurden, sind dort von den Männern bestätigt worden, die noch heute in der Arbeit stehen und unter den Umständen zu leiden haben. Der Herr Staatssekretär des Innern hat es freilich nicht für nötig gehalten, dorthin zu kommen oder einen Geheimrat hinzuziehen, um sich einen genauen Bericht erstatten zu lassen. Bei einem Kongreß der Berufs-genossenschaften und beim deutschen Handelstag hielt er es für nötig, selbst zu erscheinen. Hier aber handelte es sich ja nur um Leben und Gesundheit der Arbeiter, und da hat er es nicht für nötig gehalten zu hören, was die Arbeiter wünschen. Wir aber werden alles tun, um die Klagen der Arbeiter hier zum Ausdruck und ihre Wünsche in Erfüllung zu bringen. Einstimmig ist auf dem Vergarbeitertag eine Resolution angenommen, die eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse im Vergbau verlangt. Der reichsgesetzliche Regelung steht gar nichts im Wege. Auch wir haben eine Resolution eingebracht im Rahmen der Wünsche der Resolution des Vergarbeitertages und ich erlaube Sie, dieselbe anzunehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Rechtsverhältnisse der

Landarbeiter

will ich an dieser Stelle nicht behandeln. Reulich ist der Antrag unserer Partei über diesen Gegenstand zur Verhandlung gekommen. Es ist wahrhaftig an der Zeit, der geradezu skandalösen Rechtsungleichheit, unter der Millionen deutscher Staatsbürger zu leiden haben, ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Außerdem blicken viele Tausende

Bauarbeiter

Leben und Gesundheit durch Unfälle ein, von denen wenigstens der größere Teil durch bessere Schutzmaßnahmen verhütet werden könnte. Aber auch die Forderungen der Bauarbeiter sind bisher unerfüllt geblieben.

Nicht anders steht es mit den Forderungen der

Seefleute.

Schon vor Jahren nahm der Reichstag eine Resolution zugunsten dieser Forderungen an. Eine Verordnung über die Arbeitszeiten hat die Regierung ja nun glänzend erlassen, aber an die Befestigung der zahlreichen übrigen Mängel im Seewesen scheint man vorläufig noch nicht zu denken.

Die Ziegeleiarbeiter

haben jüngst eine Konferenz abgehalten und eine Anzahl in jeder Hinsicht sehr gemäßigter Forderungen aufgestellt. Und so sehen wir überall Arbeiterkategorien aus der Praxis ihres täglichen Lebens, nicht aus Theorien heraus zur Aufstellung ganz bestimmter, meist leicht zu erfüllender Tagesforderungen gelangen. Viele dieser Wünsche und Beschwerden sind der Regierung und den bürgerlichen Parteien dieses Hauses seit langer Zeit bekannt. Wann aber werden die Wünsche erfüllt und die Beschwerden abgestellt werden?

Charakteristisch für unsere Zeit ist, daß auch die bisher der eigentlichen Arbeiterbewegung fernstehenden Schichten mehr und mehr mit Forderungen an die Gesetzgebung herantreten. So namentlich

die Handlungsgehilfen,

die leider in verschiedene Richtungen gespalten sind, worunter ihre Bewegung leidet. Nicht das mindeste ist für die Handlungsgehilfen geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag hat einen Antrag zugunsten der Handlungsgehilfen bei der Novelle zum § 63 des Handelsgesetzbuches angenommen, die Regierung aber hat diesen fast einstimmigen Beschluß einfach in den Papierkorb geworfen! (Hört! hört!) Sie wollte nicht, daß der Handlungsgehilfe einmal in die Lage kommen könnte, bei Krankheitsfällen einen kleinen Ueberschuß über seinen Lohn zu erhalten, und bestand auf dem Abzug des etwaigen Krankengeldes vom Gehalt. Die Sache ist

dabei aber nicht zu Ende. In der sogenannten „großen“ Gewerbeordnungsnovelle werden auch die Rechtsverhältnisse der Vermeister, Techniker usw. berührt. Die beim § 63 behandelte Frage des Abzugs vom Gehalt taucht hier wieder auf. Es ist klar, daß der Reichstag den Technikern und Vermeistern nicht verweigern wird, was er den Handlungsgehilfen zugebilligt hat, und sich gegen den Abzug erklären wird. Da würde es sich die Regierung nun doch wohl überlegen, ob sie an dieser Frage die Novelle scheitern lassen will, wenn ihr nicht —

Herr Schad,

der spezielle Vertreter der Handlungsgehilfen, den Rügen gestärkt hätte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Schad hat zwar einen Prinzipalanspruch eingebracht, der der Stellungnahme der Reichstagsmehrheit entspricht, daneben aber einen Eventualantrag, der einen Abzug gestatten will! (Beifall! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch beim Arbeitsamergesetz hat man die Handlungsgehilfen übergangen. (Hört! hört!)

Die Rechtsverhältnisse der

Techniker

und die Notwendigkeit ihrer Regelung wurden vorher schon vom Abg. Trimbom erwähnt, der der Verordnungen gedachte, die die Arbeitgeber über die gewerkschaftlichen Organisationsversuche der Techniker verhängt haben. Auch Herr Pauli kam darauf zu sprechen und meinte, es sei unmoralisch, wenn Unternehmer ihre Arbeiter oder Angestellten wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation maßregeln. Das klingt sehr gut. Aber Herr Pauli fügte gleich hinzu: wenn indessen die Unternehmer sich gegen Hege mit Entlassung wenden, so kann man ihnen das nicht verdenken! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das heißt also: gegen Mitglieder gelber Gewerkschaften hat Herr Pauli nichts einzuwenden, aber die Angehörigen der Gewerkschaften, die wirklich die Arbeiterinteressen vertreten, sollen gemahnt werden. Und das ist den Unternehmerorganisationen aus der Seele gesprochen, die die Sprache der Mißde reden, wenn sie sich schwach fühlen, aber, wenn sie die Macht haben oder zu haben glauben, mit schamlosen und unbarmherzigen Maßregelungen vorgehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wilow und Bethmann-Hollweg's Drohungen.

Wenn die Gesetzgebung Arbeiterforderungen erfüllt hat, dann ist das nur geschehen, weil die Arbeiter durch ihre politischen und ihre gewerkschaftlichen Organisationen sich dies erzwingen haben. (Beif. Zust. b. d. Soz.) Man kann die Arbeiterorganisationen nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß man zu Ausnahmefällen greift. Der Reichstagsführer Wilow hat diesen Standpunkt allerdings neulich im Abgeordnetenhaus vertreten. Er sagte, er sei bereit, ein Ausnahmefälle gegen die Sozialdemokratie zu erlassen, wenn unter den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit dafür vorhanden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Standpunkt ist uns bei dem jetzigen Reichstagsführer nicht verwunderlich und diese Rede schon ganz und gar nicht, wenn man sich die Situation vergegenwärtigt, aus der heraus er sie gehalten hat. Er griff nach dem einzigen Strohhalm, der ihm blieb, und machte es wie so viele andere Leute, die, wenn ihr Zein zu Ende ist, auf die Sozialdemokratie zu schimpfen anfangen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber was doch Bedenken erregt, ist, daß der Staatssekretär des Innern sich den Anschauungen des Reichstagsführers in einem höchst bedauerlichen Maße zu nähern scheint. Am letzten Freitag hat er in seiner Antwort auf die Interpellation gegen die schwarzen Listen erklärt, daß ein Eingreifen in die Gesetzgebung zur Voraufsetzung haben müsse, daß auch diejenigen Organisationen, die den Segnern Krieg bis aufs Messer androhen, verboten würden. (Beifall! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich richte an den Herrn Staatssekretär die Frage, welche Organisationen er im Auge gehabt hat. Ich vermute, daß er die freien Gewerkschaften gemeint hat. Wir haben aber auch im Reichstage wiederholt gehört, daß sogar die christlichen Gewerkschaften von Unternehmern als solche bezeichnet wurden, die dem Kapital den Krieg bis aufs Messer androht hätten. Wenn die christlichen Gewerkschaften heute einen scharfen Kampf gegen das Kapital führen, so tun sie es gegen den Willen ihrer Begründer. Sie sind in diesen Kampf geradezu hineingedrängt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter haben ihre Organisationen groß gemacht, nicht mit Erlaubnis einer hohen Regierung, sondern gegen den Willen der Regierung und der Herrschenden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben Erfolge erreicht trotz aller Ausnahmefälle, trotz aller Klassenjustiz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter haben ihre Organisationen ausgebaut, weil sie sie brauchen, weil Organisationen bestehen müssen. Deshalb wird auch der Kampf gegen die Arbeiterorganisationen mit Ausnahmefällen immer ein aussichtsloser Kampf sein. Die heutige Gesellschaft scheut den Arbeiter wahrlich nicht. Wenn sie sozialpolitisch treibt, dann tut sie es nicht aus Liebe zu den Arbeitern, sondern um die Arbeiter zu beschönigen, um sie nicht zu sehr zu verbittern. Daß die bestehenden Gesetze ungenügend sind, wird beinahe allseitig anerkannt. Juristen, Theoretiker und Praktiker, jeder, der mit Sozialpolitik etwas zu tun hat, ist sich darüber klar, daß unser heutiges Arbeiterrecht so verwickelt und so kompliziert ist, daß man den Ueberblick vollständig verloren hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es muß deshalb von Grund auf geändert werden. Es geht nicht so weiter, daß wir planlos herumflicken, hier ein Pfändchen auflegen und dort ein Pfändchen aufheben. Durchgreifend muß das Arbeiterrecht reformiert werden! Wir haben gewiß nicht ein Juxtel an Arbeiterausgesetzen, denn überall zeigen sich Lücken. Aber wir haben eine ganz verkehrte Grundlage, auf der sie aufgebaut sind. Die Gewerbeordnung beruht z. B. immer noch auf der Anschauung, daß zwischen dem einzelnen Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter ein freier Arbeitsvertrag abgeschlossen wird. Das war einmal, ist heute aber längst anders geworden.

Wir brauchen ein Arbeiterrecht, das aus den heutigen Machtverhältnissen herauswächst.

(Beifall! Weisfall! bei den Sozialdemokraten.) Dann muß auf Grund der Selbstverwaltung der Interessentenkreise das Weitere geschaffen werden. Es kann nicht alles vom grünen Tische aus geregelt werden. Ich habe im vorigen Jahre angeregt, bei den Vorarbeiten für die Unfallversicherung auch Arbeiter zuzuziehen. In der Zwischenzeit hat ein Sachverständiger auf diesem Gebiete, der Gewerbeinspektor Fischer, der gegenwärtige Direktor des Instituts für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M., ebenfalls darauf hingewiesen, daß das jetzige Verfahren ein unzulängliches ist. Er hat mir in fast allen Punkten recht gegeben, und der Unterschied zwischen ihm und mir besteht nur darin, daß er vor allem für die Mitarbeit der Unternehmer eintritt, während ich für die Zuziehung der Arbeiter plädiere habe. Die Unternehmer sagen immer, daß sie selbst ja das allergrößte Interesse daran hätten, Unfälle zu verhüten, weil sie Unkosten verursachen. Das mag richtig sein. Aber die Arbeiter riskieren doch ihr Leben und ihre Gesundheit und mühen deshalb erst recht zugezogen werden. (Beifall! Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Pauli hat gemeint, daß die Arbeiter häufig selbst Schuld an den Unfällen hätten, weil sie

die Unfallversicherungsvorschriften

nicht beachten. Der unparteiische Beobachter weiß doch aber, daß die Unfallversicherungsvorschriften so unpraktisch sind, daß sie gar nicht eingehalten werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Abg. Pauli also nach dieser Richtung Angriffe erhebt, dann mag er zunächst einmal dafür sorgen, daß nur praktische Unfallversicherungsvorschriften erlassen werden. Das müßte doch jeder normal veranlagte Mensch begreifen. (Lachen des Abg. Pauli.) Wenn man von einem normal veranlagten Menschen spricht, so scheint das ja aus Herrn Pauli lächerlich zu wirken. Die jetzigen Unfallversicherungsvorschriften, die ohne Anhörung der Arbeiter vom grünen Tische aus erlassen werden, sind ungenügend.

Ich glaube ja dem Staatssekretär, daß er kein Interesse daran hat, die Arbeiter zu erbittern, aber ich muß ihm doch sagen, daß die

Verordnungen, die der Bundesrat über die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie erlassen hat, von den Arbeitern geradezu als eine Verhöhnung aufgefaßt werden. Als meine Parteifreunde Hae und Seering feierlich die Mißstände in der Schwerindustrie hier zur Sprache brachten, da stellten sich bürgerliche Abgeordnete hin und sagten, so schlimm könnte es doch nicht sein. Aber die Denkschrift der Regierung hat meinen Parteifreunden in jeder Beziehung recht gegeben. Diesen Arbeitern, die so schwer arbeiten, denen ständig Lebensgefahren drohen, hat man nicht einmal den Achtstundentag gewährt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, sondern alle Arbeiter haben sich gegen die Verordnungen gewandt. Sie schreiben eine Mindestruhezeit von 8 Stunden vor. In dieser Zeit sollen die Arbeiter schlafen, sich reinigen, essen, den Weg von und zur Arbeitsstelle zurücklegen und leben. Für all das sollen acht Stunden genügen sein!

Herr Pauli hat die armen Unternehmer beklagt, welche die Folgen der Sozialpolitik nicht tragen könnten. Hier aber dreht es sich um Millionen, und da gibt man den Arbeitern eine derartige Schandverordnung. Wir haben Ihnen eine Resolution vorgelegt, in der wir die Punkte anführten, die unbedingt verlangt werden müssen, und ersuchen Sie um Annahme dieser Resolution. Gerade diese Verordnungen, die sich auf die Verhältnisse in der Großindustrie beziehen, zeigen, daß bei uns die Regierung in erster Linie sich von der Rücksicht auf die Unternehmer leiten läßt. Wäre die Rücksicht auf die Arbeiter maßgebend, so könnten solche Verordnungen unmöglich erlassen werden. Leider ist diese Rücksicht auf die Unternehmer auch bei den Parteien maßgebend. Wenn Sie schon einmal irgend einen Anlauf nehmen, werden Sie durch diese Rücksichten zurückgehalten.

Herr Wassermann hat auf die vor Weihnachten verabschiedete Novelle zur Gewerbeordnung hingewiesen. Auch sie hat unter dem Einfluß der Unternehmer schwer zu leiden gehabt. Schon im Jahre 1902 hat der Reichstag einstimmig eine von Herrn Hise, von den Nationalliberalen und von Herrn Stöder unterschriebene Resolution angenommen, in welcher ein unbedingtes Verbot des Mitgebens von Arbeit nach Hause verlangt wurde. Als wir bei der Novelle zu diesem Gegenstand kamen, sprachen und stimmten die Herren Nationalliberalen, Konservativen und das Zentrum dagegen. Ebenso war die Zahl der Ausnahmetage der zweiten Fassung bestimmt. Vor der dritten Fassung aber hatten die bürgerlichen Parteien sich unter der Hand verständigt und erhöht die Zahl, ohne daß der geringste neue Grund dafür angegeben wurde. Ich fand das damals unerträglich. Inzwischen hat Herr Stresemann und seine Anstifter gegeben. Er hat im „Konfessionär“ darüber gesagt, daß die Unternehmer nicht noch in größerer Zahl nach Berlin gekommen wären; aber die, welche herkommen ...

Vizepräsident Kaempf ruft den Redner zur Sache! (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Rufe: Das ist doch stark!)

Abg. Hoch fortsetzend: Ich denke eben, das gehört zur Sache. (Beifall! Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Stresemann also erzählt, daß die Unternehmer, die hier waren, doch wenigstens den Unfall der bürgerlichen Parteien erreicht haben. Verschlechterungen werden also mit Rücksicht auf die Unternehmer gemacht. Die Herren wollten die Verabschiedung der Novelle bis nach Weihnachten verschieben. Sie gaben dafür keinen Grund an, sondern meinten einfach: wenn wir nur mehr Zeit hätten, so würden wir schon die Herren Bahnidee usw. bearbeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso verhält es sich mit der Arbeiterversicherung. Wir sollen ja

die Vorlage zur Reform der Arbeiterversicherung

demnächst bekommen. Herr Trimbom hat bereits gefragt, ob auch das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Reichsamt des Innern und den Interessenten und mitgeteilt wird. Ich muß bedauern, daß man auch bei der Vorbereitung dieses wichtigen Gesetzes so beschränkt bürokratisch vorgegangen ist, daß es äußerst schwierig ist, etwas Gutes zu schaffen. Ich schätze die österreichische Bureaupolitik gewiß nicht hoch, aber so engstirnig wie die unfreie ist sie doch nicht. Als in Oesterreich diese Materie in Angriff genommen wurde, wurden die einzelnen Fragen zur öffentlichen Diskussion gestellt. Bei uns aber wartete man, bis durch eine Judisiktion das „Zentralblatt für das deutsche Vaterland“ in der Lage war, die Grundzüge des beabsichtigten Entwurfs zu veröffentlichen. Warum hat man nicht auch bei uns gesagt: Die und die Fragen und Forderungen kommen in Betracht — nun, Öffentlichkeit, sprich dich aus! Der Minister sagt, die Regierungen waren sich noch nicht einig. Ja, wenn sie einig sind, ist es schwer, noch etwas zu ändern. Gerade im vorbereitenden Stadium sollen die Interessenten Gelegenheit haben, sich auszusprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Oesterreich sind auch die Interessenten benommen, und über die Verhandlungen mit ihnen ist ein stenographischer Bericht veröffentlicht. Bei uns aber geschieht das nicht: da wird

Geheimnisträmerie

betrieben. Dann darf sich die Regierung auch nicht beklagen, wenn ihre Absichten verkannt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Sache nachher an den Reichstag kommt, dann sollen wir, ohne daß wir vorher das Material kannten, und schnell ein Urteil bilden und den Entwurf rasch verabschieden. Das ist ja nicht möglich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen ja auch, weshalb die Regierung die Geheimnisträmerie getrieben hat. Bei der Reform der Krankenversicherung war beabsichtigt, eine ungeheure Verschlechterung ins Gesetz zu bringen: die Arbeiter sollten nicht mehr das Recht haben, zwei Drittel der Mitglieder des Vorstandes zu wählen. Auch heute ist Herr Wassermann dafür eingetreten, und zwar im Namen der Gerechtigkeit und der Parität! Bei den Berufs-genossenschaften aber, wo die Arbeiter überhaupt nichts zu sagen haben, spricht Herr Wassermann nicht von Parität und Gerechtigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielmehr sagt er: Ja, dort bezahlen die Arbeiter ja auch keine Beiträge. Ueber diese Frage werden wir uns kaum verständigen. Nach unserer Ansicht sind die Beiträge der Unternehmer nichts anderes, als was sie von den Arbeitern haben. (Beifall! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Arbeiter nichts zahlen, so kommt doch ihr Leben und ihre Gesundheit in Frage, und schon deshalb haben sie ein Recht, mitzureden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei den Krankenkassen hat Herr Wassermann es für selbstverständlich gehalten, daß der Vorsteher weder Arbeiter noch Unternehmer ist. Als er aber auf die Berufs-genossenschaften und auf die Rentenversicherungsgesellschaften zu sprechen kam, da erklärte er sich ganz entschieden gegen einen unparteiischen Vorsteher! Nur die Arbeiter sollen unter solche Vormundschaft kommen. Ohne Mitwirkung der Arbeiter kommen wir aber bei der Arbeiterversicherung so wenig weiter als bei den Arbeiterkassenbestimmungen. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen haben wir zur Zeit der schärfsten Reaktion bekommen, weil die Vereine, von oben herunter eine brandbare Organisation zu schaffen, kläglich geplatzt waren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird hier derartig in die Verhältnisse der einzelnen Arbeiter hineingegangen, daß jeder Versuch, diese Dinge vom grünen Tische aus zu regeln, scheitern muß. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wohin das Fehlen der Selbstverwaltung führt, zeigen uns ja die Betriebskrankenkassen, bei denen die Arbeiter meist ohne jeden Einfluß sind und bei denen die Unzufriedenheit mit der Leitung immer wieder um sich greift. Durch die Betriebskrankenkassen drängt man die Unternehmer geradezu dazu, Arbeiter, die sich in ihrem Dienste aufgegeben haben, zu entlassen. Die Betriebskrankenkassen aber will Herr Wassermann beibehalten und in den Betriebskrankenkassen die Arbeiter ihrer Rechte berauben. Das ist für ihn bezeichnend. Er hat auch auf Mißstände in den Ortskrankenkassen hingewiesen. Das ist

Die alte Geschichte,

die wir schon kennen. In den meisten Fällen konnten wir nachweisen, daß die Anschuldigungen entfallen waren. Natürlich geben wir zu, daß Fehler vorkommen; wie sollte es denn anders sein, da die Arbeiter sich erst in die neuen Verhältnisse einarbeiten mußten. Aber das steht fest, daß die Arbeiter, wo sie ein wichtiges Selbstverwaltungsrecht haben, sich in dankenswerter Weise um das Krankenwesen verdient gemacht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bezeichnend ist ja auch, daß die Aussprüche im Reichsamt des Innern im großen und ganzen die Richtigkeit all jener Anschuldigungen ergeben hat, was auch die Vertreter der Arbeitgeber anerkannt. Deshalb müssen wir gegen jede Beschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter aufzutreten, das nicht eingeschränkt, sondern ausgebaut werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Weiter habe ich vernommen, daß man auch die Zuständigkeit der Schiedsgerichte ändern will. Auch die Arbeiter würden es mit Freuden begrüßen, wenn man diese Prozesse vermeiden könnte. Das kann aber nicht dadurch geschehen, daß man dem Arbeiter die Berufung unmöglich machen will. Herr Bismarck meinte, daß ja nur ein geringer Teil von Berufungen, die an die Schiedsgerichte gehen, zum Gunsten der Berufungsgenossen entschieden werden und zieht daraus den Schluß, daß die Berufungsgenossen im ganzen gar nicht arbeiten. Aber wieviel Arbeiter sind denn überhaupt in der Lage, ihr gutes Recht vor dem Schiedsgericht sachgemäß zu vertreten? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Witwen- und Waisenversicherung möchte ich den Staatssekretär bitten, dafür zu sorgen, daß die Zahlung der Rente nicht davon abhängt, daß der Ernährer gerade durch einen Betriebsunfall ums Leben gekommen ist. Wir wissen, zu welchen Streitigkeiten und zu welcher Erbitterung die Feststellung, ob gerade ein Betriebsunfall vorliegt, oft führt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Weiter bitte ich ihn dringend, endlich für eine

Vereinheitlichung der Krankenkassen

einzutreten. Leider werden jetzt die Betriebskrankenkassen von der Regierung begünstigt, obwohl sie zu einer Reihe von Mängeln führen. Ich will den Staatssekretär auf einen Vorgang aufmerksam machen, der sich in Hamburg abgepielt hat: Eine dortige Innung gründete eine neue Innungskrankenkasse und verpflichtete ihre Mitglieder, keine Gesellen einzustellen, die bei einer anderen Kasse versichert sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das war eine offensichtliche Verletzung, und die unmittelbare Aufsichtsbehörde hob den Beschluß auch auf. Die Hamburger Deputation aber hob ihrerseits den Beschluß der Aufsichtsbehörde auf und bestätigte somit den gescheiterten Innungsbeschluß! (Hört! hört!)

Die Versicherungsgesetzgebung in allen ihren Zweigen kann nur segensreich wirken, wenn Kassen und Ärzte geübt zusammenarbeiten. Nun sehen wir aber

die Ärzte unter der glänzenden Führung des Kollegen Mugdan mit allen Mitteln einen hartnäckigen Kampf für die freie Arztwahl führen. Der Kollege Wassermann verfiel einer irrtümlichen Auffassung, wenn er meinte, es handele sich dabei um zwei gleich mächtige Parteien, aus deren Kampf schon von selbst eine schließliche Einigung hervorgehen werde. Von einer solchen Gleichheit der Kräfte kann keine Rede sein, da die Aufsichtsbehörde sich fortgesetzt zugunsten der Ärzte in den Streit mischt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In geradezu ständischen Vorgängen hat der Streit zwischen Ärzten und Kassen in Köln geführt. Die dortige Kasse war einfach nicht imstande, die freie Arztwahl einzuführen. Trotzdem wäre es möglich gewesen, mit den Ärzten zur Verständigung zu gelangen, wenn diese nicht, wiederum geführt auf die Aufsichtsbehörde, einfach erklärt hätten, überhaupt keinen Kassen-Kranken behandeln zu wollen. Die Mitteilung einiger Blätter, wonach die Kölner Ärzte sich geweigert haben sollen, überhaupt Kranke zu behandeln, halte ich demnach für übertrieben.

Ich möchte nun an die Konservativen eine Frage richten. Bei der Beratung unseres Antrages über das Koalitionsrecht der Landarbeiter wurden auf der rechten Seite die Folgen eines etwaigen Erststreiks ausgemalt und ein solcher Streik als ein furchtbares Unglück für das Vaterland dargestellt. Da werden die Herren Konservativen hoffentlich erst recht nicht einen Erststreik billigen, der so weit geht, Leben und Gesundheit der Kassenmitglieder zu gefährden. Die Mitglieder der Kölner Krankenkassen waren gern bereit, die Unbequemlichkeit, entferntere Ärzte zu konsultieren, mit in Kauf zu nehmen. Ohne Eingreifen der Aufsichtsbehörde wären die Ärzte auf den Boden der Verständigung gedrängt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Noch zwei Bemerkungen: In einer Innungsversammlung der Drogisten wurde mitgeteilt, daß eine offizielle Liste aller der Waren aufgestellt worden ist, die die Drogisten nicht führen dürfen. Unglaubliche Kleinigkeiten laufen dabei unter, z. B. dürfen die Drogisten zwar Tee in Paketen führen, aber ihn nicht gemischt verkaufen! Man befördert auf solche Weise nur den gemeingefährlichen Wucher, den Wucher mit Arzneimitteln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch erhöht man so den Profit der Apotheker und damit den Wert der Apotheken, während man doch das Apothekenmonopol beseitigen will.

Schließlich möchte ich den Staatssekretär noch recht dringend auffordern, den Berichten der Arbeitersekretariate einige Aufmerksamkeit zu schenken. Jemand ein Geheimrat wird doch wohl noch freie Zeit für diese sehr nützliche Lektüre haben. Die Berichte enthalten unentbehrliches kritisches Material für die Beurteilung der Tätigkeit der Berufsvereinigungen, denen der Staatssekretär und der Präsident des Reichsversicherungsamtes unausgesetzt Vob zollen. Die Arbeitersekretäre machen ihre Berichte doch nicht zu ihrem Vergnügen, sondern zur Informierung der Öffentlichkeit. Umso mehr sollte die Regierung diesen Berichten einige Aufmerksamkeit schenken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.):

Wenn man den Vorredner hört, muß man glauben, daß die ganze deutsche Sozialpolitik in Liebesdiensten gegen die Unternehmer besteht. In Wirklichkeit ist aber Deutschland in der Sozialpolitik allen Ländern voraus. In der Arbeiterversicherung steht es unerreicht da; im Arbeiterlohn wird es nicht einmal von England übertroffen. (Zuruf des Abg. Sachse: Vergarbeitet! laut!) Darauf komme ich noch. In Amerika, dem gelobten Lande der Sozialdemokraten (Lachen bei den Sozialdemokraten), gibt es überhaupt keinen Arbeiterlohn, da die Gerichte alle dahingehenden Gesetze, weil der individuellen Freiheit zuwiderlaufend, für unverbindlich erklärt haben. Freilich beharrt die Sozialpolitik der Fortbildung und der Fortsetzung. Eben arbeitet die Kommission mit Fleiß und Hingabe an der Verbesserung der Gewerbeordnung. Die Sozialdemokratie aber nennt die Kommission höhnisch die „Verschleppungskommission“. Zu Unrecht hat Herr Hoch behauptet, daß die Kommission von dem beim § 83 des Handelsgesetzbuchs eingenommenen Standpunkt abgegangen sei. Die Sozialdemokratie ist es, die die Sozialpolitik hemmt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie vereitelt den Fortschritt der Sozialpolitik. (Stürmischer Beifall rechts.) Die Sozialdemokratie ist die eigentliche Hüterin der goldenen Gewerkschaften. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die goldenen Gewerkschaften bestehen aus (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Mandatgeworbenen!), nein, aus Arbeitern, die an der Sozialdemokratie irre geworden sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) würden die goldenen Gewerkschaften ja gar nicht so wütend bekämpfen, wenn Sie sie für unbedeutend hielten. Übrigens bekämpfe ich auch die goldenen Gewerkschaften. (Lachen rechts.) In Bezug auf einige Forderungen stimme ich trotz meiner persönlichen Gegnerschaft mit den Sozialdemokraten überein. Ich wünsche die Erfüllung der Forderungen der Vergarbeiter. (Lachen.) Ich halte ich Kontrollen aus den Arbeiterkreisen für erforderlich. Ferner wünsche ich Erfüllung der Forderungen der Privatwirtschaft. (Zur Sozialpolitik gehört auch die Sorge

für den Mittelstand. (Bravo! bei den Antifeministen.) Die vielen neuen sozialpolitischen Gesetze, die von der Sozialdemokratie herfordern werden, lassen sich doch nicht aus dem Kessel schütten. Der Reichstag ist stark überlastet und die Hälfte seiner Mitglieder arbeitet in Kommissionen.

Das Jammern des Abg. Hoch über die ungenügenden Unfallverhütungsvorschriften ist furchtbar übertrieben. Unfälle wird es auch im Zukunftsstaate geben, weil auch im Zukunftsstaate die Maschinen stoen und die Pferde ausschlagen werden. (Heiterkeit bei dem Volk.)

Ein paar Worte über die Kassenfragen. (Woh! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hoch verglich das Verhalten der Kölner Ärzte mit dem Erststreik der Landarbeiter. Das geht aber nicht an. Die Landarbeiter, die bei der Ernte die Arbeit niederlegen, begehen Kontraktbruch; die Kölner Ärzte aber waren von der Krankenkasse entlassen. Eine gesetzliche Einführung der freien Arztwahl wünsche ich nicht. Ich bin überzeugt, daß sie sich durch ihre Güte selbst durchsetzen wird. Die Ärzte haben sich übrigens keineswegs bloß über die sozialdemokratischen Krankenkassen zu beklagen. Gegen die Ärzte hat sich ein Kassenblock gebildet (Große Heiterkeit), der sich von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, von den Betriebs- und Innungs- bis zu den Ortskrankenkassen erstreckt.

Darin stimme ich mit dem Abg. Hoch überein, daß wir für eine gesunde Sozialpolitik ein unbedingt freies Koalitionsrecht gebrauchen: Polizei haben wir in Deutschland genug. Die Sozialpolitik soll nicht Polizeiwirtschaft sein. (Lebhafte Bravo! bei den Freisinnigen.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Hoch (Soz.): Der Abg. Mugdan hat mich mehrfach mißverstanden. In Bezug auf § 130a habe ich nicht von der Beschlußfassung in der Kommission gesprochen, sondern von einem im vorigen Frühjahr von mir eingebrachten Eventualantrag. Ferner habe ich nicht behauptet, daß bei der Unfallversicherung die Arbeiter gar nicht mitzusprechen hätten, sondern nicht in genügendem Maße, nicht mit entscheidender Stimme. Endlich habe ich den Kölner Ärztestreik nicht mit einem Erststreik der Landarbeiter verglichen, sondern ausdrücklich betont, daß die Verhältnisse ganz andere sind und weder als gleich noch als ähnlich hingestellt werden können.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Innern; vorher Rechnungsabrechnung, unter ihnen die für die Ein- und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete für 1904, bei der über außerordentlich veranschlagte 200 000 M. Indemnität nachgehakt wird, worüber namentliche Abstimmung beantragt ist).

Schluß 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung, Donnerstag, den 4. Februar 1900, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Herr v. Rheinbaben.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Jürgensen (natl.) durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

dritte Beratung der Besoldungsordnung.

In der allgemeinen Besprechung erhält zunächst das Wort:

Abg. Volkswitz (L): Das Gros der Beamten wird zweifellos zu der Ueberzeugung kommen, daß es bei keinem von uns an dem nötigen Willen gefehlt hat, die Wünsche der Beamten zu erfüllen und daß es lediglich an dem Mangel an Mitteln lag, wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten.

Abg. Jastin (Z): Ich stehe dem Kompromiß mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüber. Manche sehr berechtigten Forderungen der Beamten sind nicht erfüllt worden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Berichtskommission erstreckte die Gleichstellung mit den Regierungssekretären nur seit 30 Jahren, und das Abgeordnetenhaus hat dreimal einen Beschluß nach dieser Richtung gefaßt! (Hört! hört!) Trotzdem ist auch diesmal noch keine tatsächliche Gleichstellung erfolgt.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß eine grundsätzliche und nur keine mechanische Gleichstellung der Gerichts- und Regierungsekretäre erreicht sei.

Abg. v. Schöndorff (natl.) bedauert, daß es nicht gelungen ist, die Turnlehrer den Zeichen- und Musiklehrern gleichzustellen.

Ein Regierungskommissar betont, daß die Vorbildung der Zeichen- und Musiklehrer teurer sei als die der Turnlehrer.

Abg. Ernst (fr. Sp.) geht in längeren Ausführungen auf die Verhältnisse der Seminarlehrer ein.

Abg. Ströbel (Soz.):

Als bei der ersten Lesung der Finanzminister erklärte, daß das Gesetz einen all weitreichenden Fürsorge für die Beamten darstelle, mußte ich ihm widersprechen. Auch heute kann ich das nicht anerkennen, wenn auch einiges in der Kommission erreicht worden ist. Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Nationalreichtum sich vermehrt hat. Das ist zweifellos richtig, und wenn er sich auch in den Händen weniger Besitzenden angesammelt hat, ist doch auch die nichtbesitzende Klasse davon nicht ganz unberührt geblieben. Freilich ist die Steigerung des Einkommens für diese Schichten mehr als ausgeglichen durch die

Verteuerung der Lebensmittel.

Besonders betroffen sind von dieser Verteuerung auch die Gehälter der Beamten, so daß die Regierung sich schon genötigt sah, Steuererleichterungen zu gewähren. Um so mehr hätte man erwarten müssen, daß die Besoldungsvorlage eine wirklich durchgreifende Erhöhung der Gehälter bringen würde. Aber die Gehaltsaufbesserung, die die Unterbeamten erfahren haben, reicht keineswegs aus, um den Beamten eine wirklich bessere Lebensführung zu ermöglichen, sondern ist gerade ausreißend, um die Verteuerung der Lebensmittel und Wohnungspreise usw. auszugleichen. Also von einer wirklichen Besoldungsreform in dem Sinne, daß die Beamten einen höheren Anteil an den Lebensbedingungen sich dadurch verschaffen könnten, kann nicht die Rede sein. Wie sind denn die Gehälter aufgebessert? Ich habe gefunden, daß zusätzlich die Mehrbewilligungen durch die Kommission für 105 000 Unterbeamte ungefähr 23 Millionen Mark mehr verlangt werden, das sind pro Kopf 225 M., also eine Aufbesserung von durchschnittlich 20 Proz. Und wahrheitsgemäß bedeutet eine ausreichende Steuererleichterung, wenn man bedenkt, daß vor 10, 15 Jahren eine neue Beamtenbesoldungsreform wahrscheinlich nicht zu erreichen ist, während doch die Lebensmittelpreise in dieser Zeit zweifellos weiter steigen werden.

Es wäre die Pflicht des Staates gewesen, gerade die Klasse der Unterbeamten in viel höherem Maße aufzubessern, als es geschehen ist. Schon mein Kollege Jastin hat darauf hingewiesen, daß man die Staatsbetriebe zu Musterbetrieben proklamieren hat, während man hier nicht daran gedacht hat, auch musterhafte Besoldungsverhältnisse in unseren Staatsbetrieben zu schaffen. Man hat immer nur darauf geachtet, daß die Beamtengehälter nicht besser bezahlt werden als die Kreise, aus denen sie hervorgegangen sind. Man hat nicht nur den Vergleich mit pommerischen Tagelöhnern herangezogen, sondern auch auf die Verhältnisse der Kleinbauern hingewiesen. Wenn übrigens unsere Kleinbauern so schlecht gestellt sind, so haben sie das den Vorjahren des heutigen Junkertums zu verdanken, die das

Warensetzen so gut verstanden

haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte noch ein letzliches Diktum erwähnen, das für die Stellung der Regierung den Beamten gegenüber charakteristisch ist. Der Herr Finanz-

minister meinte gegenüber unseren Anträgen auf Verbesserung der Unterbeamten, bei ihrer Annahme würde kein Mensch mehr Handwerker usw. werden, weil er es in der Beamtenkarriere unendlich viel bequemer hätte. Das ist doch eine kolossale Lebertreibung. Wenn der Herr Minister einmal versuchen möchte, sechs Monate lang mit dem Gehalt eines Unterbeamten auszukommen, so würde er anders urteilen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Unterbeamten hat man angemessene Erhöhungen abgelehnt, bei den mittleren und höheren Beamten hat man eher zugelegt. So hat man zum Beispiel 70 Geistliche bei Strafanstaltsverwaltungen im Höchstgehalt von 4500 auf 6000 M. erhöht. Für wissenschaftliche Lehrer sind pro Kopf 1000 M. aufgewendet. Den ersten Staatsanwälten usw. sind über die Vorlage hinaus 600 M. gewährt. Ich will mich keineswegs gegen diese Verbesserung erklären, aber ich möchte konstatieren, daß die Staatsanwaltschaft auch nach der Regierungsvorlage bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses auf ein Höchstgehalt von 8100 resp. 8800 Mark gekommen wären. Mit demselben Wohlwollen und sozialen Verständnis hätte man eben auch die Unterbeamten behandeln sollen.

Es ist schon wiederholt auf das bayerische Beispiel hingewiesen worden. In Bayern ist hauptsächlich das Gehalt der Unterbeamten erhöht worden. Die Staatsanwälte, Richter usw. werden dort nur mit 6000 bis 7200 M. im Höchstgehalt bezahlt, wobei ein Wohnungsgeldzuschuß nicht in Frage kommt. Umgekehrt sind dort die Gehälter der Unterbeamten erheblich höher: Ein Schaffner steht sich dort um

200 M. jährlich besser

als in Preußen, und ähnlich ist es bei den Weisenstellern und anderen Beamten. Also ich wiederhole, es wäre die unausweichbare Pflicht des preussischen Staates gewesen, die Unterbeamten wenigstens so gut zu bezahlen wie Bayern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Geld dafür konnte und mußte aufgebracht werden. Gewiß ist die Einkommensteuer erhöht worden. Ja man hat sogar die Rente mit 1200 M., entgegen den Absichten der Regierung herangezogen, weil die Besoldenden nicht so viel zahlen wollten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Einkommensteuer ist bereits, wie der konservative Abgeordnete Volkswitz uns vorrechnete, um 25 Prozent erhöht worden. Das klingt allerdings kolossal, aber diese Erhöhung gewinnt ein anderes Gesicht, wenn man die Sache näher betrachtet. Die Einkommensteuer beträgt heute pro 1000 M. 60 Pf. Also diese Erhöhung um 25 Prozent bedeutet, daß für 1000 M.

12 1/2 Pfennig

mehr bezahlt werden sollen. Das macht für 10 000 M. 1,25 M. und für 100 000 M. die Riesensumme von 12,50 M. Wenn wir auch nochmals 25 Proz. Zuschlag erheben, würden ganze 25 M. von 100 000 M. mehr zu zahlen sein. Das ist allerdings ein Betrag, der von den Edelsten der Nation, den Besitzenden, nicht aufgebracht werden kann, wenn es sich nämlich darum handelt, die Gehälter der Unterbeamten aufzubessern. Im Reiche, wo indirekte Steuern in Betracht kommen, bewilligt man freilich Hunderte, Tausende von Millionen für unproduktive Zwecke. Also mit der Behauptung, die Mittel wären nicht aufzubringen, dürfen Sie sich nicht trösten. Selbst bedauerlich ist es auch, daß die Frage der Wohnungsgeldzuschüsse noch nicht geregelt worden ist, so daß man ihre Wirkung auf die Beamtenbesoldung noch nicht kennt. Ich möchte dazu nur den Wunsch aussprechen, daß man nicht etwa den Ausgleich hierbei dadurch zu erreichen sucht, daß man etwa die Wohnungsgeldzuschüsse für die mittleren und kleinen Beamten von 50 Proz. auf 33 1/2 Proz. herabsetzt; dadurch wird den Unterbeamten nicht genützt, sondern dadurch, daß man die Erhöhung auch für die Unterbeamten auf mindestens 50 Proz. normiert. Abg. Volkswitz führte aus, die Sozialdemokratie bemühe sich vergeblich um die Gunst der Beamten. Nun, wir tun unsere Pflicht und Schuldigkeit, ob die Beamten sich dafür dankbar erweisen, ist für uns gleichgültig. Wenn er aber meinte, wir hätten doch keine Anhänger unter den Beamten, meine Herren von der Rechten, sorgen Sie für Einführung der geheimen Wahl, vergrößern Sie auf den verfassungswidrigen Terror, so werden Sie erleben, daß wir auch unter den Beamten eine ganze Anzahl von Anhängern haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Pappenheim (L): Es gehört ein gewisser Mut dazu, hier vor dem Hause über einen solchen Gegenstand mit einer solchen gänzlichen Unkenntnis der Dinge zu sprechen, wie der Herr Vorredner. Er behauptet, daß die höheren Beamten gegenüber den unteren bevorzugt werden. Tatsächlich sind die Unterbeamten um 20 Prozent aufgebessert, die mittleren um 15 Prozent und die höheren um 7 1/2 Prozent. Er behauptet weiter, daß die Deutungsfrage nicht genügend unparteiisch geregelt sei. In der Tat geht die ganze Tendenz aller Vorschläge der bürgerlichen Parteien dahin, die Lücken dieser Vorlage in erster Linie auf die starken Schultern zu legen. (Sehr richtig! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Wohnungsgeld sind die Unterbeamten um 100 Proz. erhöht. Es ist kaum anzunehmen, daß die Ausführungen des Herrn Vorredners auf Unkenntnis beruhen; jedenfalls entbehren seine Zahlen jeder Wahrheit und jeden Grundes. (Bravo rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Ströbel (Soz., persönlich): Herr v. Pappenheim hat gesagt, ich hätte entweder in Unkenntnis oder in Verwirrung — der mir bekannten Tatsachen gesprochen. Ich habe nicht behauptet, die oberen Beamten wären viel mehr aufgebessert worden als die Unterbeamten. Ich habe auf ganz bestimmte Oberbeamtenkategorien hingewiesen und habe die heute wie früher hervorgehoben. Alle Oberbeamten aufzubessern war gar nicht nötig, da die höheren Beamten unbeschäftig genug gestellt sind. Ferner sollte es meine Unkenntnis beweisen, daß ich nicht wüßte, daß die Unterbeamten in Bezug auf Wohnungsgeldzuschuß um 100 Proz. aufgebessert worden wären, weil sie bereits vor zwei Jahren um 50 Proz. aufgebessert wurden. Das ist mir genau bekannt, und das habe ich auch in meiner ersten Rede ausführlich dargelegt, aber mit solchen Prozentberechnungen kommt man nicht weiter. Man muß wissen, wieviel Mark denn die 100 Proz. ausmachen. (Präsident v. Richter: Das ist nicht mehr persönlich.)

In der Spezialdebatte wird die Besoldungsordnung nach den Beschlüssen zweiter Lesung unter Annahme eines auch von den Sozialdemokraten unterschriebenen Kompromißantrages zugunsten der Lehrerinnen an den Gefängnisanstalten angenommen. In der Gesamtabstimmung stimmen auch die sozialdemokratischen Abgeordneten für die Vorlage.

Es folgt die Beratung des sogenannten Röhbrand-Vertrages mit Hamburg, betreffend die Verbesserung des Jahressatzes der Elbe.

Minister v. Reichenbach: Schon seit zwei Jahrzehnten schweben Verhandlungen über die Tiefe des Röhbrand. Hamburg erklärte sich schließlich bereit, einer Vertiefung auf 10 Meter zuzustimmen, stellte hierfür aber eine Reihe von Forderungen, die auf ein für Preußen befriedigendes Maß zurückgeführt werden mußten. Die Regierung mußte bei den Verhandlungen den nationalen Gesichtspunkt berücksichtigen, daß Hamburg die Stellung eines Welthafens einnimmt. In der Kommission wird Gelegenheit sein, die Einzelheiten des Vertrages näher zu prüfen.

Abg. v. Arnim-Jäbsch (L) beantragt, den Vertrag einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Jastin (natl.) und Abg. Rheinbaben (Z) wünschen ebenfalls Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Barenhorst (fr.): Wenn es sich hier auch um deutsche Nationalinteressen, nämlich um die Konfurrenzfähigkeit des ganzen Gebietes der Unterelbe, gegenüber den auswärtigen Häfen handelt, so müssen wir hier im Landtage doch die Interessen Preußens wahren. Die ganze Röhbrandfrage ist eine ununterbrochene Leidensgeschichte für Preußen. Jetzt ist Hamburg gezwungen, Preußen entgegenzukommen, weil es mit seinem Hafen zu Ende ist. Besonders Wert legen wir auch darauf, daß die Interessen der Landwirt-

schafft der Umgebung, die durch die Vertiefung der Erde leicht geschädigt werden könnten, genügend berücksichtigt werden.

Abg. Waldstein (fr., Bg.) bemängelt einzelne Bestimmungen des Vertrages.

Abg. Dr. Gahn (L.): Wir müssen die Kerben haben, eventuell den Vertrag abzulehnen, denn für Hamburg stehen Hunderte von Millionen auf dem Spiele, für uns nur der Verlust von elf Millionen. Preußen sollte etwas mehr von dem hanseatischen königlichen Kaufmannsgeist beweisen. (Waboi! rechts.)

Minister v. Breitenbach erwidert dem Vorredner, daß die berufenen Vertreter von Hamburg, wie der Oberbürgermeister und der Landrat des Kreises, die großen Vorteile des Vertrages für Hamburg anerkannt hätten. Die Regierung mußte die Frage von großen nationalen Gesichtspunkten aus behandeln, die Ausführungen des Vorredners waren sehr partikularistisch angehaucht.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. Brütt (fr.) und Gehr (natl.) geht die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Vorlage betr. Erhöhung des Kapitals der Zentralgenossenschaftsliste. Fortsetzung der zweiten Beratung des Justizetats.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(11. Sitzung vom 4. Februar.)

Bei Beginn der Sitzung nahm Staatssekretär v. Schöen das Wort, um zu erklären, daß das angebliche zweite Interview eines englischen Journalisten mit dem deutschen Kaiser überhaupt nicht stattgefunden habe. Die Erklärung des Dr. Lehmann in der „Germania“ enthalte einen Druckfehler, es müsse heißen: „habe sie nie gehabt“; das Wort nie sei durch ein Versehen weggelassen worden.

Beim Titel „Konsulate“, wo insgesamt 200 500 M. mehr angefordert sind, werden 45 000 M. aus Sparamtsgründen gestrichen. Von Zentrumsseite wurde abermals hervorgehoben, daß unsere Beamten im Auslande nur 5 1/2 bis 6 Stunden täglich arbeiteten, was, wenn nicht ein tropisches Klima in Frage käme, entschieden zu wenig sei. Als Beispiel dafür, daß wir teurer arbeiteten als die praktischen Engländer, wurde angeführt, wir hätten in Shanghai 13 Beamte, während das englische Konsulat daselbst mit 8 Beamten auskomme, obgleich der englische Geschäftsbetrieb sicherlich umfangreicher ist als der deutsche. Weiter wurde bemängelt, daß die Zahl der Attaches in Asien, namentlich im Verhältnis zu anderen Ländern, entschieden zu hoch ist und daß auch ihre Bezahlung (jährlich 12 000 M.) in keinem Verhältnis zu ihren Leistungen steht. — Ein Geheimrat verteidigte die angesprochene Position: Die bei den Konsulaten des Orients angestellten Ratwaissen seien notwendig, denn die Sitten erfordere, daß, wenn der Konsul ausgehe, sie in schöner Uniform vor ihm herlaufen und ausriefen, wer komme. Was die bemängelte hohe Bezahlung anbetreffe, so dürfe man nicht den hiesigen Maßstab anlegen. Ihm sei ein Fall bekannt, wo ein Beamter in Kalkutta seiner Stellung entsprechend zwanzig Dienstboten gehalten habe, der sich hier mit zweien behelfe! Dann eien aber auch die Geschäfte sehr gewachsen. Vor 10 Jahren habe man beispielsweise die Automobile noch nicht gekannt, und unsere auswärtigen Vertretungen hätten demnach auch keine Arbeit damit gehabt, während das deutsche Konsulat in Paris im vergangenen Jahre nicht weniger als 1500 Bescheinigungen an Automobilisten ausgestellt habe, damit sie die Grenze passieren können.

Von sozialdemokratischer Seite wurde ausgeführt, daß, um die Regierung zu einer Reorganisation des Dienstes und zur Sparamts zu zwingen, im Interesse der Sparamts Abstriche gemacht werden müssen. In Shanghai hätten wir 47 Beamte, was zweifellos zu viel sei. Es entspreche der Eindruck, daß man die Attaches dorthin schide, weil man sie unterbringen wolle. Sollen Ersparnisse gemacht werden, so müssen die Reile- und Stellvertretungskosten eingeschränkt werden. Dementprechend wurden die mehrgeforderten 20 000 M. für Tagelöhner und Fußkosten gestrichen.

Nächste Sitzung: Freitag. Fortsetzung der Beratung über das Auswärtige Amt.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung des Gesetzesentwurfes gegen den unlauteren Wettbewerb hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung ab. Vorsitzender ist der Abg. Roeren, Schriftführer Genosse Dr. Frank. Zum Berichterstatter wurde Abg. Jund bestimmt. Es soll ein schriftlicher Bericht gegeben werden. Beschlossen wurde, zwei Lesungen des Entwurfs vorzunehmen. Da die Kommission auf eine ganze Anzahl Sitzungen rechnen muß, wurde beschlossen, wöchentlich zwei Sitzungen und zwar Mittwoch und Donnerstag vormittags 10 Uhr abzuhalten. Die erste Lesung soll am nächsten Mittwoch beginnen. Von der sozialdemokratischen Partei gehören außer dem Genossen Dr. Frank noch die Genossen Brühne und Horn der Kommission an.

Druckfchen.

Aus dem Reichstag (Nr. 1164) Resolution Dr. Müller-Meinungen. Dr. Gediger. Defer. Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsminister zu ersuchen, dem Reichstage den Entwurf eines Reichs-Theatergesetzes vorzulegen, in welchem einerseits die Bühnenvertragsregeln, andererseits die öffentlichen Rechtsverhältnisse des Theaters einer zeitgemäßen Reform unterzogen werden.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. (Nr. 57) Ueberfahrt der Entschlieungen der Igl. Staatsregierung auf Beschlüsse des Hauses der Abgeordneten aus der 20. Legislaturperiode.

(Nr. 58) Denkschrift über die Verwendung des Fonds „zur Förderung der inneren Kolonisation“ in den Provinzen Ostpreußen und Pommern“ für das Etatsjahr 1907.

(Nr. 98) Befoldungsordnung (Zusammenstellung des Entwurfs mit dem vom Hause der Abgeordneten in der zweiten Beratung gefassten Beschlüssen.)

(Nr. 104) Entwurf eines Abänderungsgesetzes zu dem Gesetze, betreffend die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftl. Personalredits vom 31. Juli 1895.

(Nr. 111, I, II, III, IV, V.) Steuergeetze: Einkommen- und Ergänzungsteuergeetz, Gesellschaftsteuergeetz, Deduktionsfrage.

Nr. 112, II: Anlagen zu dem Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betreffend das Dienstverkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen.

Aus der Partei.

Die Aufstellung der Landtagskandidaten in Pforzheim,

die einige Schwierigkeiten zu machen drohte, soweit Genosse Adolf Ged in Frage kam, scheint sich nun doch glatt vollziehen zu wollen, was im Interesse der Pforzheimer und der badischen Genossen nur zu begrüßen ist. In unserem Pforzheimer Parteiorgan ist eine Vereinsversammlung zu nächstem Sonnabend ausgeschrieben, die die Kandidatenaufstellung auf der Tagesordnung hat. Freilich liegt zwischen unserer ersten Notiz aus Pforzheim (Nr. 18 des „Vorwärts“) und der jetzigen Ankündigung der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins, in der die Verliche, Ged zu beseitigen, zur Sprache kamen. Es wird uns zu dieser Frage noch aus Pforzheim geschrieben:

Jetzt will's natürlich niemand gewesen sein, alle waschen ihre Hände in Unschuld, es soll überhaupt kein Mensch daran gedacht haben, Ged beiseite zu schieben. Im Gegenteil, man ist ein großer Freund der Kandidatur Ged usw., alles andere wären Phantasien des Einfenders der „Vorwärts“-Notiz. Von mehreren Wahlkomiteemitgliedern wurde uns aber deren Richtigkeit bestätigt, und das genügt uns. Wahr ist, daß in einer Sitzung des Wahlkomitees ein Antrag gestellt wurde, Ged nicht wieder in seinem bisherigen, sondern in dem wesentlich weniger sicheren zweiten Pforzheimer Stadtkreis aufzustellen. Dieses Verlangen wurde mit der „Augkraft“ Ged's begründet, aber das Manöver war doch dem Wahlkomitee zu plump, um darauf hineinzuweisen, der Antrag wurde abgelehnt, aber nicht einstimmig, sondern er fand eifrige Befürworter; also so ganz harmlos ist die Sache nicht. Wenn die Anhänger der 66 absolut darauf erpicht sind, ihre Freunde in den Sattel zu heben — denn darauf läuft doch die ganze Geschichte hinaus —, dann sollen sie mit offenem Messer kämpfen; dann würden sie aber auch die Erfahrung machen, daß das Gros der Pforzheimer Arbeiterschaft auf dem Boden der Münchener Parteitagbeschlüsse steht. In der Generalversammlung, der Schreiber dieser Zeilen leider nicht beiwohnen konnte, wurde ein Antrag gestellt, die Kandidatenfrage sofort zu behandeln. Der Antragsteller begründete seinen Antrag, in dem er auf die bekannten Gerichte verwies und unter anderem mitteilte, daß Genosse Kolb-Karlruhe gelegentlich einer Konferenz in Klein-Steinbach (einem Orte zwischen Pforzheim und Karlsruhe und zum 9. badischen Reichstagswahlkreis gehörend) erklärt habe: „Mit dem Genossen Adolf Ged kandidiere er nicht mehr!“ Diese unglaubliche Aeußerung wurde, soviel aus dem Bericht hervorgeht, von niemand in der Versammlung bestritten. Soweit uns der Antragsteller bekannt ist, ist er nicht derjenige, der in einer Versammlung Behauptungen aufstellt, ohne dieselben beweisen zu können. Er behauptete außerdem, in anderen Orten sei gesagt worden, so wie es Lehmann in Mannheim gegangen sei, so ginge es auch Ged in Pforzheim.

Nun, die Versammlung am nächsten Sonnabend dürfte einen Strich durch diese Rechnung machen.

Aus den Organisationen. Im Wahlkreis Hagen-Schweelm stieg die Mitgliederzahl der Parteiorganisation im vierten Quartal 1906 von 2249 auf 2300, die Zahl der weiblichen Mitglieder von 212 auf 420. Die Einnahmen betragen einschließlich des Kassensbestandes vom 1. Oktober (100,84 M.) 3767,97 M., die Ausgaben 3885,40 M., so daß am 1. Januar 182,57 M. Bestand vorhanden war.

Der Wahlkreis Hamm-Soeft hat am Sonntag in dem Vergarbeiterorte Altenböge eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung

widmete Genosse König, Parteisekretär für das westliche Westfalen, den auf Knobod hingemordeten Genossen einen warm empfundenen Nachruf. Die Delegierten erhoben sich zu Ehren der Toten von ihren Sitzen. Vom Kronleuchter des Saales herab hing ein schwarzes Transparenz mit der roten Inschrift „Knobod“, daran erinnernd, daß seit der letzten Generalversammlung der Tod eine kaffende Lücke in die Reihen der Genossen gerissen hat. Den Geschäftsbericht über das letzte Jahr erstattete König. Die monatliche Agitationschrift „Die Wahrheit“ ist in einer Auflage von 26 000 Exemplaren verbreitet worden. Weiter wurden zu Agitationszwecken 3000 Exemplare der „kommunalen Praxis“ und andere Flugblätter verteilt. Bei den Gemeinderatswahlen ist ein Achtungserfolg errungen worden. Die Mitgliederzahl ist bedeutend gestiegen, ebenso die Zahl der Abonnenten der „Dortmunder Arbeiterzeitung“.

Als Kreisvorsitzender wurde Genosse Jevbentrupp-Samm gewählt. Die Konferenz war von 65 Genossen und 15 Genossinnen besetzt.

„Ein sozialdemokratischer Kirchenrat.“ Bei der Wahl des Kirchenrates und der Ergänzungswahl der Kirchenverwaltung der katholischen Kirche München-Sendling siegten die Sozialdemokraten mit starken Majoritäten über die liberal-klerikale Liste. „Also lesen wir in der Parteipresse. Dagegen meldete die „Münchener Post“, die es doch am besten wissen muß, daß die Liste der freien Bürgervereinigungen gewählt wurde, die der Pfarrer allerdings als „die Sozialdemokratie“ bezeichnet hat.

Genosse Raden ist erfreulicherweise schon so weit wieder hergestellt, daß er seit Donnerstag wieder an den Verhandlungen des Reichstags teilnehmen kann.

Genosse Goldstein ist am Dienstag nach dem Sanatorium in Reichsha bei Dresden übergesiedelt.

Soziales.

Unfallrentner der Tiefbau-Verufsgenossenschaft.

Die fürsorglich die genannte Verufsgenossenschaft sich der Verletzten annimmt, möge folgendes zeigen: Im Betriebe der Firma Holzmann u. Co. in Wilhelmshafen verunglückte im November 1907 ein Arbeiter dadurch, daß ihm von unerfahrenen Leuten unregelmäßig Luft zugepumpt wurde. Der Verletzte erlitt auf beide Ohren Beschädigungen, so daß er seinen Veruf sofort aufgeben mußte. Mitte Dezember erinnerte der Verletzte die Verufsgenossenschaft an den Unfall, wurde jedoch bald darauf vom Kassensarzt wieder für arbeitsfähig erklärt. Nach zweitägiger Arbeit wurde er wieder krank und war bis Mitte Februar 1908 erwerbsunfähig. Später mußte er sich von einem Vertrauensarzt der Verufsgenossenschaft untersuchen lassen. Dieser begutachtete, daß die Erwerbsfähigkeit des Verletzten um 30 Proz. vermindert sei. Etwa sechs Wochen später mußte sich der Verletzte einer Ohrenklini in Kiel zur Verfügung stellen. Hier begutachtete der leitende Professor eine Erwerbsunfähigkeit von 50 Proz. Mitte Oktober verschlimmerte sich das Leiden des betraffenden Mannes und er ist seitdem völlig erwerbsunfähig. Anfangs November erhielt er die Aufforderung, sich in die Heilanstalt Samun zu begeben. Als der Kranke einmal in der Badekammer einen Schlaganfall erlitt, wobei er beinahe ertrank, erklärte ihm der leitende Arzt, daß er für ihn bei seinen achtjährigen Verufen keine Verantwortung übernehmen könne und er eine Minil aussuchen müsse. Weil die Unfallversicherung die Behandlung des Verletzten übernommen hatte, lehnte die Ortskrankenkasse die Behandlung ab. Die angerufene Kassenbehörde bestätigte, daß die Verufsgenossenschaft eintreten müsse. Als durch die entstandene Not und Sorge die Familie des Unfallrentners erkrankte, blieb diesem nichts weiter übrig, als die Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Fernere Klammationen um die Rentenfestsetzung halfen nichts, nur einigemal erhielt der Verletzte einen kleinen Rentenvorschuß. Nach Weihnachten erhielt er ein Schreiben vom Vorstand der Tiefbau-Verufsgenossenschaft, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß ihm zurzeit nichts mehr gezahlt werden könne und seine nochmalige Unterfuchung veranlaßt werden würde. Das war dem Verletzten denn doch zu viel. Er sandte eine derbe Beschwerde an das Reichsversicherungsamt, das ihm bald darauf antwortete, die Angelegenheit in die Hand nehmen zu wollen. Bald darauf kam auch eine Ladung zur nochmaligen Stellung in der Klinik in Kiel. Dort wurde er allen möglichen Experimenten und Qualen ausgesetzt und konnte nach acht Tagen wieder zurückreisen. Bis heute ist dem Verletzten sein Recht noch nicht geworden, obwohl seit dem Unfall bereits vierzehn Monate verfloßen sind. Da der Bedauernswerte der Gemeinde Sant zur Last gefallen ist, wird sich vielleicht das Behörde ins Mittel legen.

Dieser Fall zeigt wieder klar, auf welcher Höhe die deutsche Sozialpolitik steht. Gegen ein solches Vorgehen der Verufsgenossenschaften vermag leider auch das Reichsversicherungsamt nichts auszurichten. Lassen sich nicht Mittel und Wege schaffen, solchen verunglückten Personen schneller zu ihrem Recht zu verhelfen? Räht sich nicht gleich eine bestimmte Höhe der Rente festlegen, dann muß aber doch unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß dem Verletzten eine Unterfuchung zuteil wird, die ihn der öffentlichen Armenpflege enthebt. Die darauf abzielenden Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden seinerzeit abgelehnt.

WEISSE WOCHE BEI JANDORF

Belle-Alliancestr. — Spittelmarkt — Gr. Frankfurterstr. — Brunnenstr. — Kottbusser Damm

Schluss Sonnabend den 6. Februar

Gute weisse Waren zu enorm billigen Preisen

Arbeitslosen-Zählung

am

Sonnabend, den 13. Februar 1909.

Trotz aller Einwände seitens der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Groß-Berlins beschloß der Magistrat von Berlin — und die Verwaltungen der meisten Vorortgemeinden werden sich seinem Vorgehen zweifellos anschließen —, im Februar wieder eine Arbeitslosenzählung nach dem Melde-System vorzunehmen.

Dieses System auch nicht annähernd die Zahl der Arbeitslosen richtig erfasst, ist für jeden objektiv Denkenden klar, und alle Statistiker von Ruf wenden sich auch gegen dieses System. Aber der Berliner Magistrat beharrt eigen-sinnig auf seinem Beschluß, so daß es den Eindruck erweckt, als wolle er nicht die Wahrheit über den erschreckend hohen Grad der Arbeitslosigkeit feststellen lassen, um nach wie vor seine Gleichgültigkeit gegen die Arbeitslosigkeit und sein Unvermögen, derselben abzuhelfen, hinter nichtsagende Phrasen verbergen zu können.

In Erkenntnis dieses durch das reinste Klasseninteresse diktierten Bestrebens unserer Stadtverwaltung steht die organisierte Arbeiterschaft der amtlichen Zählung nach dem Melde-System am 17. Februar „Gewehr bei Fuß“ gegenüber. Um aber eine einigermaßen richtige Zählung vorzunehmen, beschloß die Berliner Gewerkschaftskommission und der Zentral-vorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine, Sonnabend, den 13. Februar 1909, eine Zählung nach dem

Handlisten-System

zu veranstalten. Dazu bedarf es in erster Linie der Unterstützung aller beteiligten Kreise. Wir glauben, daß jeder organisierte Arbeiter den Wert dieser Arbeit zu schätzen weiß und sich in-folgedessen mit voller Hingabe daran beteiligen wird.

Um auch die Mithilfe derjenigen zu erreichen, die nicht den Organisationen angehören, bedarf es aber auch der leb-haftesten Agitation. In allen gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen muß auf die Zählung hingewiesen werden. Die Leiter und Funktionäre der Organisationen erhalten eine Broschüre, in welcher der Verlauf der Verhandlungen über diese Frage geschildert ist. Die Leiter der politischen Organi-sationen müssen darauf hinweisen, daß es die Ehrenpflicht jedes Genossen ist, am Freitag, den 12. Februar, sich im Be-zirk einzufinden. Die Leiter der gewerkschaftlichen Organi-sationen legen ein Verzeichnis derjenigen an, welche bei der Zählung helfen wollen, aber nicht politisch organisiert sind, und stellen es der Berliner Gewerkschaftskommission zur Ver-fügung. Alle politisch Organisierten sind aber an ihren Bezirk zu verweisen.

Also: Die Mitglieder der Wahlvereine gehören am Frei-tag, den 12. Februar, auf ihren Zahlabend, die nicht politisch Organisierten nach den von der Berliner Gewerkschaftskommission noch näher zu bezeichnenden Lokalen.

Selbstverständlich wird der „Vorwärts“ wie überhaupt die Presse in eingehender Weise auf die Frage der Arbeitslosen-zählung eingehen und für die weitestgehende Aufklärung der Genossen Sorge tragen. Ebenso ist es dringend notwendig, die Agitation in Werkstatt und Fabrik, in Bekannten- und Freundeskreisen nicht einen Augenblick ruhen zu lassen.

Weiter wird es notwendig sein, auf den Arbeitsnachweisen (städtischen, gewerkschaftlichen und denen der Zeitungen), vor den Warmhallen und Asylen am Donnerstag Zettel zu ver-teilen, welche über den Zweck der Arbeitslosenzählung Auf-klärung schaffen. Diese Zettel sind auch vor den Arbeits-losen-Versammlungen am Dienstag, den 9. Februar, zu ver-teilen.

Auch Plakate mit demselben Inhalt werden in den Restau-rants ausgehängt und am Donnerstag, den 11. Februar, und Freitag, den 12. Februar, an den Säulen angeschlagen werden müssen.

Die Zählung selbst wird durch die Bezirke der Wahlvereine ausgeführt.

Um aber auch die Insassen von Asylen mit zu treffen, haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten dort die Zählung übernommen.

Die Herbergen läßt die Berliner Gewerkschaftskommission abfragen, um auch die dort logierenden Arbeitslosen fest-zustellen.

Damit die hier im Interesse der Arbeitslosen gestellte große Aufgabe seitens der politischen Organisation in gründ-lichster Weise gelöst werden kann, ist es notwendig, die Mit-glieder zum Februar-Zahlabend schriftlich zu laden. Die Bezirksführer sind verpflichtet, ihre Mitglieder in eingehendster Weise über die Bedeutung der Frage aufzuklären und ihnen die Beteiligung dringend ans Herz zu legen. Ist ein Bezirk zur Bewältigung der Arbeit zu schwach, so müssen innerhalb der Abteilung Mittel und Wege gefunden werden, helfend einzuspringen. Wo trotz aller Vorkehrungen doch nicht Leute genug sind, muß dem Wahlvereinsvorstand Mitteilung gemacht werden, damit derselbe für Abhilfe sorgt. Zu diesem Zweck setzt sich der Vor-stand nötigenfalls mit der Berliner Gewerkschaftskommission zwecks Zuweisung der politisch nicht organisierten Mitglieder der Gewerkschaft in Verbindung. Die Arbeit des Zählens selbst muß aber in der gewissenhaftesten Weise besorgt werden.

Am Freitag, und (wer Zeit hat, kann schon am Nachmittag damit anfangen) werden die Zählkarten ausgeteilt und wird den Empfängern gesagt, daß diese Karten beachtet und am Sonnabend, den 13. Februar ausgefüllt werden müssen.

Als Tag der Zählung gilt also Sonnabend, den 13. Februar.

In jeder Wohnung werden mindestens drei Karten ab-gegeben, jedoch soll sich der Zähler, wo irgend möglich,

erkundigen, wieviel Arbeitslose oder bei verkürzter Arbeitszeit Arbeitende sind. Die vorhandenen Karten sind reichlich aus-zugeben, damit die richtige Ausfüllung keine Schwierigkeit be-reitet.

Jede Wohnung muß aber aufgesucht und abgefragt werden.

Ueber das Wie des Ausfüllens ist auf der Rückseite der Karte ein Hinweis. Trotzdem ist es aber angebracht, daß der Zähler darauf aufmerksam macht. Wenn irgend möglich, muß auch besonders darauf hingewiesen werden, daß sich auch die Frauen an der Ausfüllung beteiligen sollen, ebenso die bei verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden. Also nochmals: als Tag der Zählung gilt der Sonnabend. Nur wer Sonnabend arbeitslos ist oder bei verkürzter Arbeitszeit arbeitet, soll die Zählkarte ausfüllen. Nicht in Betracht kommt, wer etwa Sonnabend abend erst aufhört, dagegen wird mitgezählt, wer etwa am Sonnabend arbeitslos und bereits Montag früh wieder anfängt.

Am Sonntag werden die Karten wieder eingeholt. Gut wird es sein, daß sich der Zähler dabei mit Tintensatz und Federhalter (wenigstens aber Bleistift) versieht. Es wird öfter vorkommen, daß sich der Zähler der Arbeit des Aus-füllens unterziehen muß, doch bitten wir unsere Partei-genossen, im Interesse des Zählens diese Mühe nicht zu scheuen. Um am Sonntag etwaigen Nachfragen nach Zählkarten sofort entsprechen zu können, müssen seitens des betreffenden Bezirks-führers der Wahlvereine dem Zähler noch etliche Karten zur Verfügung gestellt werden. Der Zähler muß auf jeder ausgefüllten Karte seinen Namen und seine genaue Adresse angeben. Es muß dafür gesorgt werden, daß unter allen Um-ständen sämtliche Karten am Sonntag zurückgeholt und an den Bezirksführer abgeliefert werden.

Der Bezirksführer hat auf einer Liste zu vermerken, wer die Häuser seines Bezirks bearbeitet hat und zwar unter An-gabe der vollen Adresse des Zählers. Dann hat er die Zähl-karten noch einmal durchzusehen und sie an seinen Abteilungs-führer abzuliefern. Dieser hat die ausgefüllten Karten sofort (aber bestimmt im Laufe des Sonntags) nach der Buchdruckerei Vorwärts, Lindenstr. 69, 2. Hof 3 Tr., zu schicken. Die leeren Karten werden zurückbehalten. Der Bezirksführer muß die Zähler noch dringend bitten, die Nachfragen, welche sich etwa später als notwendig herausstellen sollten, sofort zu erledigen.

Parteienossen! Vorstehende schwierige Aufgabe zu lösen wäre eigentlich heiligste Sache des Staates oder der Kommune, wenn deren Vertreter sozial empfinden und menschlich fühlen würden. Aber wie ist's? Phrasen, nichts weiter als Phrasen bringt man der Arbeiterschaft entgegen, wenn diese mahnend auf die furchtbare Not und ihre drohenden Folgen hinweist. Nirgends Verständnis für die Schreden der Arbeits-losigkeit, ja oft der böse Wille, die Sache zu vertuschen, um den unheimlichen Mächtern nicht Recht geben zu brauchen.

So sind wir denn gezwungen, die Zählung selbst in die Hand zu nehmen, um „alleinmächtig“ den Hunger und Jammer weiter Volkskreise belegen zu können. Eine große Aufgabe, die wir uns gestellt, die auch nur gelöst werden kann, wenn jedes einzelne Mitglied der Wahlvereine sich zur Verfügung stellt. Wir sind aber überzeugt, daß unsere Genossen gerade durch die Größe der Sache in ihrer Arbeitsfreudigkeit gestärkt und in altgewohnter Hingabe an die Partei alle Schwierig-keiten überwinden werden.

Wir rufen deswegen unseren Mitgliedern zu: „Freitag, den 12. und Sonntag, den 14. Februar, alle Mann zur Stelle!“

Schutz vor Segen!

„Die Wohlthaten des Fürsorgeerziehungs-gesetzes müssen bis zum letzten Haufe und bis zur letzten Hütte getragen werden, wo immer hilfsbedürftige, verwa-hrloste Kinder sind.“

Minister von Rheinbaben am 10. März 1901.

Wenn ein Menschlein von acht Jahren nur halb so viel Unheil angerichtet hätte wie das ebenso alte Fürsorge-erziehungs-gesetz, dann würde allseitig anerkannt werden, daß energische Maßregeln zum Wohle des Schreckenskinde-s er-griffen werden müßten. Auch wenn man annimmt, Bestialitäten, wie sie der Fall Colander gezeigt hat, seien Ausnahmen, so bleiben noch der grauenvollen Mißstände genug, um die Frage zu stellen: Wie kann dem „Segen“ Einhalt getan werden?

Zunächst: Wie kann erreicht werden, daß Fürsorge-erziehung nur dort angeordnet wird, wo sie wirklich nötig, und daß sie, wo sie nötig ist, auch gegen „vornehme“ Pflänz-chen angewandt wird? Ob diese Frage berechtigt ist, mögen einige Fälle aus der rauhen Wirklichkeit zeigen.

Ein fünfjähriges Mädchen ruft einem anderen Kinde das bekannte Zitat aus Götz von Berlichingen zu. Feindliche Nachbarn — die in fast jedem derartigen Falle die Hand im Spiele haben — erfüllen ihre Christenpflicht, bringen noch einiges Material bei, und der „hohe Grad sittlicher Ver-wahrlosung“ ist erreicht. Das Zitat spielt aber in den Akten die Hauptrolle.

Ein sechzehnjähriges Mädchen ehrbarer Eltern, die sich während der Schulzeit gut geführt hat, arbeitet immer drei Wochen fleißig und betragt sich auch sonst gut. In der vierten Woche wird es unruhig, brennt durch und bleibt eine Nacht oder mehrere aus. Es kommt von selbst zurück, bittet zerknirsch um Verzeihung, gibt sich redliche Mühe, durch die Tat Besserung zu beweisen — bis dann, immer in ganz be-stimmten Zeiträumen — die bösen Tage wiederkehren. Die Eltern gehen zum Arzt. Der erklärt bestimmt, das Mädchen sei krank und zu heilen, aber vom Spezialarzt. Die Eltern aber sind arm, der Arzt kostet Geld. Darum schließ-lich — Fürsorgeerziehung.

Ein Lehrling von 16 Jahren erleidet im kleinen Betrieb seines Vaters eine schwere Schädelverletzung und er-hält eine wohl sechzigprozentige Unfallsrente. Da die Ver-tragsgenossenschaft nichts verschenkt, darf man danach den Eltern wohl glauben, daß der Junge nicht mehr richtig im Kopfe sei. Statt gierig den Rest seiner Arbeitskraft aus-

zubenten, denken sie auf Heilung und lassen ihn viel spazieren gehen. Begleiten können sie ihn nicht. Sie müssen ja arbeiten. Er kommt in schlechte Gesellschaft, läßt sich zum Kartenspiel verleiten und verspielt einige kleine Beträge, die dem Vater gehören. Die Eltern strafen ihn nicht und haben die Fälle bald vergessen. Nicht so die Nachbarn. Die Be-hörde erhält von den „Unterstützungen“ Kenntnis. Der Junge muß in Fürsorgeerziehung.

Ein Zwölfjähriger verlor sich im Busch am Wege, den seine Mitschülerinnen passieren mußten. Vellend kroch er auf allen Vieren hervor, um sie, wie er später dem Richter sagte, als „Gund“ zu erschrecken und „in die Beine zu beißen“. Der Richter glaubte nicht an das kindliche Spiel, sondern vermutete unzüchtige Absichten, obwohl nichts Ver-artigtes nachgewiesen war. — Fürsorgeerziehung!

Dagegen verlockten um dieselbe Zeit in derselben Gegend zwei Gymnasiasten ein Schulmädchen unter falschen Vorspiegelungen zum Mitgehen. An infamier Stelle wirft der eine das Mädchen nieder, während der andere davonläuft. Nur an dem kräftigen Widerstand des Mädchens scheiterte die verbrecherische Absicht. Trotzdem sogar die Zeitungen von der Sache berichteten, hat man von Fürsorge-erziehung nichts gehört. Hier handelte es sich wohl um ein harmloses Spiel. Bei armen Kindern aber genügt schon ein im Freien angezündetes Feuerchen, ein eingeworfenes Fenster, der „Diebstahl“ von etwas Holz im Walde oder von ein paar Äpfeln, um das Maß der Verdorbenheit voll zu machen.

Zweite Frage: Wie kann erreicht werden, daß Fürsorge-erziehung wirklich bessert? Eine seltsame Frage! Aber man weiß ja, daß viele Böglinge sich aus der „Fürsorge“ ins Zuchthaus flüchten. Daß ein reich fliehender Quell von dort her die Prostitution ständig speist.

A Schröter führt in seinem Werke ein Reskript des preu-ßischen Ministers von Altenstein vom 2. Oktober 1896 an, in dem verlangt wird, daß die unglücklichen Geschöpfe „gleichsam in eine neue Welt versetzt werden, wo . . . allent-halben Fürsorge, Anteil, Liebe unverkennbar sind“. Es gibt Anstalten und Privathäuser, in denen diese For-derung erfüllt wird. Aber sie sind Ausnahmen. Woher sollen denn die pädagogischen Fähigkeiten kommen bei den „Hausvätern“, „Brüdern“ und dergl., in deren Händen die Erziehung größtenteils liegt und deren Befähigungs-nachweis erbracht wird durch Frömmigkeit und geringe Ansprüche? Sie erblicken im Bögling von vornherein das verdorbene Ge-schöpf, dem man nur als Vorgesetzter, nicht als Mensch gegen-überzutreten darf. Kein Anteil an den so zahlreichen, großen und kleinen Sorgen des jungen Menschen. Kein Eingehen auf seine oft so leicht zu erfüllenden Wünsche. Kein Lob bei gutem Verhalten: Nichts, was geeignet wäre, ein Gefühl der Anhänglichkeit zu erwecken. Nichts als Härte und Strenge! Die Strenge ist ihre Liebe. Darin gerade liegt die Liebe der orthodox verwirrten Köpfe, daß man sich ja in keiner Weise nachgiebig zeigt — soweit nicht auch hier die „Theorie“ nur der Deckmantel für echte Rohheit und Gemütsverhärtung ist.

Die Sechzehnjährige, von der vorher die Rede war, steckte eines Tages die Schwester an, ihrem Bruder zum Geburtstage eine Karte senden zu dürfen. Er war Soldat und mochte wohl auch das Herz voll haben. In unwidersteh-lichem Trieb sagt das Mädchen: „Ich muß und muß ihm eine Karte schreiben.“ Die Schwester aber sagte kalt: „Nein! Heute wird nicht geschrieben. Und jetzt wird auch nichts mehr gesprochen. Wenn du nicht ruhig bist, wirst du bestraft!“

Die sehr braven Eltern kommen wiederholt um Er-laubnis ein, ihre Tochter besuchen zu dürfen. Vergebens. Die Anstalt weist sie an den Landeshauptmann, der sie er-teilen muß. Der wieder schiebt es an die Anstalt, die erst erklären muß, daß die „Besserung“ durch den Besuch nicht gefährdet werde. Selbst der schwerste Verbrecher wird weich im Augenblick des Wiedersehens derer, die er noch liebt und die ihn noch lieben. Aber der Fürsorgezögling kann ver-dorben werden, wenn ihn die alten braven Eltern besuchen, die wie so viele in ihrer Gergenseinsicht selbst in die Fürsorge-erziehung eingewilligt hatten. Das Mädchen floh — aus Sehnsucht nach den Eltern. Jemand etwas Unrechtes hat sie sich bis zu ihrer Rücklieferung nicht zuschulden kommen lassen. Erst dann konnte mit Hilfe des Oberpräsidenten die Er-laubnis zum Besuche erwirkt werden.

Als dann die beiden Alten nach schriftlicher Anmeldung am Sonntag kamen, wurden sie kalt empfangen. „Kommen Sie das nächste Mal in der Woche! Wir wollen auch unseren Sonntag haben!“ Sie hatten sich das Jahrgeld vom Rande absparen müssen. Nun sollte der Alte auch noch einen ganzen Wochentag versäumen, weil die Schwester Sonntag haben müssen.

Als das Mädchen in die Anstalt kam, konnte sie nicht lügen. Was sie getan hatte, gab sie dem Vormundschafts-richter offen zu, der ohne ihr Eingestehen, abgesehen von ihrer Entfernung von Hause, ihr nichts hätte nachweisen können. Die Zeugen, die sie selbst angegeben hatte, bestätigten ihre Aussage. Auch daß von Gewerbszunahme bei ihr nicht die Rede gewesen war. Aber schon bald nach der Auf-nahme in die Anstalt konnte sie lügen. Und als sie — erst nach ihrer Mündigkeit — dort freigelassen wurde, zeigte sie, daß sie auch noch Schlimmeres konnte. Sie dürfte kaum mehr zu retten sein. Dabei ist in jener Anstalt die Kost gut, und körperliche Züchtigungen gibt es dort nicht.

Oft geben Flüchtlinge, besonders jüngere, als einzigen Grund ihrer Flucht das Heimweh, Sehnsucht nach Eltern und Geschwistern, an. Trotzdem entflozene Jungen wohl aus-nahmslos nach der Rückkehr ihre Hiebe erhalten, gehen viele doch willig zurück, wenn diese Sehnsucht gestillt ist.

Daß mit Anteil und Liebe tatsächlich viel erreicht werden kann, beweisen die Erfolge einer Anstalt, in der die Erzieher in den Böglingen nicht nur Menschen, sondern sogar j u n g e Menschen, Kinder, erblicken, die ein Recht auf Freundschaft haben. Dort gibt es allerhand Unterhaltung. Man läßt die Jugend sich austoben, soweit es nur mit dem Zwecke der Anstalt vereinbar ist. Mit lautem Hallo kommen die Kinder angestürmt, wenn Angehörige zu Besuch kommen. Dort denkt keiner an Entziehen. Aber das sind leider nur Ausnahmen. In der Regel ist der schreckliche Stod und die fast noch schrecklichere Schablone das Allheilmittel. Die Anstalt, in der der Junge mit der Schädelverletzung kam, gehört zu den guten. Manche tüchtigen Handwerker hat sie herangebildet. Aber schon wenige Tage nach seinem Eintritt hatte der Bögling eine

Tracht Siebe. Grund: er war „unaufmerksam“ gewesen und hatte dadurch einen geringfügigen Schaden angerichtet.

Wie kann nun diesem „Segen“ Einhalt getan werden, solange das System des Gefängnis keine Milderung erfahren hat? Nur durch ständige Ueberwachung. Durch Veröffentlichung sowohl der schlimmen als auch der nachahmenswerten Fälle. Besonders die Frauenbewegung sollte sich das dankbare Tätigkeitsfeld, das sich ihr hier erschließt, nicht länger vorantreiben lassen. Die Mutter, die für ihr Kind kämpft, hat selbst wenn sie eine Gefallene sein sollte, ein natürliches Anrecht auf die Hilfe ihrer Schwestern. Daß dabei mit größter Sorgfalt zu Werke gegangen und jede Angabe genau nachgeprüft werden muß, ist dabei selbstverständlich. Was aber sicher ermittelt ist, gehört an die Öffentlichkeit. In den meisten Fällen wird die Mutter einverstanden sein, wenn man ihr klarmacht, daß es kein anderes Mittel mehr gibt.

Jede agitatorisch tätige Frau kennt das Kinderjugengesetz. Sie wird sich auch im Fürsorgegesetz bald zurechtfinden, das ja auch ein Kinderjugengesetz sein will. Und es kann zu einem solchen werden, wenn seine Anwendung unter die ständige Kontrolle der Öffentlichkeit gestellt wird, wenn namentlich die organisierten Arbeiter und ihre Frauen des Elends der Armen sich werftätig annehmen.

Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michaelis eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Es findet zunächst die Einführung und Verpflichtung des neu gewählten besoldeten Stadtrats Dr. Ring statt, der an Stelle des ausgeschiedenen Rats Friedel in das Magistratskollegium tritt. Nach der Einführung, die Oberbürgermeister Kirchner vollzieht, wird der Benannte auch vom Vorsitzenden begrüßt, der in seine Ansprache einen Dank an den ausgeschiedenen Stadtrat Friedel einfließen läßt.

Der Protokoll gegen die Wahl des Sanitätsrats Dr. Otto Mugdan zum Stadtverordneten hat der Wahlprüfungsausschuß mit 9 gegen 5 Stimmen für unerschließlich und die Wahl für gültig erklärt.

Der Referent Stadtv. Ladewig (R. L.) hebt in seinem Bericht hervor, daß die Behauptung, daß die Stichwahl zu Unrecht angelegt und der Gegenstand Professor Richter schon im ersten Wahlgang gewählt worden sei, da die drei gesplitteten Stimmen auf nicht wählbare Personen gefallen, also ungültig seien, von der Wahlprüfungskommission als nicht haltbar nicht angesehen worden ist. Bei den städtischen Wahlen, auch bei denen, die die Versammlung vornimmt, zählt man stets die abgegebenen Stimmen und läßt nicht vorweg eine Prüfung auf die Gültigkeit eintreten. Die Wahlprüfungskommission hat den Fall nicht erschöpfend entschieden. Demnach war die Stichwahl mit Recht angeordnet. Auch wenn man sich aber nicht auf diesen Standpunkt stellt, komme man nicht zur Ungültigkeitserklärung der Wahl, sondern nur zur Beiseiteziehung über die Einzelheiten der Proteste, so auch darüber, ob verschiedene für Richter begünstigende Stimmen auch richtig abgegeben worden sind, und es würde sich dann ebenfalls ergeben, daß eine absolute Mehrheit nicht vorhanden war.

Ein Antrag Krons (Soz.) geht auf Kassierung der Wahl. Stadtv. Dr. Preuß (Soz.-fortschritt.): Parlamente und Stadtvertretungen, Versammlungen, die aus Parteien zusammengesetzt sind, eignen sich nicht zur Entscheidung von Rechtsfragen. England, das Land der Erblichkeit, hat die Wahlprüfungen längst den Gerichten überlassen. Aber auch hier heute wird nur ein Vorposten gesetzt, das letzte Wort werden die Verwaltungsgerichte sprechen. Im Ausschuss hat sich die Rechtsüberzeugung streng nach Fraktionen gegliedert. Auch hinsichtlich der Frage hat sich der Ausschuss einer Beweisführung immer und auch jetzt abgelehnt. Ein Gerichtshof würde immer die objektive Wahrheit zu ermitteln suchen. Da ist eine Stimme auf einen ungültigen „Richter“ abgegeben worden. Der Ausschuss hätte den betreffenden Richter vorladen und ihn fragen müssen: Welchen Richter? (Widerspruch.) Wenn Sie für die formale Strenge sind, so müssen Sie auch alle anderen unbestimmten Namen beanstanden, die auf beiden Seiten zu Duben abgegeben worden sind. Es kommt aber nicht nur auf diesen einen Punkt an, sondern auch auf die Tatsache, daß nicht der Wahlvorstand, sondern der Magistrat die Wahlprüfung vorgenommen hat, was mit § 26 der Städteordnung nicht übereinstimmt und nach einem Erkenntnis des Verwaltungsgerichts von 1909 schon zur Nichtigkeit der Wahl führen würde. Ferner haben erwiesenermaßen 10 Wähler mitgewählt, die damals nicht in Berlin wohnten; der Wahlvorstand konnte sie nicht zurückweisen, aber die Versammlung und die Verwaltungsgerichte können es. Es haben auch russische Staatsangehörige zu Unrecht mitgewählt, weil sie in der Wählerliste standen. Auf den dritten Punkt, die verschiedenen Versionen der Kandidatenamen und eventueller ungenauer Protokollierung, lege ich kein besonderes Gewicht; es kann sich da auch um Hörschüler und dergleichen handeln. Ganz zweifellos waren aber die beiden Stimmen für den Volksschullehrer Heidenreich ungültig. Nebenbei stimmt es nicht, daß alle abgegebenen Stimmen bei uns hier gezählt werden; das Gegenteil ist der Fall; die ungültigen Stimmen werden nicht mitgezählt. Verabredung ist mir die Behauptung des Referenten, daß das Verwaltungsgericht in dieser Frage je geschwankt hat. Auch die Versammlung hat früher entsprechend entschieden; jetzt heißt es, habe sich die Ansicht geändert. Jedenfalls kann man dem Verwaltungsgericht einen totalen Meinungsumschwung nicht zutrauen, weil es sich jetzt um sozialdemokratische Stimmen handelt, die für ungültig erklärt werden müßten.

Stadtv. Sonnenfeld (R. L.): Die Rede des Dr. Preuß war ein Beweis für seine eigene These, daß wir hier uns zur Entscheidung von Rechtsfragen nicht eignen. Wir können Präjudizien eines Gerichtshofes nicht nachprüfen; es ist keineswegs gesagt, daß ein Gericht ewig auf seiner Ansicht besteht. Ob der Magistrat die Verurteilung des Ergebnisses selbst übernommen hat, ist mir bedenklich, aber für unsere Entscheidung unerheblich. Es ist richtig, daß auf beiden Seiten die angegebenen Namen zum Teil verschiedentlich ausgesprochen oder ähnlich klingende zu Protokoll gegeben worden sind; dann wäre aber bei der ersten Wahl Herr Richter erst recht nicht gewählt gewesen. Wenn etwa 10 Wähler nicht mehr zur Zeit der Wahl in Berlin wohnten, so haben sie doch, als die Listen aufgestellt wurden, dort gewohnt und ihr Wahlrecht zu Recht ausgeübt. Es kommt eben ausschließlich auf die Frage der beiden ungültigen Stimmen für einen Gemeindevorsteher an. Der Wahlvorstand hatte aber keine Befugnis, hier materiell zu entscheiden, und dann besteht aus großer Unklarheit zwischen der Ungültigkeit und der Nichtwahlbarkeit der Stimmen. Nirgends ist in der Städteordnung bestimmt, daß eine solche Stimme ungültig ist. Zu welchen ungeheuerlichen Konsequenzen müßte die Auslegung des Kollegen Preuß führen! (Ruf: Richter!) Bei Wahlen innerhalb dieser Versammlung werden nach § 43 der Städteordnung nicht die abgegebenen Stimmen, sondern die Abstimmenden gezählt, und ein solcher Fehler kann doch nicht als ein Abstimmen gezählt werden. (Heiterkeit und lebhafter Widerspruch.) Auf: Richter! Gegen: Sonnenfeld! Die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts sind tatsächlich nicht konform, und wir können uns auf sie nicht stützen. (Lebhafter Beifall und große Unruhe.)

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Kurzzeit hat nicht das Recht, sondern die Versammlung das Recht und die Pflicht, über die Wahl zu entscheiden, und da dürfen wir nur Rechtsgründe leiten. Wenn eine Wahl mit wesentlichen Mängeln behaftet ist, dann ist nach dem gesunden Menschenverstand und nach den Entscheidungen des Verwaltungsgerichts, auch nach den meisten Entscheidungen dieser Versammlung die Wahl zu kassieren. Nach der ganzen Struktur der Städteordnung

ist die Wählerliste nach mehr persönlichen Ansicht unänderlich. Diese bisher ständige geistige Anschauung, die aus dem Reichsgericht anerkannt wurde, ist aber von diesem in einem besonderen Falle umgestoßen worden; es hieß plötzlich, es käme auf die objektive Richtigkeit an. Ich schreibe aber diese Frage, wo das Reichsgericht gegen sich selbst entschieden hat, hier völlig aus. Der Kollege Sonnenfeld hat Jongleurkunststücke gemacht, auf die ich mich nicht einlasse. Wie kann man annehmen, daß eine ungültige Stimme als Stimme gezählt werden kann? Ungültig heißt doch: die Stimme gilt nicht! Nun wird das Verwaltungsgericht herangezogen. Die angegebenen Entscheidungen beziehen sich lediglich darauf, daß ein Wähler mehrere Stimmen abgegeben hat, es nirgends erklärt, daß die ungültigen Stimmen auch zu zählen sind. Kollege Preuß hat nur einige, durchaus nicht alle Entscheidungen des Verwaltungsgerichts angeführt, wo es sich eben darum handelt, daß ein Wähler mehrere Stadtverordnete zu wählen hat. Das Erkenntnis vom 18. März 1903, abgedruckt im 4. Bande der Entscheidungen, befragt in seinem weiteren Wortlaut ausdrücklich: Wenn nur ein Stadtverordneter zu wählen ist, und zwar ein Hausbesitzer, so ist die Stimme eines Wählers, der keinen Hausbesitzer gewählt hat, von vornherein ungültig und darf nicht mitgezählt werden. Nur die anderen Stimmen seien zu berücksichtigen bei der Feststellung des Wahlergebnisses — und das hatte der Wahlvorstand festzustellen. Der erste Absatz des § 26 der Städteordnung befragt auch nichts anderes; wenn eine Stimme nicht gilt, dann kann man sie auch nicht zählen. Es handelt sich ja auch gar nicht um ein exceptionelles Erkenntnis; bereits im Ausschuss habe ich das Erkenntnis vom 27. Juli 1905 angeführt, welches in Charlottenburg ergangen ist. Da waren die Stimmen des Nicht-Hausbesitzers gezählt worden, und das wird für ungültig und die Anordnung der Stichwahl als ein Verstoß erklärt. Hier ist ausdrücklich erklärt, der Wahlvorstand sei verpflichtet, gültige und ungültige Stimmen zu unterscheiden, der Magistrat habe kein Recht dazu. Die beiden Stimmen für den Volksschullehrer sind ungültig, die Stimme für „Richter“ ohne nähere Bezeichnung ebenfalls; diese drei Stimmen sind ungültig. Wenn einige Stimmen für Richter gezählt sind, die ihm gar nicht gehören, so müßten Sie doch Beweis erheben, wenn die Wähler wählen wollten. Bei Mugdan steht fünfmal etwas anderes. Was falsch geschrieben ist, braucht deshalb noch nicht falsch gesprochen worden zu sein. Es ist ja auch „Professor“ Mugdan, „Justizrat“ Mugdan gesagt worden; das würde dann alles zu untersuchen sein. Aber darauf kommt es nicht an; die Wahl ist ungültig, weil Stichwahl nicht hätte proklamiert werden müssen. Ich berufe mich dafür auf den Wortlaut des Gesetzes und die ständige Judikatur des Verwaltungsgerichts. Mit vollem Recht wird Klage geführt über die Justiz, die mal so, mal so entscheidet; aber auf diesem Gebiete ist die strengste Konsequenz gewahrt. „Stimmen“ heißt gültig stimmen; Stimmen, die nicht gelten, zählen auch nicht. Ein noch krasserer Verstoß aber ist es, daß an Stelle des Selbstverwaltungkörpers, der für die Wahlleitung eingesetzt ist, zum ersten Male der Magistrat seinerseits die Befugnisse, Rechte und Pflichten der Versammlung ausgeübt hat. Er behauptet, dazu berechtigt zu sein auf Grund eines Gesetzes von 1900. Ich bestreite nicht, wie solche Ansicht sich bilden konnte. Keine einzige Entscheidung des Verwaltungsgerichts läßt sich dafür anführen. Wenn das Verwaltungsgericht im November 1901 in einem ähnlich gelagerten Falle sagt: „Hier ist eine wesentliche Formvorschrift verletzt, denn § 26 sagt ausdrücklich, wie der Wahlvorstand zusammenzusetzen sein muß, so liegt auch hier ein wesentlicher Eingriff in die Selbstverwaltung vor, daß wir deswegen die Wahl vernichten müssen.“ Die Behauptung, daß die Einsetzung des Magistrats an Stelle des Wahlvorstandes zulässig sei, ist absolut hinfällig, so hinfällig, daß ich nicht verstehe, wie man dazu kommen konnte. Niemals ist ein Antrag auf Kasserung des § 26 eingegangen; im Gesetz von 1900 wird darin nichts geändert. Der Gesetzentwurf von 1900 ist ja einer Anregung aus Berlin zu verdanken. Nachdem das Verwaltungsgericht — nach meiner Ansicht fälschlich — angenommen hätte, es könnte nicht eine Unterteilung der Wahlbezirke stattfinden, wurde bei der Gelegenheit auf Anregungen von Reiling und Ehlers, später auch von Herrn v. Jellitz die Gruppeneinteilung ermöglicht. Es war nicht beabsichtigt, an den gesetzlichen Bestimmungen irgend etwas zu ändern, sondern nur das Wahlverfahren sicher zu stellen, aber keine Kasserung des Rechtes des Wahlvorstandes oder dergleichen. Jetzt aber sagt der Magistrat: „Da ist eine Fassung gewählt, die mit dem Recht gibt, über die Köpfe der Versammlung hinweg das Wahlergebnis zu verurteilen.“ Es steht in dem Entwurf kein Wort, das diese Auffassung rechtfertigt. Für jede Gruppe ist der Magistrat befugt, einen eigenen Wahlvorstand zu bestellen, er hat zugleich die für die Feststellung des Ergebnisses der Wahl erforderlichen Anordnungen zu treffen, d. h. er hat anzugeben, wie die Gruppewahlvorstände zusammenkommen sollen usw. Alle Kommentatoren einschließlich Bedemann erklären ausdrücklich, daß es nur so auszulegen sei. Hat der Magistrat diesen Bod geschossen, wunderbarerweise nur bei Mugdan (Rufe: Nein, auch schon vorher!) — nun, wenigstens nachher hat er sich gebessert — hat er diesen Fehler gemacht, so brauchen Sie ihn doch nicht zu machen. Eine solche Auslegung des Gesetzes ist ganz unmöglich. Der Magistrat ist nicht berechtigt gewesen als Wahlvorstand aufzutreten; war er das nicht, dann ist die Wahl ungültig, denn es fehlt das Wesentliche, daß überhaupt ein gültiger Wahlvorstand vorhanden war. Jetzt nachträglich ist es nun nicht mehr möglich, den Wahlvorstand richtig zu bilden, weil die Wahl vorüber ist und der Vorstand von vornherein hätte gebildet werden müssen. Ich kann Sie jetzt nur dringend bitten, daß die Berliner Stadtvertretung nicht eine Entscheidung trifft, die mit dem Gesetz sich absolut nicht vereinbaren läßt, hauptsächlich auch wegen des letzten größten Verstoßes, damit nicht das Verwaltungsgericht wieder erklären muß, die Stadt hat hier falsch entschieden. (Rufe: Stets!) Sie sollten in Ihrem eigenen Interesse, im Interesse der Gerechtigkeit die Wahl für ungültig erklären! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Krons (Soz.): Für uns gelten keine „fraktionellen“ Rechtsgrundsätze im Sinne des Herrn Preuß. Auf Grund von Zeitungsnachrichten bin ich anfänglich sogar der bestimmten Überzeugung gewesen, die Wahl Mugdans müsse annulliert werden. Aber der Text der Gesetze zwingt zu anderem Urteil. Keine Bestimmung der Städteordnung befragt, daß ungültige Stimmen nicht mitgezählt werden. Die Stichwahl hat ja auch ergeben, daß der Wille der Wähler so anders hinging, als zu dem Resultat, das die Antragsteller auf Ungültigkeit erblickten. Wohin sollte es weiter führen, wenn die Wählerlisten geprüft werden sollten, ob am Tage der Wahl die Wähler nicht den Wohnsitz zum Tage der Aufstellung der Liste gewechselt haben? Ich bestreite auch dem Magistrat absolut das Recht, an den Wahlprotokollen etwas zu ändern; aber das hat der Magistrat auch nicht getan, sondern er hat nur kalkulatorisch das Resultat festgestellt. Daß er es in Zukunft anders machen will, freut mich, denn wir werden dann darüber keine langen Reden mehr zu hören bekommen. (Heiterkeit.) Der Standpunkt des Ausschusses scheint mir durchaus richtig und ich fürchte die Entscheidung des Verwaltungsgerichts nicht im geringsten.

Damit schließt die Diskussion. In namentlicher Abstimmung wird die Wahl Mugdan mit 82 gegen 34 Stimmen für gültig erklärt. Die Vorentwürfe zum Neubau eines Wohngebäudes für sieben Familien, einer Stallanlage sowie von Räumen für Fahrten und Feuerlöchergeräte für die Zentrale in Buch hat der eingeleitete Sonderausschuß abgelehnt. Referent ist Stadtv. Sieberr (Soz.).

Stadtv. Krons (Soz.) bemerkt zur Geschäftsordnung, daß das Protokoll die Vorgänge im Ausschuss nicht richtig wiedergibt (Hört! hört!); er beantragt Abweisung des Gegenstandes; der Ausschuss soll das Protokoll nochmals revidieren. Stadtv. Sach (R. L.) tritt dem Antrage Krons bei. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Stadtv. Wiese (R. L.) referiert über die Vorlage wegen Verkauf des Grundstücks Schillerstraße. Ende der Sitzung.

Bürgerstraße in Charlottenburg. Der Ausschuss hat schließlich mit 7 gegen 8 Stimmen die Annahme der Vorlage, d. h. den Verkauf für 665 745 M. empfohlen.

Stadtv. Manasse (Soz.): Nachdem der Fraktionsgeist gesprochen hat, ist die Zeitung fast uninteressant. Wir verzichten unter diesen Umständen auf weitere Schritte und begnügen uns damit, die früher gegen die Vorlage gemachten Einwendungen zu unterstützen.

Stadtv. Jacobi (R. L.): Auch wenn wir nach drei Jahren den in Aussicht gestellten höheren Preis erreichen würden, kommen wir doch immer noch besser weg, wenn wir jetzt verkaufen.

Stadtv. Fried (R. L.): Aus denselben Gründen sind meine Freunde für Annahme der Vorlage.

Damit schließt die Diskussion.

Der Referent Wiese verweist sich gegen die von dem Stadtv. Manasse gebrachten Ausdrücke.

Stadtv. Manasse (persönlich): Ich habe nur von dem am letzten Dienstag in die Erscheinung getretenen Fraktionsgeist gesprochen.

Die Vorlage wird angenommen.

Bezüglich der Schönhäuser Allee soll im Zuge der Schönhäuser- und Sonnenburger Straße eine Brücke über die Ringbahn gebaut werden. Der Kostenaufschlag beläuft sich auf 320 000 Mark, wovon eine erste Rate von 150 000 M. in den Etat für 1909 eingelegt werden soll.

Stadtv. Krons (R. L.) spricht seine Genehmigung über die Vorlage aus, bittet aber, die ebenso notwendige Ueberbedeckung der Ringbahn im Zuge der Greifenhagenerstraße nicht ad calendas graecas zu versetzen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtbaurats Krause wird die Vorlage angenommen.

Für eine Verlängerung der Alten Jakobstraße von der Gütlicherstraße zum Plan-Ufer sollen neue Fluchtlinien zur Festlegung gelangen.

Die Stadtverordneten Imberg (R. L.), Berger (R. L.) und Ritter (Fr. Fr.) sprechen sich für Ausschussberatung aus, weil sie u. a. Aufklärung über die Möglichkeit der Durchlegung der Rittenwalderstraße wünschen.

Die Einlegung eines Aufschusses wird beschlossen.

Die Vorlage wegen Ankaufs des Grundstücks Parochialstraße 5 und diejenige wegen Bewilligung von 400 000 M. zum Zwecke von Rohrverlegungsarbeiten für die städtischen Gaswerke werden ohne Debatte angenommen.

Die Vorlage wegen Auswahl der im Jahre 1909 neu und umzugestaltenden Straßen und Plätze geht an einen besonderen Plenausschuß.

Der Etat der Beschau des von außerhalb eingeführten Fleisches für 1909 wird en bloc genehmigt und der bestehende Tarif unverändert beibehalten.

Zu Anfang der Sitzung hatte die Versammlung beschlossen, den erst gestern eingebrachten Dringlichkeitsantrag Krons:

Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung die Maßnahmen, welche der Magistrat in Verfolg des Beschlusses vom 31. Mai 1906 betreffend die Neueinteilung der Wahlbezirke III. Abteilung getroffen hat, zur Kenntnisnahme zu unterbreiten,

heute noch zu verhandeln. Es ist inzwischen 7 1/2 Uhr geworden. Stadtv. Krons beantragt mit Rücksicht auf die späte Stunde, und weil man den Gegenstand auch noch in den Fraktionen besprechen möchte, Ablegung von der Tagesordnung.

Stadtv. Jacobi tritt dem Antrage bei.

Stadtv. Bergmann (Soz.) hält die Ablegung nicht für nötig, da es sich nur um eine Auskunft seitens des Magistrats handle und man in zehn Minuten mit dem Gegenstande fertig sein könne. Die Mehrheit beschließt gleichwohl die Ablegung.

Schluß gegen 9 Uhr.

Die Hochbahn-Katastrophe vor Gericht.

Zweiter Tag.

Zur heutigen Sitzung, die Landgerichtsdirektor Schneider um 9 1/2 Uhr eröffnet, sind noch neue Zeugen geladen. Wie der Vorsitzende mitteilt, sind bis jetzt noch 40 Zeugen und Sachverständige zu vernehmen. — Rechtsanwalt Dr. Schindler beantragt noch die Ladung eines neuen Zeugen. Rechtsanwalt Wahn erklärt, daß er verpflichtet sei, gegenüber den Sachverständigen der Hochbahn, die hier doch in eigener Sache begutachtend auftreten und es so darstellen, als ob alles in Ordnung sei,

andere Sachverständige

zu laden. Als solche schlägt er den Professor Meyer, den Dr. Maschke, den Privatdozenten Dr. G. C. Zehme und eventuell den Schriftsteller Rich. Korbhansen vor. Viele Sachverständige seien der Ansicht, daß bei der Konstruktion des Gleisdreiecks es unausweichlich sei, daß es dort einmal zu einem Unglück kommen müßte. Diese Feststellung würde doch wenigstens für das Strafmaß von Wichtigkeit sein. Seit langen Jahren schon sei in der Presse auf die großen Gefahren des Gleisdreiecks hingewiesen und betont worden, daß keine Menschenhand und kein noch so aufmerksamer Zugführer ein Unglück verhindern könnte, denn bei dem kolossal hastenden Betrieb und der Kürze der Zeit sei ein Unglück unvermeidlich. Er habe Mitteilungen über 50 Betriebsstörungen auf der Hochbahn erhalten, die auf unordentlichen Betrieb zurückzuführen seien. Wenn bei einem so mangelhaften Betrieb ein Versehen des Schreiber vorliegen sollte, würde sich seine Schuld doch sehr vermindern. — Vert.: Wenn hier Pressestimmen vorgeführt werden, so gibt es doch auch solche Pressestimmen, die das Gleisdreieck als ein Meisterwerk der Technik preisen. — Vert.: Das dürfte doch jetzt nicht mehr zutreffen. Die einzige Pressestimme, die noch auf diesem Standpunkt steht, ist die der Hochbahngesellschaft. — Staatsanwalt Dr. Wahn hält die Vorladung neuer Zeugen für unnötig. Der Unglücksfall sei nicht dadurch entstanden, daß auf der Hochbahn automatische Bremsen und dergleichen fehlten, sondern dadurch, daß pflichtwidrig die Signale nicht beobachtet sind. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß in Amerika automatische Vorrichtungen bestehen und in Amerika zahlreichere Unfälle sich ereignen als hier. — Vert.: Die Hochbahn sieht ja selbst gar nicht auf dem Standpunkt des Staatsanwalts, denn sie hat nach dem Unfall doch allerlei Verbesserungen angeordnet. — Auf Anregung des Staatsanwalts erläutert Regierungsrat Scheibner noch die Art, wie er das Stellwerk revidiert hatte. Er erklärt, daß er Sicherheitsbegrenzen der Eisenbahndirection Berlin sei, an sich mit der Hochbahn nichts zu tun habe. Er habe die Revision des Stellwerks kraft eines Sonderauftrages seines vorgesetzten Präsidenten vorgenommen, und da er dieses spezielle Stellwerk, welches außerordentlich einfach sei, nicht kannte, habe er sich orientiert auf Grund der Darlegungen verschiedener Betriebsbeamten und des Regierungsbaumeisters Schwoerer.

Der Staatsanwalt läßt aus den Akten feststellen, daß der Angestellte Schreiber in etwa 6 Jahren 23mal wegen kleiner Ordnungswidrigkeiten disziplinarisch bestraft ist, darunter in drei Fällen wegen Uebertretens des Haltezeichens.

Der Vorsitzende stellt aus den Akten fest, daß bei dem Unfall 18 Personen getötet und etwa 20 Personen schwer verletzt worden sind. Hierzu kommen noch mindestens ebensoviel leichter Verletzte.

Vernehmung von Hochbahnbeamten.

Der Betriebsführer Paul Hermann war der unmittelbare Vorgesetzte des Angeklagten Schreiber. Am dem Unglückstage sei Sch. 18 Minuten zu spät zum Dienst gekommen. Schreiber habe etwas verschlafen angesehen, so daß er (Zeuge) ihn sagte: „Na, gestern war wohl der 23.“ (Der Gehaltssatzungsabg.) Der Schreiber aber sonst einen günstigen Eindruck auf ihn machte, habe er ihn ohne jede Bedenken abfahren lassen. Schreiber ist ein Zeuge als ein zuverlässiger Beamter bekannt, ebenso Wende. 1 erscheinende Fragen des Staatsanwalts Wahn ergeben, daß sich zwar auf den Hochbahnstationen überall Bedürfnisanstalten für die Angestellten befinden. Auf dem Bahnhof Zoologischer Garten müßten die Beamten die Anstalt in dem staatlichen Bahnhof benutzen, auf dem Wittenberg-

Platz die städtische Anstalt oben auf der Straße. Die Station Anie habe überhaupt keine Bedürfnisanstalten.

Der Betriebsaufseher Sandmann kennt Schreiber und Wende als zuverlässige Fahrbeamtete. Zeuge bekundet, daß an der Unfallsstelle Betriebsstörungen nicht oft vorgekommen sind. Wende wäre berechtigt gewesen, während der Fahrt seine Eintragungen in das Fahrbuch zu machen, da er auf den Stationen nur eine Minute Aufenthalt habe, die mit allen möglichen dienstlichen Obliegenheiten ausgefüllt werden.

Nach der Katastrophe ist, wie der Zeuge weiter bekundet, Anordnung getroffen, daß bei der Fahrt über das Gleisdreieck jetzt der Zugbegleiter in demselben Raume wie der Zugführer sich aufzuhalten hat. Schreiber hat nach dem Unglücksfall gesagt: „Daß mir das passieren konnte! Das Signal hat gestanden!“ Wende sagte, daß Vorfälle bei ihm vorgekommen.

Auf Antrag des R. A. Dr. Schindler werden aus der Dienst-anweisung für Zugführer und Zugbegleiter die auf den Geschäfts-führer der Zugbegleiter bezüglichen Bestimmungen verlesen. Der Verteidiger betont u. a., daß unter den zahllosen Verpflichtungen des Zugführers nicht die bezeichneten sei. Beobachtungen der Signale durch die Seitenscheiben vorzunehmen. Nach dieser Dienst-anweisung ist der Zugführer für die sichere Beförderung des Zuges allein ver-antwortlich, diese Bestimmung ist dann allerdings durch einen Be-triebsbefehl abgeändert worden. Der Zugbegleiter Wende hätte, wenn er mit seinem Fahrbericht bis zur Modern Straße noch nicht fertig gewesen wäre, Gefahr laufen können, von einem Kontrolleur in eine Ordnungsstrafe genommen zu werden.

Der Eisenbahnbetriebsingenieur Münch,

Mitglied der Aufsichtsbörde,

wird über verschiedene

Unfälle und Betriebsstörungen

vernommen, die sich in den Betrieben der Hochbahn ereignet hätten. Der Zeuge bekundet, daß sich einmal im Juni 1902 am Schleifhaken ein Unfall ereignet habe, bei welchem mehrere Personen durch Glasplitter verletzt wurden. Im Vergleich zu anderen Bahnen wäre die Zahl der Unfälle und Störungen auf der Hochbahn in An-betracht des kolossalen Verkehrs verhältnismäßig sehr gering. Rechtsanwalt Wahn hält dem Zeugen vor, daß in den Zeitungen wiederholt Mitteilungen über Unglücksfälle gestanden hätten. So wäre z. B. am 30. März v. J. durch einen zu hohen Stromverbrauch eine ganz erhebliche Beeinträchtigung der Sicherheitsvorrichtungen auf der Station Wismarstraße herbeigeführt worden. Die ein-zelnen Büge hätten über 20 Minuten ohne jede Beleuchtung in den Tunneln liegen müssen. — Ein Sachverständiger macht darauf auf-merksam, daß durch eine unvorhergesehene plötzliche Betriebs-erhöhung eine Überlastung der Stromleitungen eintrat. Hier-durch brennen auf den Stromverteilungspunkten die Sicherungen durch und ehe diese ersetzt würden, könne eine längere Zeit ver-gehen.

Auf Vorhalt des Rechtsanwalts Wahn bestätigt der Zeuge, daß verschiedene Jugendleistungen vorgekommen seien, so am 25. März 1906 infolge des Versagens eines Zugführers am 25. Mai 1907 ein Zusammenstoß auf dem Bahnhof Zoologischer Garten. Der Ver-teidiger verweist noch auf einen Unfall vom März 1902, wo ein Wagen entgleiste, von den Schienen sprang und beinahe in die Tiefe geschleudert worden sei.

Ein früherer Aufseher bei der Hochbahn, jetziger Bureau-beamter Böttch, der aus seiner Stellung bei der Hochbahn nach län-gerer Dienstzeit entlassen ist, ist als Zeuge dafür angegeben, daß das Stellwerk am Gleisdreieck fortwährend in Unordnung gewesen sei. Er kann nur bekunden, daß manchmal Störungen vorgekommen seien. Wichtig sei es, daß manchmal vom Wächter der Halte-streife falsch eingestellt gewesen sei, doch sei ein Zugzusammenstoß dadurch nicht zu befürchten. Daß zwei feindliche Signale einmal als gleiche Signal gegeben, weiß der Zeuge nicht, bekundet aber als seinen Eindruck, daß manchmal Unordnungen im Betriebe vor-gekommen seien. Der Betrieb sei immer sehr eilig; auf den Block-stationen bei Abfahrt der Büge hätten die Leute nicht einmal Zeit genug, die Büge ordentlich umzusehen.

Es treten dann zahlreiche Zeugen, frühere Angestellte der Hoch-bahn, auf, die von dem Verteidiger des Schreiber geladen sind, um über Betriebsstörungen und gefährliche Unordnungen bei den Sig-nalen bzw. Weichenstellungen Befundungen zu machen. Ihren Angaben bezug. Schlussfolgerungen wird von anwesenden Ange-stellten der Hochbahn in verschiedenen Punkten widersprochen. Bei einer solchen Gelegenheit protestierte Rechtsanwalt Wahn dagegen, daß einer der Zeugen stets bevorteilte und Befundungen mache, die in das Sachverständigengebiet fallen. Er lehne diesen Zeugen als Sachverständigen ab, da dieser offenbar das Bestreben habe, die Aussagen dieser eildig vernommenen Zeugen im Interesse der Hochbahngesellschaft abzuschwächen. Es kommt bei diesen Erörte-rungen zur Sprache, daß die Hochbahngesellschaft gegen ihre Beamten, die pflichtwidrig gehandelt hätten, mit aller Strenge vor-gegangen und auch Strafverfahren erhebt habe. Ein Weichen-steller sei verurteilt worden, weil er durch ein zu spätes Stellen einer Weiche die Entgleisung eines Zuges herbeigeführt habe. Ein anderer Angestellter, der auf dem Bahnhof Schleifhaken durch Ab-lösen jener Plombe und Falschstellung eines Signals einen Unfall herbeigeführt hatte, ist ebenfalls gerichtlich verurteilt worden.

Der frühere Zugführer Böhle, der von der Hochbahngesellschaft entlassen worden ist, bekundet, daß es sehr häufig vorgekommen ist, daß ein Signal noch im letzten Augenblick von „Halt“ auf „Dah!“ umgestellt wurde. So habe einmal das Signal an der Einfahrt zum Potsdamer Bahnhof auf „Dah!“ gestanden, erst im letzten Mo-ment sei es umgestellt worden. Der Zugbegleiter habe deshalb durch die Wagen gehen müssen, um von hinten nachzusehen, wann das Signal wieder auf „Halt“ gestellt würde. Wäre er weiter gefahren, so wäre vielleicht ein großes Unglück entstanden.

Ein früherer Zugführer ist infolge des aufregenden und eiligen Betriebes auf der Hochbahn und durch das Befahren des Gleis-dreiecks nervös geworden.

Zugführer Lehmann I. noch im Dienste der Hochbahn, weiß in den Jahren seiner Tätigkeit aus eigener Wissenschaft nichts davon, daß das Stellwerk am Gleisdreieck fortwährend in Unordnung ge-wesen sei. In einem Fall sei ihm eine Signaländerung so spät ge-gaben, daß er nur durch Bremsen im letzten Augenblick einen Un-fall habe vermeiden können. Wichtig sei die Behauptung des Ver-teidigers, daß unter den Zugführern das Gerüde ging, daß das Stellwerk nicht ordentlich funktioniere.

Zugführer Sanftmann weiß einen Fall, in welchem durch Ver-fahren eines Weichenstellers eine falsche Fahrstraße eingestellt worden sei. Der Aufseher habe nicht gewollt, daß die Sache ge-meldet werde.

Eine Anzahl anderer ehemaliger und noch im Dienst befind-licher Fahrer, Zugbegleiter und Weichensteller berichten über einige kleinere Betriebsunregelmäßigkeiten, Einstellung einer falschen Fahrstraße und dergleichen.

Ein Zugführer bekundet, daß ihm einmal auf der Strecke zwischen Stralauer Tor und Schleifhaken durch falsches Signal auch beinahe ein Unglück zugefallen sei. Er habe den Fall gemeldet und der Weichensteller sei dafür disziplinarisch bestraft worden.

Bei den Erörterungen über die Einzelfälle kommt zur Sprache, daß die Hochbahn drei Gefahrenpunkte habe, an denen die Zugfahrer eine besondere Aufmerksamkeit entwickeln müssen.

Einer Zeugin Marwitz hat der Angeklagte Schreiber einmal gesagt, daß das Gleisdreieck für ihn die schwierigste Stelle sei und er immer aufmache, wenn er darüber hinweg sei.

Der als Zeuge vernommene Betriebsmeister Rosenfeld sagt unter anderem aus, daß die kleineren Betriebsstörungen, die vor-gekommen, meist durch Nachlässigkeiten der Weichensteller veranlaßt worden seien.

Ehemaliger Zugführer Hoffmann bekundet: er habe einen Zu-sammenstoß verhindert, ihm sei eine Prämie dafür in Aussicht ge-stellt worden, er warte aber noch heute vergeblich darauf. In einem anderen Falle sei auch im letzten Augenblick ein Zusammenstoß zweier Büge vermieden worden. In einem

dritten Fall, der dem Zeugen in seiner 36jährigen Tätigkeit passiert ist, sei eine falsche Signalisierung vorgekommen und zwei Signale gegeben worden, die unrichtig gleichzeitig auf „Halt“ gezeigten. Auf Befragen durch Rechtsanwalt Wahn erklärt der Zeuge weiter: in einem Falle sei ihm einmal die Weiche unter dem Zuge verstellt worden. Signal- und Blockstörungen seien an der Tages-ordnung. Die Zugfahrer seien unglücklich überfordert und würden auch noch vielfach „angefressen“. Am Potsdamer Platz werde von den Zugfahrern eine übermenschliche Nüchternheit verlangt und es sei ganz unverständlich, wie die Behörde einen solchen Fahrplan über-haupt genehmigen konnte. Es komme oft vor, daß die Zugfahrer losfahren müssen, obwohl noch gar nicht das Signal gegeben war. Der Zugführer sei in steter Gefahr, daß ein Unglück passiere, er selbst sei stets mit dem Gefühl des Unbehagens über das Gleisdreieck gefahren. Schließlich berichtet der Zeuge über einen Fall, wo er eine Weiche aufgeschritten habe, d. h. wo das Signal richtig und trotzdem die Weiche falsch stand. Ueber alle diese Be-standungen des Zeugen erheben sich längere technische Erörterungen, wobei die Beamten der Hochbahn durch ihre Darlegungen beweisen wollen, daß diese Darstellungen, insbesondere die über das Gleis-ausscheiden an Unberechtigung leiden.

Staatsanwalt Dr. Bahl betont, daß die Animosität des Zeugen offen zutage liege. Er hat nach seiner Entlassung einen Prozeß gegen die Hochbahn angestrengt, ist aber abgewiesen worden. Er ist wegen anhaltender schlechter Gesundheitszustandes entlassen worden.

Ueber die Führung des Zeugen Hoffmann wünscht der Staats-anwalt dem Betriebsleiter Rosenfeld und dem Oberingenieur Schulz einige Fragen vorzulegen. Rechtsanwalt Wahn protestiert aber da-gegen, da diese beiden Herren bei dem Zugpersonal sehr unbeliebt gewesen seien, Herr Rosenfeld sogar tätlich geworden sei und dieser Herr nicht geeignet sei, ein richtiges Urteil über den Zeugen abzu-geben.

Zeitungskorrespondent v. Komarowski bekundet einen Vorfall, dessen Zeuge er acht Tage nach der Katastrophe gewesen sei. Auf der Strecke zwischen Kaiserhof und Leipziger Platz habe der Zug eine ganze Weile still gelegen, so daß das Publikum schon unruhig wurde. Das rote Lichtsignal wechselte nicht, endlich wechselte es und als man am Leipziger Platz ankam, lief dort alles hin und her. Das auf „Dah!“ deutende rote Signal wechselte auch dort nicht, der Zugführer hielt infolgedessen still, der Vorleiter verlangte aber in barocker Form von dem Zugführer, daß er über das rote Signal hindurch fahre. Das rote Signal blieb stehen, obwohl es nicht stehen bleiben durfte. Der Zeuge hat nichts davon gehört, daß etwas von einer Blockstation gesagt oder dem Zugführer ein Blockzettel übergeben worden wäre.

Der Zeuge Hoffmann tritt noch einmal vor und erklärt, daß er sich nicht auf Gefährlichkeit als Zeuge gemeldet habe, sondern um offensbare Mißstände aufzudecken und auf deren Beseitigung hin-zuwirken.

Regierungsbaumeister Schwerin gibt eine Reihe technischer Er-örterungen über die von Hoffmann und anderen Zeugen berührten Vorgänge. Nach seiner Ansicht ist es ganz ausgeschlossen, daß das Signal L nach allem, was hier vorgetragen worden und nach den Ergebnissen des Stellwerksbefundes für den Schreiberischen Zug auf „Halt“ gestanden haben könne.

Die beiden Verteidiger richten an den Sachverständigen ver-schiedene Fragen, die sich auf die Gefährlichkeit des Gleisdreiecks für die Zugfahrer beziehen.

Der Zeuge Zugführer Bering ist derjenige Beamte, der nach der am ersten Tage aufgestellten Behauptung vom Oberingenieur Schulz befragt worden sein soll, wie er als Zeuge in dieser Sache auf-trete. Angeht sich Herr Schulz gesagt haben: „Sie werden sehen, was Sie davon haben!“ Der Zeuge kann dies nicht bekräftigen. Ihm sei nur gesagt worden, er würde dem Schreiber dadurch nicht viel nützen können. Der Zeuge läßt sich über einen Vorfall aus, der fünf Tage vor der Katastrophe sich am Tunnelmund in der Nähe des Potsdamer Platzes ereignet hatte. Es handelte sich da um ein Versagen eines Weichenstellers, bei dem es nur durch besondere Auf-merksamkeit des Zeugen gelang, ein Auffahren auf einen anderen Zug zu vermeiden.

Bei diesem Zeugen, wie bei seinen Nachfolgern, die über ein-zelne Betriebsstörungen berichten, handelt es sich immer wieder um Erörterung der Frage, ob an diesen Störungen das Betriebssystem und die technischen Einrichtungen schuld haben, oder Unvorsichtig-keiten der Weichensteller und Zugfahrer. In jeden einzelnen dieser vorgetragenen Fälle knüpfen sich ausgedehnte technische Erörte-rungen. Eine Uebereinstimmung der Ansichten der Sachverständ-igen, einzelner Zeugen und des Rechtsanwalts Wahn ist nicht zu erzielen. Letzterer bleibt dabei, daß infolge der Betriebsstör-ungen eine Unsicherheit auf der Hochbahn herrsche, die Zugfahrer infolgedessen und infolge der Hitze, in der sie sich befinden, nervös werden und namentlich das Gleisdreieck immer nur mit Unbehagen überfahren. Der Verteidiger läßt sich noch durch den Zeugen Bering bestätigen, daß dieser dreimal hintereinander bemerkt habe, daß ein falsches Signal gezogen war.

Als im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme in einem Falle sich der Weichensteller Voigt mit einem anderen Zeugen in einen gewissen Widerspruch setzt, beantragt Rechtsanwalt Wahn die Pro-tokollierung der beiden Aussagen. Es handelt sich hier um eine Be-merkung, die Voigt angeblich über die Möglichkeit einer Lösung der Blockplombe gemacht haben soll. — Der Gerichtshof lehnt die Protokollierung ab.

Der frühere Blockwärter Röhler, welcher von der Gesellschaft entlassen worden ist, bekundet als Zeuge, daß von den meisten Weichenstellern wiederholt die Plomben, welche die sogenannten Rottasten an dem elektrischen Apparat arretieren, gelöst worden sind, wenn sie verhängnisvoll das Signal auf „freie Fahrt“ gestellt hätten. Es wäre unter den Hochbahnbeamten offenes Geheimnis gewesen, daß man bei jedem Löscher alte und neue Plomben bekommen konnte, die von den Weichenstellern in der Tasche herumgetragen und als Rottastlöser benutzt wurden, wenn sie etwas versehen hatten. Es sei ihm auch mitgeteilt worden, daß ein Angestellter der Firma Siemens u. Halske das ganze Stellwerk mit einem einzigen Draht bedient habe. Dies sei von den Weichenstellern nachgemacht worden, die immer ein Stückchen Kabel zur Hand hätten.

Der frühere Hallestellenaufseher, jetziger Inspektor Lappe hat auf dem Bahnhof einst einmal einen Weichensteller abgeholt, als dieser die Plombe von der Rottaste gelöst und dann mit einer Plombenzange so befestigt hatte, daß es den Anschein hatte, als befände sich die Plombe in ordnungsmäßigem Zustand. Der be-treffende Wärter hatte sich auch in den Besitz einer Plombenzange zu setzen gewagt, mit der er die Plomben ordnungsmäßig schloß.

Ein noch jetzt im Dienste stehender Zugführer ist von dem Ver-teidiger geladen worden, da er angeblich Kenntnis von einer Schweigegeld-Affäre haben sollte. Wie behauptet wird, soll ein Angestellter von der Gesellschaft 1000 M. als Schweigegeld erhalten haben, damit eine durch falsche Signalstellung um ein Haar herbeigeführte Katastrophe nicht in die Öffentlichkeit bekannt werde.

Der Zeuge erklärt, daß ihm nichts von einer derartigen Verschwe-gungs-affäre bekannt sei. Es stellt sich schließlich heraus, daß der Zeuge Röhler diese Erzählung weiterverbreitet habe, die er selbst von einem Weichensteller erfahren haben will. Ein Sachverständiger hält es im Interesse der Aufklärung verschiedener Punkte für er-forderlich, sich die örtlichen Verhältnisse, insbesondere das Stell-werk, näher anzusehen. Das Gericht beschließt, den Sachverständigen zu beauftragen, das Stellwerk im Gleisdreieck näher zu besichtigen. Das Gericht beschließt, den Führer des herabgestürzten Zuges, Gesellschaft, mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand zu entlassen. Rechtsanwalt Schindler stellt den Antrag, den Zeugen wegen Ver-dachts der Mittertäterschaft an dem Unglück nicht zu vereidigen. Das Gericht beschloß jedoch, den Zeugen zu vereidigen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bahl stellt noch verschiedene An-träge, welche eine nähere Aufklärung der im Laufe der Beweis-aufnahme vorgebrachten angeblichen Betriebsstörungen und Un-regelmäßigkeiten herbeiführen sollen.

Nach 7 Uhr abends wird nach Vernehmung von 34 Zeugen die Sitzung abgebrochen und auf Sonnabend, 8½ Uhr, verlagert. Am Freitag soll nicht verhandelt werden, da die Strafkammer ver-schiedene Proffachen verhandeln muß, die seine Verzögerung er-leiden dürfen.

Aus der Frauenbewegung.

Zentralisierung der Hauswirtschaft.

Beim Anblick des vor mir liegenden vornehm ausgestatteten Buches*), das die Verwirklichung der Konzentration des Familien-haushaltes, die Verwirklichung des Einfüchens in den Schön-land verheißt, kommt mir die Erinnerung an einen schönen Sommertag, einige Jahre zurückliegend, da ich von meinem nach dem Gartenhause gelegenen Balkon einen Einblick in das Leben und Treiben von 25 Küchen mit 25 Dienstboten nehmen konnte, die mit der Bereitung der Nahrungsbedürfnisse für 25 Familien sich abquälten. Hin und wieder gab es Pant und Streit zwischen Haus-frau und Dienstin, heftige Worte und allerlei scharfe Ausein-andersetzungen, dozwischen drang Kindergeschrei durch die Stille. „Wenn's nicht gar so traurig war“, könnte man drüber lachen, — kann's mir in den Sinn.

Meine Phantasie vereinte die 25 Küchen zu einer einzigen großen Küche mit allen notwendigen modernen Bequemlichkeiten, die, anstatt mit den 25 Kräftezersplitterungen, von 5 tüchtigen ge-schulten Fachleuten besorgt wurde. Zugleich schien mir aller Klein-liche Pant und Streit zwischen Hausfrau und Dienstin beseitigt. Die Frau konnte sich den Kindern ganz widmen oder anderer Tätigkeit, die Kleinlichen Unstimmigkeiten, die die Haus- und Küchenbesorgung im Haushalte für die Familie mit sich bringt, würden vermieden.

Meine Phantasie ließ die vier hohen Mischhäuser zu ausge-dehnten, niedrigen, villenartigen Gebäuden verschmelzen, ebenso die vier kleinen zusammenliegenden Gärten in einen bequemen großen, darin die Kinder sich tummeln könnten.

Alles, was damals meinen Sinnen gewissermaßen nur als Kata morgana vorschwebte, die Umwandlung der vier hohen Misch-häuser mit der unrationellen Wirtschaftsweise der 25 Familien, in eine rationellere, findet sich verwirklicht in den Unternehmungen der „Gesellschaft für neue Heimkultur zur Reform des Wohnungs-, Haushaltungs- und Erziehungswesens“, die uns das erwähnte Buch auf den Tisch legt. In den Grundgedanken zu dieser Reform heißt es u. a.: „Wenn man die wirtschaftliche Entwicklung unserer Zeit mit ihren großen Zusammenhängen verfolgt, ist das Prinzip des Einfüchens nur ein bisher fehlendes Glied einer großen Kette. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens kommt die Konzentration und Vereinfachung der Betriebe in Verbindung mit einer immer weiter fortschreitenden Arbeitsteilung siegreich zum Durchbruch. Nur in einem der wichtigsten Bereiche des Wirtschaftslebens, dem des Nahrungsens, stehen wir bisher noch ganz im Banne alter primitiver Zeiten.“

Abgesehen von der Kräftebergeudung in den Tausenden und Millionen Kleinfachbetrieben, läßt auch die Ernährung vieler Tau-sende von Familien, aus Mangel an Kenntnis der Ernährungs-hygiene, sehr viel zu wünschen übrig.

Die „Einfüchensgesellschaft der Berliner Vororte“, E. A. B. V., (unterstützt durch die Einfüchensgesellschaft) im Bereiche der Stadt-Bingbahn) verbunden mit der „Gesellschaft für neue Heimkultur“ will auch in dieser Beziehung reformierend wirken. Sie betrachtet die Küche nicht nur als Speiseanstalt im Sinne des viel und mit Recht geschätzten Restaurationswesens. Die „Ein-füchensgesellschaft“ will als rationeller Großbetrieb sich nur für das vorherbestimmte und berechnete Tagesbedürfnis einrichten, und vor allem bei der Auswahl und Zubereitung der Speisen sich an die Resultate der Wissenschaft in der Ernährungshygiene halten. Sie will zur Leitung nur theoretisch und praktisch geschultes Per-sonal heranziehen und heranbilden. Auch in der Kranken- und Kleinfachbetriebe sollen die Küchenleitungen unterrichtet sein.

Der Haushaltungs-Kleinfachbetrieb beruht auf der festen Vor-msetzung, daß jede Frau zum Kochen fähig sei. Im Sinne des Grundprinzips moderner Volkswirtschaft ist im Großbetrieb ge-dacht: „Jede Arbeit dem dazu Befähigten, und jeder Mensch zu der Arbeit, für die ihm besondere Begabung.“ — Noch einen Vorteil, der mir besonders erwähnenswert erscheint, hat der Großbetrieb vor dem kleinen Familienhaushaltsbetrieb voraus. Jedem einzelnen Familienmitglied wird hier ermöglicht, nach eigenem Geschmack die Speisen zu wählen, die jeden Abend aus der herumgehenden Speisenauswahlkarte für den nächsten Tag angegeben werden können.

Im engsten Zusammenhang mit dem Prinzip der Zentralküche wird hier zugleich die Zentralisation der Familienhaushaltung weiter gefördert und verwirklicht durch die Zentralisation der Haus-reinigung.

Auch hier tritt mit wieder das Bild der 25 Küchen mit den 25 oder noch mehr Dienstboten entgegen! Im Schweiße ihres Ange-sichts müssen sich die Hausgeister halbe Tage zwecks Säuberung und Instandhaltung jeder der Kleinfachhaushaltung. Ihr halbes Leben sehen sie an diese unproduktive Tätigkeit. Früher, als den Haus-haltungen noch das Baden, Schlachten, Spinnen, Weben, Seife-kochen und dergleichen mehr oblag, war die Arbeit der Hausfrau und aller Gehilfinnen noch eine rein produktive, also Ruhwerte hervorbringende. Zudem wir die Kräfte- und Zeitbergeudung er-kennen, die der Klein-Koch- und -Reinigungsbetrieb im Haushalt erfordert, suchen wir nun auch das „Kochen“ und die „Haus-reinigung“ im Sinne fortschreitender Arbeitsteilung in selbständige Be-rufe übergehen zu lassen.

Wir stellen als zeitgemäße Forderung auf, was die technischen Errungenschaften bereits in schrittweisem Vortritt genommen haben.

In den Wohnungen der Gesellschaft für neue Heimkultur ist in jedem Raum der Anschluß für Vakuumreinigung an die im Keller befindliche Zentralabwasseranlage vorgesehen. So daß es jeder Hausfrau mit Leichtigkeit ohne Dienstbotenhilfe möglich ist, in einigen Minuten aus den Räumen, aus Teppichen und allen Winkeln mittels Vakuumreinigung den Staub aufzusaugen zu lassen.

Nach jeder Wohnung hat der elektrisch betriebene Speisenauf-zug Anschluß, so daß jede Familie im eigenen Heim ohne Mühe die Wahlzeiten einnehmen kann. Außerdem enthält jeder Raum ein Handtelefon zur Verständigung mit der Zentralküche. Bequeme Bade- und Waschräume, Anlage für Sonnenbäder, Duschräume, Garderoben, und sogar eine Dachterrasse mit Beleuchtungs-anlage für sommerabendlichen Aufenthalt hat die „neue Heimkultur-gesellschaft“ geschaffen!

Allerdings, hier handelt es sich nicht um Proletarierheime. Aber auch für die Lohnarbeiterschaft erscheint mir das Einfüchenshaus eine Errungenschaft nicht zu ferner Zukunft. In den geschlossenen Einrichtungen gehörte dann noch eine Kinderverwahrung. Warum sollte die nicht möglich sein? Wenn das Arbeiter-Einfüchenshaus auch der geschlossenen Bequemlichkeiten teilweise entbehren würde, jedenfalls könnte es den „Komfort“ der jetzigen Hof- und Kellern-wohnungen weit überholen, ohne kostspieliger zu sein. Die Frau, die erwerbstätig sein will oder muß, wäre der Plödelerei des eigenen Haushalts enthoben, das würde ihre Spannkraft zur Erhöhung ihrer beruflichen Leistungen ungewisselt steigern. Wenn erst das „bessere“ Einfüchenshaus sich eingebürgert hat, wird auch das ein-fachere seinen Siegeszug antreten.

R. H.

*) Das Einfüchenshaus und seine Verwirklichung als Weg zu einer neuen Heimkultur. Berlin SW., Dessauer Straße 17.

Briefkasten der Redaktion.

Die (zeitliche) Überschneidung findet zwischen Nr. 2, zweiter Teil, letzter Eingang, vier Zeilen, und Nr. 3, erster Teil, wochentags abends von 7½ bis 9½ Uhr, statt. Abends 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sperrstunde um 6 Uhr. Jeder Nachtrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bei zur Veranlassung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen rasch in der Sperrstunde zu stellen.

65. G. P. Brieflich 150 M. und so viel mal 12 Pf., als Marken für Sie geliefert sind. — G. S. Unlängst Gedächtnis und Sie zur Rücknahme bereit, falls Sie den früheren Zustand wieder herstellen. — Wina 30. Ja. — Thomas 4. Nr. 2. Weiterleben 11 bringen Sie zu empfinden. Daraus wird der Anspruch aus den gelieferten Marken aufrecht er-halten. Zur Weiterveranlassung genügt, daß innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Marken irgend einer Klasse gezahlt werden. — G. P. 199. 1. Ja. 2. Falls Sie einen der in Berlin gebrauchten

Partei-Angelegenheiten.

Schönherke (Bezirk Pantow). Am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet beim Genossen Sperling eine Volksversammlung statt. Die Pantower Genossen fahren 2.35 Uhr nachmittags vom Bahnhof Pantow-Schönhausen ab bis Buch.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 7. Februar, pünktlich 10 Uhr vormittags, findet die Versammlung des Wasser- und Kanalisationsrates statt. Die Parteigenossen und -Genossinnen versammeln sich um 1/10 Uhr im Lokal von Mattag, Uhlendstr. 68.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Sonnabend, den 13. d. M., findet im Lokal von Köllmann, Kronprinzenstr. 2, ein Lichtbildvortrag: „Die Freiheitskämpfe in Russland“ statt. Referent: Genosse Ingenieur Max Grempe. Der Vortrag beginnt Punkt 9 Uhr und findet Eintrittskarten a 30 Pf bei sämtlichen Bezirksleitern zu haben.

Schöneberg. Die Genossen werden hiermit noch besonders darauf hingewiesen, daß der nächste Diskutierabend heute, Freitag, abends 8 Uhr bei Diebach, Brunenwaldstr. 10, stattfindet.

Lichtenrade. Dienstag, den 9. Februar, findet im Lokal von Rudolf Deter, am Bahnhof, eine Volksversammlung statt. Referent: Genosse Obit.

Am Sonntag, den 7. Februar, findet von Deter aus eine Verbreitung von Handzetteln statt.

Bernsdorf. Am Sonnabend, den 6. Februar, abends 8 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Bernsdorf und Umgebung statt.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

hatte gestern darüber zu beschließen, ob Herr Mugdand Wahl zum Stadtverordneten für gültig zu erklären sei oder nicht. Die Mehrheitsfraktionen sagten: „Aber selbstverständlich!“ — und in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Wahlprüfungsausschusses sprach sie die Gültigkeitserklärung aus. Vorher wurde noch ein paar Stunden das Für und Wider erörtert, doch es war voranzufahren, daß durch dieses Wortgefecht nichts geändert werden würde. Das erste Wort war dem Stadtv. Preuß überlassen worden, dem Redner der „Sozialfortschrittlichen Gruppe“, die an jener Wahl durch ihren Kandidaten Niechert interessiert gewesen war. Herr Preuß forderte Ablehnung des Ausschuhentwurfes, der die Gültigkeitserklärung empfahl. Er sprach gut, aber „weniger wäre mehr gewesen“. In einem schon er über das Ziel hinaus, so daß er dem Stadtv. Sonnenfeld, dem Wortführer der „Alten Linken“, hierin zu einem billigen Scheinverfolg verhalf. In dem freilich, worauf es ankam, blieb Herr Sonnenfeld vollständig den Beweis schuldig, daß der Beschluß, dem Herrn Mugdand sein Mandat zu belassen, mit den Bestimmungen der Städteordnung und der Rechtspflege des Oberverwaltungsgerichts in Einklang zu bringen sei. Die Kabulistikerei, mit der dieser Redner die Sache Mugdand und des hinter ihm stehenden Freisinn verfocht, läßt ihn ganz besonders geeignet erscheinen, betraut zu werden mit der juristischen Vertretung der Stadtverordnetenversammlung in dem Rechtsstreit, der nunmehr um Mugdand's Mandat entbrennen und vor dem Oberverwaltungsgericht entschieden werden wird. Zwischen Preuß und Sonnenfeld waren einige mehr oder minder höfliche Komplimente über den „gesunden Menschenverstand“ ausgetauscht worden. Genosse Stadthagen begann mit einer gelungenen Bemerkung über das Quantum „gesunden Menschenverstandes“, das Herr Sonnenfeld aufgewendet habe, um die Gültigkeit einer Wahl wie der des Herrn Mugdand zu beweisen. Die fadenscheinigen Argumente des Freisinnredners wurden von Stadthagen so gründlich zerpflegt, daß kein Faden übrig blieb. Unser Redner forderte Verwerfung des Ausschuhentwurfes und Annahme des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, die Wahl Mugdand für ungültig zu erklären. Für die Gültigkeitserklärung sprach schließlich noch Stadtv. Mommsen namens der sogenannten „Freien Fraktion“. Die Abstimmung ergab 82 Stimmen dafür, 34 Stimmen dagegen. Die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung behält also bis auf weiteres noch ihren Mugdand — bis das Oberverwaltungsgericht ihn hinauswirft.

Berlins Bevölkerungsbewegung im Jahre 1908.

Die Bevölkerungszahl Berlins stellte sich am Schluß des Jahres 1908 nach den jetzt vorliegenden Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt auf 2 106 942 Personen. Für den Schluß des Jahres 1907 war die Bevölkerungszahl 2 111 381 errechnet worden, mithin hat in 1908 die Bevölkerung Berlins sich nicht vermehrt, sondern vermindert. Die Bevölkerungszahl war gestiegen in 1906 um 54 571 Personen, in 1908 noch um 47 988 Personen, in 1907 nur noch um 20 082 Personen, in 1908 aber hat sie um 4 419 Personen abgenommen.

Es war hier seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht vorgekommen, daß ein Jahr mit einem Bevölkerungsminus abgeschlossen hätte. Das Jahr 1892 war das letzte, für das die Berechnungen einen Anstieg der Bevölkerungszahl ergeben hatten. Auch nach dem Wundertat der siebziger Jahre und später in den Rotlandsperioden zu Beginn der achtziger Jahre, der neunziger Jahre und zuletzt noch des neuen Jahrzehndes verlangsamte die Bevölkerungsmehrung sich sehr merklich, aber doch nicht soweit, daß sie ganz zum Stillstand gekommen wäre. Einen völligen Stillstand und sogar eine Bevölkerungsminde rung hat erst wieder das Jahr 1908 gebracht.

Um uns diese Erscheinung zu erklären, müssen wir die Quellen betrachten, die Jahr für Jahr den Bevölkerungszuwachs liefern. Der Zuwachs rührt her zu einem Teile aus dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle, zum anderen Teile aus dem Ueberschuß der Zuwandernden über die Abwandernden. In Berlin hat der Geburtenüberschuß in neuerer Zeit nicht sehr geschwankt, weil wir von Epidemien, die die Sterblichkeit plötzlich und bedeutend gesteigert hätten, verschont geblieben sind. Dagegen ist hier der Wanderungsüberschuß sehr großen Schwankungen unterworfen. In manchen Jahren war er mehr als doppelt so groß wie der Geburtenüberschuß, in anderen Jahren kam er dem Geburtenüberschuß noch nicht mal gleich, in einigen ergab sich aus den Wanderungen ein Defizit statt des Ueberschusses. Galt man das Wanderungsdefizit so beträchtlich aus, daß es den Geburtenüberschuß völlig aufzehrt, so hört die Be-

völkerungsmehrung auf, so es kann statt der Bevölkerungsmehrung sogar eine Bevölkerungsminde rung sich ergeben.

In dieser Hinsicht ist eine Vergleichung zwischen den letzten drei Jahren sehr lehrreich. In den Jahren

	1908	1907	1906
wurden geboren (einschließlich Totgeborene)	60 657	52 886	53 389 Kinder
und es starben (einschließlich Totgeborene)	84 243	84 277	84 587 Personen,

mithin betrug der Geburtenüberschuß

	1908	1907	1906
— 10 415	— 18 600	— 18 802 Personen.	

Wenn in 1908 der Geburtenüberschuß um reichlich 2000 geringer war als in 1907, so erklärt sich das daraus, daß diesmal die Geburtenzahl um so viel hinter der des vorhergehenden Jahres zurückgeblieben war. Sehr viel größer waren in dem dreijährigen Zeitraum die Schwankungen des Wanderungsergebnisses. Für

	1908	1907	1906
sind zu zählen als zugezogen	244 080	273 688	291 459 Personen,
andererseits aber als weggezogen	264 894	272 235	262 275 Personen,

mithin betrug das Wanderungsergebnis

	1908	1907	1906
— 20 814	— 1 453	— 20 184 Personen.	

Das Jahr 1908 hatte noch ein recht beträchtliches Plus gebracht, im Jahre 1907 sank dann infolge einer Minderung der Zugänge und gleichzeitiger Mehrung der Wegzüge der Ueberschuß aus den Wanderungen fast auf Null, und jetzt hat das Jahr 1908 infolge weiterer und sehr bedeutender Minderung der Zugänge mit einem beträchtlichen Defizit aus den Wanderungen abgeschlossen. Aus Wanderungsergebnis und Geburtenüberschuß berechnet sich dann das Ergebnis der Bevölkerungsbewegung. Hier hat ein außerordentlich rascher Umschwung sich vollzogen vom Jahre 1906 mit seinem noch recht erheblichen Wanderungsüberschuß bis zum Jahre 1908 mit seinem stark ins Gewicht fallenden Wanderungsdefizit, das sogar durch den Geburtenüberschuß nicht mehr ganz gedeckt werden konnte. Für

	1908	1907	1906
war das Ergebnis der Bevölkerungsbewegung	— 4 419	— 20 082	— 47 988 Personen.

Zur weiteren Beleuchtung der Ursachen, die in 1907 ein so wenig günstiges und in 1908 ein so sehr ungünstiges Ergebnis herbeigeführt haben, wollen wir die Ergebnisse in die Anteile des männlichen und des weiblichen Geschlechts zerlegen. Es war beteiligt in

	1908	1907	1906
am Ueberschuß aus den Geburten			
die männl. Bevöhl. mit	+ 8 394	+ 9 847	+ 9 128
die weibl. Bevöhl. mit	+ 8 021	+ 9 262	+ 9 674
aber am Ergebnis der Wanderungen			
die männl. Bevöhl. mit	— 14 551	— 1 574	+ 18 881
die weibl. Bevöhl. mit	— 8 283	+ 8 027	+ 10 808
also am Gesamtergebnis der Bevölkerungsbewegung			
die männl. Bevöhl. mit	— 6 157	+ 7 773	+ 27 509
die weibl. Bevöhl. mit	+ 1 738	+ 12 289	+ 20 477

Man sieht, daß bei der weiblichen Bevölkerung in 1908 immer noch ein kleiner Zuwachs sich ergeben hat. Dafür war bei der männlichen Bevölkerung um so bedeutender die Minderung. Hier war eben in 1908 auch das Wanderungsdefizit sehr viel größer als bei der weiblichen Bevölkerung, und auch das Jahr 1907 hatte der männlichen Bevölkerung schon ein Wanderungsdefizit gebracht, während der weiblichen damals noch ein Ueberschuß aus Wanderungen blieb. Die Verringerung des Wanderungsergebnisses und die dadurch bewirkte Schmälerung des Bevölkerungszuwachses war überhaupt in dem ganzen dreijährigen Zeitraum bei der männlichen Bevölkerung sehr viel stärker als bei der weiblichen.

Daß besonders bei der männlichen Bevölkerung die Zugänge sich mindern, das ist eine Erscheinung, die in Berlin regelmäßig dann zu beobachten ist, wenn die Arbeitslosigkeit um sich greift. In der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit haben wir auch diesmal wieder die Hauptursache dieser ungünstigen Gestaltung der Zugangs- und Wegzugsverhältnisse zu suchen.

Das Arbeitslosenproblem und die Kommune.

Die gemischte Deputation zur Vinderung der Arbeitslosennot hielt am Mittwochmittag ihre zweite Sitzung ab. Da die Beratungen über die kommunale Arbeitslosenversicherung nicht so bald zum Abschluß kommen dürften — wurde diese zweite Sitzung doch erst nach 4 Wochen einberufen, statt, wie vorgesehen, nach 3 Wochen — hatten unsere Genossen Dupont und Glöck folgendes neuen Antrag der gemischten Deputation unterbreitet:

Die Unterzeichneten beantragen, aus städtischen Mitteln ohne Verzugs 300 000 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen:

a) Den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter für diejenigen ihrer arbeitslosen Mitglieder, die mindestens ein halbes Jahr in Berlin wohnhaft sind und zurzeit keine laufende Unterstützung aus den Rassen ihrer Gewerkschaft beziehen, also ausgekueert sind.

b) Dem Zentralverein für Arbeitsnachweis zur Unterstützung derjenigen Arbeitslosen, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören, mindestens 4 Wochen arbeitslos sind, ein Jahr in Berlin wohnen und sich täglich im Arbeitsnachweis des Zentralvereins melden.

Die von den Gewerkschaften und dem Zentralverein für Arbeitsnachweis aus obiger Summe zu zahlende Unterstützung darf die Höhe von 1 M. pro arbeitslosen Tag nicht übersteigen.

Nach einer mehrstündigen äußerst lebhaften Debatte, in welcher bis auf zwei Innungsvertreter sich alle übrigen Redner grundsätzlich auf den Boden des Antrags stellten, da die sogenannten Rotlandsarbeiten doch nicht ausreichen, um die arbeitslosen Berufsarbeiter unterzubringen, ließen zwei Änderungsanträge ein: einer, der die Unorganisierten ausgeschlossen wissen will, weil die Kontrolle beim Zentralverein für Arbeitsnachweis ganz unzulänglich, und ein anderer, der eine andere Verteilungsart der Gelder im Vorschlag bringt. Ein dritter Antrag, von einem der Innungsmeister gestellt, verlangt 50 000 M. für kleine Handwerksmeister, die am Ruin sich befinden. Ob durch die Aussperrungstaktik der „Großen“, unter der bekanntlich die kleinen Kräuter nicht minder zu leiden haben wie die Arbeiter, das zu untersuchen, wäre in jedem einzelnen Falle recht interessant. Im übrigen spricht dieser Antrag nur für den Antrag unserer Genossen, ja sogar die Summe von 300 000 M. ist dann keinesfalls zu hoch, wie zuerst behauptet wurde, in Anbetracht der großen Zahl der Ausgeperrten in den Gewerkschaften.

Am nächsten Donnerstagmittag soll die Debatte über diese Anträge beendet und darüber abgestimmt werden. Dann erst erfolgt die Fortsetzung der Diskussion über die kommunale Arbeitslosenversicherung nach dem Center System.

Die Beerdigung der Frau Natalie Liebknecht findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde statt.

Kapital und Presse.

In einer am 2. Februar in den „Konfordsa-Sälen“ abgehaltenen Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen Berlins gab Herr Obermeister Rahardt folgende charakteristische, wenn auch für uns nicht überraschende Mitteilung zum besten, für deren Richtigkeit Herr Rahardt die volle Verantwortung zu übernehmen erklärte.

Eine Berliner Möbelfirma Barisch war aus bestimmten Gründen nicht zu der von den Berliner Holzindustriellen beabsichtigten Ausstellung zugelassen worden.

Besagte Firma erklärt nun regelmäßig umfangreiche Reklameannoncen im „Berliner Lokal-Anzeiger“. Aus Mangel nun, daß sie von der Ausstellung ausgeschlossen wurde, schrieb sie einen eingeschriebenen Brief an die Firma August Scherl und drohte, sie würde nicht mehr im „Lokal-Anzeiger“ inserieren, falls noch weitere Wespereien über die Tischlerausstellung erschienen. Nach den Angaben Herrn Rahardts wurden nun genau von diesem Zeitpunkt an keine Hinweise auf die Ausstellung mehr von dem genannten Blatte aufgenommen.

Herr Rahardt war darüber hoch empört und forderte seine Kollegen auf, die Konsequenzen aus dieser Handlungsweise gegenüber dem Scherlblatt zu ziehen.

Wir waren schon längst nicht so naiv wie der Herr Obermeister, der von der kapitalistischen Presse verlangt, daß sie Unparteilichkeit und ideale Grundsätze pflegen soll.

Wir wußten und wissen, daß für die Sensationspresse die Annoncenplakate die milchende Kuh und alles andere nur lästiges, aber notwendiges Anhängsel ist. Für die Arbeiterschaft, soweit sie nicht eingeweiht ist in die korrupten Zustände, bedeutet dieser Fall eine ernste Mahnung, derartige Blätter aus dem Hause zu schaffen und die kampfbewährte, aus den Mitteln der Arbeiterschaft gegründete Arbeiterpresse zu lesen.

Die Bauten am Stettiner Schiffsahrtskanal werden jetzt forciert. Auf der Strecke Pögnsee-Saatwinkel sind 1800 Arbeiter neu eingestellt worden. Es sind dies durchweg einheimische Arbeiter, da man in der Zeit der gegenwärtigen Krise nicht gut erneut eine Einfuhr von Polen, Ruthenen und Galiziern vornehmen kann.

Irrende Irrenärzte.

Der in ganz Deutschland unter dem Spitznamen „Einbrecher-König“ gefürchtete Franz Kirch, welcher wegen angeblicher Geisteskrankheit in zahlreichen Irrenanstalten, so auch wiederholt in der Berliner städtischen Anstalt Herzberge, interniert war und von dort mit Hilfe seiner Freunde immer wieder ausbrach, ist seiden vom Geschworenengericht in Dessau wegen seines bekannten Einbruchs in die dortige Landesbibliothek zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Das Urteil erregt deshalb berechtigtes Aufsehen, weil es die Gutachten derjenigen Psychiater, insbesondere auch der Berliner Irrenärzte, die sich jahrelang an Kirchs Geisteszustand die Finger wundgeschrieben haben, völlig über den Haufen wirft und einen der bisher berühmten „Wilden Männer“ zwar für geistig minderwertig, aber nicht für geisteskrank im Sinne des Strafgesetzbuches erklärt. Das Interessanteste an dem Urteil ist seine neueste psychiatrische Unterlage. Das Dessauer Geschworenengericht, frei von dem Verdacht, etwa bloß ein Exemplar statuieren zu wollen, ist zu seiner Entscheidung sicher zum großen Teil gelangt durch eigene Anschauungen und durch das sorgfältigste Abwägen aller in Betracht kommenden Umstände, nicht zum wenigsten auch wohl durch das Verhalten der jetzt hinzugezogenen hervorragenden Psychiater. Es muß ein forensisches Schauspiel gewesen sein, als die gelehrten Herren mit ihren Ansichten scharf aufeinanderprallten. Die einen, die sich schon durch frühere Gutachten so ziemlich gebunden hatten und selbstverständlich nicht widerrufen wollten, reklamierten den gefährlichen Ein- und Ausbrecher nach wie vor für das Irrenhaus, — die anderen, wohl erheblich unbefangener, erklärten den Verbrecher für das Zuchthaus reif. Solche Gegenfälle der Psychiater vor Gericht sind ja nun nichts Neues. Aber vorliegend ist die Schlappe doch so in die Augen stechend, daß man sich ernstlich die Frage vorlegen muß: dürfen unsere Richter den Gutachten moderner Psychiater fernerhin die geradezu ausschlaggebende Bedeutung beilegen, welche unbedingt in so außerordentlich zahlreichen Straffällen hervorgerufen ist?

Die psychiatrische Wissenschaft, von der schon ein Mann wie Birkow sagt, daß sie keine exakte sei, ist noch sehr jung, aus den Rinderschälen knapp heraus. Nicht im richtigen Verhältnis zu diesem jungen Alter wie zu dem wissenschaftlich Erreichten stehen die Anforderungen eines gewissen Kreises von Psychiatern, sich eine Macht anzumachen, die ihrem wirklichen Wissen einsteilen noch nicht zukommt. Selbst hervorragende, nicht durch die wissenschaftliche Parteibrille sehende Psychiater erklären freimütig, daß auf diesem heißen Gebiete noch unendlich vieles zu erforschen ist. Umso mehr sollten die Gerichte die Pflicht fühlen, nicht jedem Psychiater und auch nicht immer einem „weltberühmten Sachverständigen-Kollegium“ unbedingt Heerfolge zu leisten. Es würde viele glückliche Menschen mehr geben, wenn die Richter den geltenden Einfluß des Psychiaters um ein Erhebliches herabsenken und wenn die Irrenärzte an der Erkenntnis saugen, daß die wahre Wissenschaft keine Reklame machen soll.

Durch eine große Ueberschwemmung in der Greifswalderstraße wurde am Mittwochnachmittag der Verkehr nach Weihensee fast völlig unterbrochen. Die durch die plötzlich eingetretene Schneeschmelze entstandenen Wasserfluten trieben von beiden Seiten der noch unbedauten Gelände nach der Greifswalderstraße, während gleichzeitig bedeutende Mengen Schneewassers auch von Weihensee her kamen. Bald waren die Kanäle überfüllt und die Fluten ergossen sich über Bürgersteige und Fahrwege, auf denen das Wasser schließlich an manchen Stellen eine Höhe von einem Meter erreichte, so daß der Fußgänger- und Wagenverkehr unterbrochen wurde. Auch die Straßenbahn mußte den Betrieb durch die Greifswalderstraße einstellen und die nach Weihensee führenden Linien 62 und 69 wurden ebenso wie der übrige Fußverkehr durch die Frenzlauer Allee geleitet. Auch das Tempelhofer Feld ist durch den Witterungsumschlag auf ausgedehnte Strecken unter Wasser gesetzt worden. Hier haben sich in den tiefer gelegenen Stellen gewaltige Seen gebildet, durch welche zum Teil die das Feld kreuzenden Wege überflutet worden sind. Auf den Wasserstand der Spree hat der Witterungsumschlag ebenfalls erheblich eingewirkt.

Ein Beitrag zur Spartanerie Bölow's.

„Sparen!“ lautet bekanntlich die Paroleformel des Fürsten Bölow, mittels welcher er nicht nur das Reich aus seinem Velled zu befreien hofft, sondern auch die deutschen Staatsbürger allesamt zu heiligen Reuten machen möchte und den Nationalreichtum ins Unermehliche steigern zu können glaubt. Im Reichstage und in der Presse wurde dem Reichstagsler die Mahnung zurückgegeben und gleichzeitig die verabschiedeten Vorschläge gemacht, wie das Reich selbst an vielen Stellen sparen könne, ohne seine Wohlfahrt und Sicherheit zu gefährden. Unter anderem wurden auch die ungeheuren Kosten für Dienstreisen einer Kritik unterzogen. Wie berechtigt gerade diese Kritik war und welche ungeheuren Summen gerade bei diesem Kapitel gespart werden könnten, mag an folgendem

Keinen Beispiel auf neue Betrieben werden, von dem und geschrieben wird: Das Papier zu unseren Reichsnoten wird in der Papierfabrik Speichthausen bei Eberswalde, einem Privatunternehmen, hergestellt. Die Fabrikation dieses Papiers wird von Reichsbeamten überwacht. Mit dieser Kontrolle sind dauernd vier Beamte betraut, die aber nicht etwa am Orte ihrer Tätigkeit stationiert sind, sondern von Berlin aus alle 4-6 Wochen abgelöst werden. Diese Einrichtung mag nun zwar für die betreffenden Beamten sehr angenehm und in pekuniärer Hinsicht äußerst vorteilhaft sein, aber dem Reich entstehen hierdurch jährlich etwa 15-20.000 M. Mehrausgaben. Die bei der Reichsbank und der Reichsbankdirektion angestellten Beamten beziehen nämlich 8-15 M. Tagelohn pro Person außer den Kilometergeldern und den Kosten (3 M.) für Ein- und Abfahrt zur Bahn. Damit nicht genug, muß das Reich auch noch die Kosten für die notwendigen Stellvertretungen tragen, denn man kann doch nicht annehmen, daß diese Beamten in Berlin so wenig beschäftigt sind, daß ihre Plätze während ihrer Tätigkeit in Eberswalde unbesetzt bleiben können. Wenn schon durch diesen „Reisebetrieb“ von nur vier Beamten 15-20.000 M. jährliche Extralohnen entstehen, dann kann man sich einen Begriff machen, welche ungeheuren Summen das Reich für Dienststellen seiner hohen und höchsten Beamten auszuwenden muß, ganz abgesehen von den Aufwendungen, die durch das bei uns übliche „Regieren im Umherziehen“ erwachsen.

Eine Kassehen erregende Begaunigung. Ingenieur Bebel, der ehemalige Direktor der Spandauer Straßenbahn, der wegen des Unglücks bei Kassehen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist vom Kaiser zu vier Monaten Gefängnis begnadigt worden. Es handelte sich, wie bekannt, um das Unglück, das ein Wagen der elektrischen Spandauer Straßenbahn anrichtete. Der Wagen durchfuhr die Bahnstrasse und kollidierte mit einem Eisenbahnzug, wodurch mehrere Personen ihren Tod fanden oder schwer verletzt wurden.

Papierschneiderei statt Zigarren. Ein dreierlei Schwindler treibt gegenwärtig in den westlichen Vororten sein Unwesen. Der Betrüger wendet folgenden Trick an: Er spricht bei den Portiers vor und gibt an, er habe für Hausbewohner, die gerade abwesend seien, ein Paket abzugeben. Es enthalte Zigarren und er bitte den Portier, doch die drei Mark für das bestellte Paket auszugeben. Der Schwindler tritt mit solcher Sicherheit auf, daß ihm sein Mandat auch gefolgt. Erst zu spät entdeckt man, daß statt der Zigarren Papierschneiderei in dem Paket enthalten sind.

Der unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftete Inhaber des Cafés „Monaco“ in der Jerusalemstraße, Alfred Berg, und der gleichfalls verhaftete Geschäftsführer Oskar Biermann sind gestern vormittag aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Aus der Genossenschaftsbewegung. Nachdem der Dezember-Umsatz der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung 285.602,09 M. betragen hat, beläuft sich der Januar-Umsatz auf 288.766,68 M., das sind 61.781,17 M. mehr als im Januar 1908. Der Umsatz in den ersten sieben Monaten dieses Geschäftsjahres beträgt 1.888.766,20 M. Die Mitgliederzahl ist auf nahezu 10.000 angewachsen. Im März werden wiederum zwei Verkaufsstellen eröffnet und zwar im Westen: Köpenick und Gumbiner-See, und im Ostteil: Köpenick. Die Genossenschaft hat dann 42 Verkaufsstellen. Von den Hausanteilen sind 25.000 M. abgelegt und sind bisher mehr 100 M. Anteile verkauft als 20 M. Anteile.

Verlegung einer chirurgischen Poliklinik. Herr Dr. R. Sirsch hat seine chirurgische Poliklinik von der Alexanderstr. 38a nach der Neuen Königstr. 3, am Königsplatz verlegt und hält dort für alle chirurgischen Erkrankungen von 1/11-1/12 eine unentgeltliche Sprechstunde ab.

Mordversuch und Selbstmord. Gestern Abend gegen 10 Uhr versuchte der Arbeiter Donner seine Verfrachte 18 getrennt von ihm lebende Ehefrau Franziska, die nicht zu ihm zurückkehren wollte, zu erschlagen. Er versetzte seine Frau, traf aber ihren Schwager, den Arbeiter Sadewitz, bei dem sie wohnte, in die rechte Schulter. Ein zweiter Schuß traf niemanden. In einer Drohschleife schaffte ein Schutzmann den Verletzten nach dem Krankenhaus Moabit. Der Täter wurde von Hausbewohnern gefesselt und nach der Wache des 4. Polizeireviere gebracht. Nach eingehender Vernehmung führte man ihn in eine Zelle, wo er bald darauf mit seinem Selbstmord erhängt aufgefunden wurde. Das Taschentuch hatte man ihm auf seine Bitte belassen, damit er sich eine blutende Gesichtswunde und ein verblutendes Auge fassen konnte.

Die „Urania“ fährt und in ihrer neuesten Darbietung an der Ostküste der Adria entlang, von Abbazia bis Korfu. Gewählt mag die Tour sein mit Rücksicht auf die kommende Kaiserreise ins Mittelmeer, die sich ja auch bis Korfu erstrecken soll. Der gute Patriot will den Spuren seines Kaisers nicht nur im Hofstaat des „Kaiser-Angehörers“ oder in den einfaches Photographien des „Tag“ folgen, sondern wird gern auch seine Reugier an den farbenreichen Bildern der „Urania“ befriedigen, während ein wohlgeformter, erstklassiger Vortrag an seinen Ohren vorbeischießt. Natürlich kommt, wie immer bei der „Urania“, auch der auf seine Rechnung, den solche Motive nicht leiten, den vielmehr erstere Wissensdurst und die durch den eigenen Geldbeutel nie zu stillende Sehnsucht nach fernem Naturgenüssen und alten Kulturstätten veranlassen, das Institut in der Raubentstraße aufzusuchen.

Von Giume bis Spalato führt und der erste Teil der Reise in eine Gegend, die gewisse Erinnerungen an die Riviera bringt. Namentlich der Wellenbeort Abazia zwingt zu einem solchen Vergleich. Aber die dalmatische Küste der Adria ist schroffer, farrer, das Leben der Bevölkerung härter. Hoch heben sich braune, steinige Berge über die Städte und Dörfer, denen ihre römische oder venezianische Vergangenheit architektonisch den Stempel aufdrückt. Wie die Natur rauher ist als an der Riviera, sind es auch die Menschen, die einen Vergleich mit dem faulen, bettelnden Lazzaroni sehr zu ihren Gunsten bezeugen. Aus der Fülle der dalmatischen Volkstypen heben sich durch ihre Eigenart besonders die Morlaken ab, ein Volk, das in erbärmlichen Hütten hausend, dem feinsten Boden mühsam seinen Lebensunterhalt abgeminnt und trotz der eigenartigen äußeren Schale sich einen goldenen Charakter zu bewahren vermocht.

Von Spalato nach Korfu gelangen wir an Ragusa gewaltigem Mauergürtel vorbei, dem auch die schweren Erdbeben nicht zu schaden vermochten, allmählich in die orientalische Welt. Hier begreifen wir auch den Söhnen der schwarzen Berge, die mit dem Gewehr auf dem Rücken und pistolenge schmücktem Gürtel der Feldarbeit nachgehen, aber ungerecht große Kinder sind. An die Stelle der römischen Kastelle, der venezianischen Kirchen treten immer mehr die mohammedanischen Minarets, bis wir mit dem Schiff nach Korfu hinüberfahren und mit einem Auf in den klassischen Hellenismus hineingeraten. Den Glangpunkt von Korfu bildet natürlich das Kasteion, das die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich errichten ließ und das jetzt in den Besitz des deutschen Kaisers übergegangen ist. Dem Einzug des preussischen Geistes in diesen wunderbaren Besitz hat ja bekanntlich das Marmorbild Heinrich Heines weichen müssen. Doch konnte und aber wohl als eines der schönsten Bilder die kolossale Marmurfigur des sterbenden Schilbes gezeigt werden. Geht nach der „Urania“, ehe sie durch das Bild eines preussischen Häftlings aus der Bronze erobeter Kanonen ersetzt ist!

Zeugen gesucht. Personen, welche am Abend des 20. Mai 1908 auf Bahnhof Weißhofstraße, in der Nähe des Dienststraßens waren und die Hülse einer Frau hörten, insbesondere die Dame und der Herr, welche der Frau Trost zusprachen, werden gebeten, sich im Restaurant Ridel, Berlin, Rütiger Straße 4 zu melden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Das Kindererholungsheim für tuberkulose und strophulose Kinder (für 100-110 an der Zahl) in Goldzigum auf Höhe ist fast fertiggestellt, so daß die Eröffnung im Juli stattfinden kann. Das Grundstück liegt an der Südwestspitze der Insel Höhe in ausgesetzter Lage direkt am Strande der Nordsee und wird auf dem in der Gemeinde Goldzigum bei Wyl auf Höhe gelegenen städtischen Grundstück von 8 Morgen Größe errichtet. Die Baukosten umfassen ein Hauptgebäude mit Wirtschaftsflügel von insgesamt 900 Quadratmeter bebauter Fläche, ein Isoliergebäude, ein Einfamilienhaus für den Gärtner mit angebauten Stallungen, Wirtschafts- und Kesseldarben. Das Hauptgebäude besteht aus Erdgeschoss, einem Stockwerk, einem vollständig ausgebauten Dachgeschoss mit darüberliegendem nutzbaren Bodenraum. Im Erdgeschoss sind durchweg nur Räume für den Tagesaufenthalt wie Spielplatz, Speisesaal, Schulklass, ferne Garderobenräume gelegen. Außerdem befinden sich hier die Räume für die Verwaltung, Aufenthaltsräume und Speisesaal der Schwestern sowie Operations- und Untersuchungszimmer. Im ersten Stockwerk befinden sich die Schlafräume und die besonders angelegten Baderäume. Die Schlafräume haben pro Bett eine Abmessung von 3 1/2-5 Quadratmeter Grundfläche und 16-22 Kubikmeter Luftraum. In dem Dachgeschoss befinden sich die massiv angelegten Vabezimmer, Wohn- und Schlafzimmer der Schwestern, Laboratorium, Räume für den revidierenden Stadtarzt sowie ein circa 150 Quadratmeter großer Turnsaal. Dem Hauptgebäude angegliedert ist der Wirtschaftsflügel, in dem die Küche, die Dampfwaschanlage, Wäsche-, Was- und Desinfektionsräume sich befinden. In diesem Teil des Dachgeschosses befinden sich weiter die Wohn- und Schlafräume des Wirtschaftspersonals mit eigener Klosett- und Baderichtung, die Abkammern und Wäscheplatzboden. Das Reupere des Gebäudes ist den alten freistehenden Ziegelnbauten möglichst angepaßt und ist das circa 10 Meter hohe Dach mit Viderichwanz-Doppeldach eingedeckt. Alle Außenwände sind mit Mätsch auf das Klima und zum Schutz gegen durchschlagende Feuchtigkeit mit Isolierlicht gemauert unter Verwendung von verlängertem Zementmörtel. Die dem Hauptgebäude angebaute Liegehalle, welche auf jeder Seite von einem Balkon flankiert wird, ist in geschmackvoller nordischer Holzarchitektur ausgeführt und erhält ein Drahtgitterdach mit Ziegelnunterbrechung. Die Bewässerung des Gebäudes geschieht mit automatischer Ein- und Aushaltung aus einem ungefähr 20 Meter tiefen Brunnen, der völlig einwandfreies Wasser liefert. In Ergänzung der Baderichtung ist eine Stieglung in die Nordsee geplant, welche durch ein besonderes Pumpwerk das Gebäude mit Seewasser versorgt, um auch im Winter das Baden im Seewasser zu ermöglichen. Das Heim erhält durchweg Zentralheizung, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, daß Warmwasser jederzeit zur Verfügung steht. Die Kraft für elektrische Beleuchtung wird von dem in der Stadt Wyl gelegenen Elektrizitätswerk entnommen.

Außer den Baukosten, die bereits genannt, ist am Strande eine auf besonderen Pfählen konstruierte Strandliegehalle geplant, die für den Winter auseinandergenommen wird. Diese Halle hat einen Badesieg, der direkt in die See führt. Neben dieser Liegehalle wird noch eine zweite von gleicher Größe auf dem Grundstück in der Nähe des Liegebades errichtet werden. Das Liegebade wird in einer Größe von 800 Quadratmeter, mit der Kopffront zur See, massiv hergestellt. Die Gesamtbaukosten betragen rund 188.000 M. Die Kinder, die dieses Heim bewohnen sollen, werden durch die Lehrpersonen und Schulkinder sowie von der Fürsorge für Unterzulose ausgesucht. Streng ausgeschlossen von der Aufnahme sind Kinder mit offener Lungentuberkulose.

Weihensee.

Die Arbeitslosenfrage vor dem Gemeindeparsament. Der Vorsteher des Wohlfahrtsamtes begründete nochmals die Notwendigkeit der Arbeitslosenfrage, behauptete, daß die Stadt Berlin das Hauszählungsmittel abgelehnt habe und nunmehr die Vorortgemeinden nach dem Meldegesetz zählen müssen. Genosse Taubmann betonte, daß die Gemeindevorteilung sich durchaus nicht die Minderständigkeit Berlins zu eigen machen brauche, denn man habe es doch in der Hand, zu zählen nach dem System, was man für richtig halte. Die Praxis habe ja bewiesen, daß namentlich die weiblichen Arbeitslosen aus irgend welchen Gründen nicht erschienen sind. Will Berlin das nach Hauslisten gesammelte Material nicht anerkennen, so ist es dann nicht unsere Schuld und man kann dann die Verhauptung aufstellen: Man will die Wahrheit nicht treffen. Gemeindevorteilung Reines verteidigte den Kommissionsbeschluss mit der Begründung, beide Systeme werden auf Genauigkeit keinen Anspruch haben, man tut am besten beim Meldegesetz einen Aufschlag, beim Hauslistenystem einen Abzug, dann läme man so ungefähr auf das richtige Resultat. Mit dieser Weisheit war die Verammlung zufrieden und die Abstimmung ergab die Arbeitslosenfrage nach dem Berliner System. Nunmehr ist es Pflicht der organisierten Arbeiterkraft, sich der gewerkschaftlichen und politischen Parteileitung zur Verfügung zu stellen, um aus eigener Kraft die Zählung nach Hauslisten vorzunehmen.

Röpenitz.

Das Gewerkschaftskartell nahm in der letzten kombinierten Sitzung Stellung zu einem Protest der Heizer und Maschinisten, welche den Wahlmodus bei Aufstellung der Kandidaten zu den Gewerkschaftswahlen anfechteten. Nach eingehender lebhafter Diskussion wird der Protest abgelehnt. Die Kollegen Kähler und Pampow legen die Kandidatur als Stellvertreter Gewerkschaftsmitglieder aus wirtschaftlichen Gründen nieder und sind dafür die Kollegen Lobitz, Metalarbeiter, und Eduard Riese, Transportarbeiter, mit großer Majorität vorgeschlagen. Für die am 15. Februar stattfindenden Gewerkschaftswahlen wird ein Flugblatt nicht herausgegeben, dagegen sollen die Funktionäre in den Kreisen ihrer Mitglieder und in Versammlungen und Besprechungen eifrig für die Wahl wirken. Für die am 12., 13. und 14. Februar nach dem Hauslistenystem stattfindende Arbeitslosenfrage werden eine große Anzahl Hilfskräfte notwendig sein. Sache der Gewerkschaften ist es nunmehr, für genügende Hilfskräfte Sorge zu tragen und die genauen Adressen den Genossen Wold, Rieger Str. 6, oder dem Genossen Lobitz, Kaiserin-Augustae-Viktoria-Straße 9, bald mitzuteilen, damit ein einheitliches Arbeiten erfolgen kann. Wegen vorgerückter Zeit mußte der Punkt „Jugendorganisation“ von der Tagesordnung abgesetzt werden. Zum Schluss erluchte Kollege Lobitz die Vorstände, nachdem jetzt überall die Neuwahlen vollzogen sind, dem Kartell ein neues Adressenverzeichnis der Vorstände einzureichen. Es fehlten die Musiker.

Voghen - Rummelsburg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vorsitzende, Genosse D. John, den Jahresbericht. Derselbe wies einleitend auf den gedruckten Bericht hin, welcher den Mitgliedern vorlag. Die Mitgliederzahl, welche am Schlusse des Vorjahres 1200 betrug, wies am 31. Dezember 1908 die Zahl von 1823 männlichen und 140 weiblichen Mitgliedern auf. Der Außenbezirk Rummelsburg zählt zurzeit 80 Mitglieder. Die Landtagswahl brachte uns in Rummelsburg eine erfreulich hohe Stimmenzahl; von 4553 abgegebenen Stimmen entfielen auf unsere Kandidaten 3971. Besonders groß war der Erfolg an Wahlmänner-Mandaten; von 119 konnten wir 83 Wahlmänner durchbringen. Auch bei der Gemeindevorteilung im Frühjahr vorigen Jahres erzielten wir gute Resultate. Die Wahlbeteiligung war eine bedeutend höhere wie vor zwei Jahren. Es wählten in der dritten Klasse im Durchschnitt 37 Proz. der eingetragenen Wähler (gegen 18 Proz. vor zwei Jahren). Die Genossen Herrn Müller und Gorgas wurden mit überwältigender Majorität gewählt. Genosse Trinks blieb im dritten Bezirk (Beamtenwohnhaus) in der Minderheit, welches seinen Grund in der ungerechten und ungeschicklichen Reueinteilung der Bezirke hat. Agitations- und Protestversammlungen wurden am Orte

10 und in Rummelsburg 4 abgehalten. Mitgliederversammlungen fanden in Rummelsburg 4 und in Rummelsburg 12 statt. Außer diesen Versammlungen und den circa 240 stattgefundenen Jahlabenden fand noch zur Förderung der allgemeinen Bildung im letzten Quartal vorigen Jahres an zehn Abenden ein „Schichtkursus“ statt. Die öffentlichen Versammlungen waren im allgemeinen gut besucht. Verfügt muß werden, daß die Protestversammlungen, entsprechend ihrem Sinn und Zweck, verhältnismäßig schwach besucht waren; mit dieser Tatsache und Gleichgültigkeit muß endlich gebrochen werden. Zur Erledigung der Vorstandsgeschäfte waren 32 Sitzungen erforderlich, wozu noch mehrere Kommissionsitzungen usw. hinzukommen. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser ist am Orte von 2620 am Schlusse des Vorjahres auf gegenwärtig 2900 herangewachsen; dieser Rückgang ist wohl allein auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen. Andererseits ersieht man, daß es am Orte noch über 1000 „Vorwärts“-Leser gibt, welche nicht Mitglieder unserer Organisation sind. Die Bibliothek, welche am Schlusse des Vorjahres aus 306 Bänden bestand, hat in diesem Jahre eine umfassende Erweiterung erfahren. Ausgegeben wurden 608 Bände gegen 118 Bände im Vorjahre. Die Steigerung ist eine erfreulich gute. — Aus dem Kassenbericht geht hervor, daß eine Gesamteinnahme von 6906,92 M. vorhanden war, der eine Ausgabe von 6929,31 M. gegenübersteht. An den Kreis wurden 8154,25 M. abgeführt. — In der Diskussion über den Vorstandsbericht beiderseitig sich Genosse Bräseke über eine ihm vom Vorstand erteilte Rüge; derselbe wird von der Generalversammlung mit großer Majorität bestätigt. — Der Ansuchen des Vorstandes gegen Genossen Barthel wird nach längerer erregter Diskussion abgelehnt und demselben auf Antrag des Genossen Hermann Müller einstimmig eine scharfe Rüge erteilt. — Die Neuwahl des Vorstandes ergab als 1. Vorsitzenden Otto John, 2. Vorsitzenden Baumgarten, 1. Kassierer Zenger, 2. Kassierer Hinge, 1. Schriftführer Max Seiditz, 2. Schriftführer Klotz, Beisitzerin Fräulein Schulz, Revisoren: Richter, Donath und Preßbiller. Als Abteilungsleiter: Witzke, Jänemann, Albrich, Witzke, Schulze und Wandlow. In die Zeitungskommission wurden die Genossen Großkopf, Kühn und Ramm gewählt. Die gewünschte Versammlung wurde hierauf wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Reinickendorf-Ost.

Ueber eine erfolgreiche Parteiarbeit konnte der Vorstand des Wahlvereins in der Generalversammlung Bericht erstatten. Nicht nur hat unsere Partei bei den im abgelaufenen Geschäftsjahr stattgefundenen Gemeindevorteilungen einen ansehnlichen Stimmenzuwachs erhalten, sondern die Organisation ist auch trotz der herrschenden Krise gestiegen. Dem Wahlverein gehören gegenwärtig 482 Genossen und 45 Genossinnen an. Der Vorstand hielt zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte 18 Sitzungen ab. Außerdem fanden 6 Mitgliederversammlungen und 4 öffentliche Versammlungen statt. In den der hiesigen Organisation zur Agitation überwiesenen Außenbezirken konnte leider noch nicht fester Fuß gefaßt werden.

Die Gesamteinnahmen betrugen nach dem Bericht des Kassierers 2101,69 M., die Ausgaben 1850,70 M. Es ist ein Kassenbestand von 250,99 M. vorhanden. Die reichhaltige Bibliothek wird, wie der Bibliothekar ausführte, bedauerlicherweise viel zu wenig benutzt. Es sei daher an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß dieselbe jeden Sonntagvormittag von 9-11 Uhr geöffnet ist und sich beim Genossen Bräner, Provinzstraße, Ecke Herdstraße befindet. Der Bericht der Lokalkommission ergab, daß und zurzeit nur zwei Lokale noch nicht zur Verfügung stehen. Es wurde angeregt, bei Abhaltung von Versammlungen und Vergnügen darauf zu sehen, daß in dem betreffenden Lokal nur organisiertes Personal beschäftigt wird. In die Bezirksleitung wurden folgende Genossen gewählt: Schönberg als Vorsitzender, Andree als Kassierer, Genossin Lorenz als Schriftführerin, Lorenz als Beisitzer, Schmidt und Andreas als Bibliothekare, Kühn als Revisor, Andree, Köthling, Neumann, Steinkopf und Gehl als Vergnügungskomitee. Der Lokalkommission gehören an: Gehl, Kolmeß und Sunk. Als Bezirksleiter wurden die in den 7 Bezirken gewählten Genossen bestätigt.

Da die Zeit schon weit vorgeschritten war, wurde die Versammlung auf Dienstag, den 2. Februar vertagt. In derselben referierten zunächst die Genossen Schönberg über das neue Statut des Kreiswahlvereins Nieder-Varnum und Genosse Lorenz über die Aufstellung eines Parteisekretärs für den Kreis Nieder-Varnum. Beides wurde nach längerer Diskussion genehmigt.

Den Bericht aus der Gemeindevorteilung erstattete Genosse Kühn. An der Hand verschiedener Beispiele zeigte er, wie rückständig in sozialer Beziehung die bürgerlichen Mitglieder der Gemeindevorteilung und des Gemeindevorstandes sind. Auch die Genossen Grander und Schiller konnten die Ausführungen an der Hand diverser Beispiele bestätigen. Die nachfolgende rege Diskussion sowie die verschiedenen Anregungen aus der Mitte der Versammlung zeigten, wie reges Interesse die Mitglieder den Gemeindegangelegenheiten widmen. Die Gemeindevorteilung forderten auf, die Gemeindevorteilungen in Zukunft recht zahlreich zu besuchen. Die nächste findet am Freitag, den 6. Februar, abends 5 Uhr, im Rathaus statt. Mit dem Hinweis auf die Arbeitslosenfrage am 12. und 14. Februar und das Stiftungsfest am 20. Februar schloß der Vorsitzende die leider schwach besuchte Versammlung.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Die am Sonntag stattgefundene Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins war von circa 90 Genossen und 85 Genossinnen besucht. Aus dem Bericht des Vorstandes, welchen Genosse Dietel gab, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 120 auf 180, darunter 49 weibliche Mitglieder im Jahre 1908 gestiegen ist; daß im verflossenen Jahre 19 Versammlungen, 8 öffentliche und 11 Wahlvereinsversammlungen, 24 Vorstandssitzungen und 9 Flugblattverteilungen stattgefunden haben. Die eingeführten Jahlabenden haben eine Entlastung gebracht, da dieselben in manchen Bezirken sehr schwach besucht waren, und sprach Genosse Dietel den Wunsch aus, daß im neuen Jahre die Anzahl der Genossen nachlassen möge. „Vorwärts“-Abonnenten waren Ende des Jahres 184, ein Mehr von 29; Leser der „Gleichheit“ 19; der „Freien Stunden“ 9; des „Jahob“ 41. Die Expedition erforderte einen Aufschuß von circa 150 M. Der Kassenbericht schloß mit einem Defizit von 86 Pf. ab. Weiter ist aus dem Bericht der Funktionäre ersichtlich, daß wegen Verteilung von Vorpostzetteln gegen vier Genossen Strafbefehle von je 10 M. verhängt wurden. Auf Einspruch hiergegen wurden dieselben vom Schöffengericht Dichtenberg zu 15 M. und Kosten verurteilt. Hiergegen wurde Berufung eingelegt und wurden die betreffenden Genossen vom Landgericht freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt, weil für die Verteilung der Zettel je 60 Pf. Bezahlung gegeben war. Aus der Wahl der Funktionäre gingen hervor: als Bezirksleiter Kümmerling; Stellvertreter Alb. Schmidt; Kassierer Fuchs; Schriftführer Himpel; Beisitzer, Frau Wuchmann, Fuchs, Schenke; Revisoren: Klotz, Dietel, Reich, Herrnsdorf; Expedition und Bibliothek: Schenke; Lokalkommission: Weichroth; Festkomitee: Ertelowsky, Frau Weichroth, Demmer. Als Bezirksleiter wurden bestätigt die Genossen Franz, Reich, Drageheim, Demmer, Fuchs und Reich.

Vuch.

„Freies Wahlrecht oder Mandatskassierung und Ausnahmengesetz?“ war das Thema, über welches Genosse Dillmann am Sonntag vor einer gut besuchten Versammlung referierte. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine Diskussion, an welcher sich die Genossen Selke und Neumann beteiligten. Die Patienten der Gelnahütte in Vuch hatten eine Sympathieerklärung eingebracht, welche der Vorsitzende zur Verlesung brachte und von den Versammelten mit großem Beifall aufgenommen wurde. In derselben wird der Unwille gegen das wahlrechtsfeindliche Unterparlament sowie gegen das brüske Auftreten des „freikümmigen“ Hühners im Abgeordnetenhaus zum Ausdruck gebracht. Nach der Versammlung

erklärten 7 Genossen ihren Beitritt zum Wahlverein. Der Gesangsverein „Wach auf“ von Franz Buchholz hatte vor und nach der Versammlung ein Lied vorgetragen.

Gerichts-Zeitung.

Eine Blamage der Kunstpolizei.

Eine kleine Kunstausstellung wurde gestern der ersten Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt. Auf dem Zeugenstand stand inmitten einer Anzahl von Pappschachteln, die mit Abbildungen bekannter Kunstwerke gefüllt waren, eine Bronzefigur: „Doreley“, ein Werk des Bildhauers Limburg. Das die „Doreley“ im Original dem Gericht vorgeführt wurde, das dankt sie in letzter Linie ihrer völligen Nacktheit, die sie mit dem Ausdruck leuchtender Unbefangenheit im Gesicht, offen zur Schau trägt. — Merkwürdig, daß die Richter angesichts der nackten weiblichen Figur ihre Gesichter nicht schamhaft verhallen. Steht doch die Staatsanwaltschaft auf dem Standpunkt, daß Abbildungen dieses und einer Reihe anderer erklaffter Kunstwerke geeignet sind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl normaler Menschen zu verletzen. Eine Ansicht, welche zunächst in dem Kopfe eines Bromberger Polizeibeamten namens Rodolla auftauchte, von der Staatsanwaltschaft als berechtigt angesehen wurde und schließlich zu einer — Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Bildwerke führte.

Der Polizeibeamte Rodolla ließ sich im Baden eines Fräulein Kaufmann in Bromberg Anstandslos vorlegen. Eine Anzahl von Abbildungen nackter und nur teilweise bekleideter Figuren verletzten das Scham- und Sittlichkeitsgefühl des polizeilichen Normalmenschen. Er nahm diese Bilder in Beschlag, damit nicht durch deren Verkauf an andere, ebenso „normal“ empfindende laienliche deutsche Zeitgenossen sittlicher Schaden angerichtet werden könne. Unter den Sachen, die der Polizeibeamte für unzüchtig erklärte, befanden sich Abbildungen der weltbekannten antiken Skulpturen: „Venus vom Kapitol“ und „Venus von Milo“. Ferner fühlte sich das normale polizeiliche Sittlichkeitsgefühl beleidigt durch Abbildungen der „Venus“ von Thorwaldsen, der „Eva“ von Brühl, welche seit Jahren in der Berliner Nationalgalerie eine Freude für jeden kunstsinigen Besucher bildet, der schon erwähnten „Doreley“ und mancher anderen Nachbildungen von Meisterwerken der Plastik.

Die Staatsanwaltschaft hat sich die sittlichen Empfindungen des Bromberger Normalmenschen nicht völlig zu eigen gemacht. Einige der als unzüchtig mit Beschlag belegten Bilder hat sie freigegeben, aber es blieb noch eine stattliche Kollektion übrig, deren Verbreitung die Staatsanwaltschaft für strafbar erklärt wissen wollte. Der in dem Bromberger Verkaufsladen eröffnete Feldzug gegen die angeblich unzüchtigen Meisterwerke der Kunst wurde auch auf die Berliner Firma Adolf Engel ausgedehnt, welche die betreffenden Abbildungen hergestellt und im Großhandel vertrieben hat.

Unter Anklage standen der Geschäftsführer Oberbed von der Firma Adolf Engel und Fräulein Kaufmann, die Händlerin aus Bromberg.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Firma Engel seit Jahren nach bekannten Meisterwerken der Malerei und Bildhauerei von der Antike bis auf die neueste photographische Brombildkopien in Postkartenformat, sogenannte Künstlerpostkarten anfertigt. In einem Album, welches dem Gericht vorlag, sind über 400 solcher Bilder enthalten. Wie Herr Oberbed sagte, soll durch diese Reproduktionen die Kunst in weite Kreise verbreitet werden. Nur ein kleiner Teil der Bilder stellt nackte Figuren dar und nur solche sind für das gegenwärtige Verfahren herausgesucht worden. Um feststellen zu lassen, daß die unter Anklage gestellten Bilder nicht unzüchtig, sondern künstlerisch sind, hatte Oberbeds Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, mehrere Künstler als Sachverständige laden lassen.

Bildhauer Otto Rietsch erklärte die in Frage stehenden Abbildungen als künstlerisch wertvolle Reproduktionen von Kunstwerken, die durchaus nicht anstößig sind.

Dr. Statius, früher Betriebsleiter bei der Neuen Photographischen Gesellschaft gab sein Gutachten dahin ab, daß die vorliegenden Bilder nicht nur künstlerisch sondern auch technisch das Beste sein, was in der Art geleistet werde.

Der dritte Sachverständige, Bildhauer Professor Dr. Arthur Schulz sagte, er habe im Jahre 1900 ein Sammelwerk herausgegeben, welches dem deutschen Kaiser und dem Könige von Sachsen zugegangen sei. Aus diesem Werke habe Oberbed auch eine Anzahl von Bildern reproduziert, wobei er sich mit Unterstützung des Sachverständigen nur von künstlerischen Gesichtspunkten leiten ließ.

Bildhauer Gretschner, der vierte Sachverständige: Die unter Anklage stehenden Reproduktionen seiner eigenen Werke seien in künstlerischer Hinsicht so vorzüglich, daß er beim ersten Anblick derselben eine lebhaftige Freude empfunden habe. Zwei dieser Werke habe er in dem katholischen Titel verkauft, wo man in sittlicher Hinsicht sehr streng ist.

Bildhauer Limburg begutachtete die Reproduktion seiner „Doreley“ als vorzüglich und fügte hinzu, das Original war schon auf mehreren Kunstausstellungen und ist auf der Großen Berliner Kunstausstellung vom Kaiser mit Medaillen ausgezeichnet worden.

Nach diesem Ergebnis der Vernehmungen hielt es der Staatsanwalt für geraten, den Rückzug anzutreten. Er beantragte die Freisprechung beider Angeklagten, jedoch forderte er die Einziehung einer Reproduktion der Venus von Tizian.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine sowie der Verteidiger der zweiten Angeklagten begründeten die Freisprechung ihrer Klienten und die Ablehnung des staatsanwaltlichen Antrages unter eingehender Würdigung der in Frage kommenden tatsächlichen und rechtlichen Momente.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung der beiden Angeklagten, weil die Bilder nicht geeignet sind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl normaler Menschen zu verletzen. Auch die Einziehung der Tizianischen Venus lehnte das Gericht ab.

Die Stadt, jede, auch die feuchteste künstlerische Darstellung des Nackten mit dem Polizeinippel zu bedrohen, ist durch diesen Prozeß wieder einmal an den Pranger gestellt worden.

Vermischtes.

Schnee und Hochwasser.

Schnee und Hochwasser haben in den letzten Tagen erhebliche Schädigungen angerichtet. In Thüringen hat es seit sechs Tagen auf den Höhenorten des Thüringer Waldes unaufhörlich geschneit. Die Schneehöhe beträgt stellenweise 2½ Meter und die Schneepflüge auf den Gebirgsbahnen und Waldstraßen können fast nicht mehr verkehren. Tag und Nacht sind zahlreiche Arbeiter, die zu Schneeschaukelkolonnen vereinigt wurden, bemüht, die Eisenbahnstrecken schneefrei zu halten. Trotzdem bleiben zahlreiche Säge der Strecken Jülmann-Großbreitenbach, Stägerbach-Schmiedefeld, Wrasenrode-Oberhof-Suhl, Sonneberg-Lauscha im Schnee stecken. Die Fahr- und Vorempfänger kommen dort, wo sie überhaupt verkehren können, mit stundenlangen Verspätungen an. Auswärts beschäftigte Arbeiter aus den Höhenorten können nicht zu ihren Arbeitsstätten zurückkehren. Die hochgelegenen Waldorte Lauscha, Jgelsch, Siegmundsburg, Scheide, Limbach, Neuhaus am Rennsteig haben durch mehrstündige Schneefürne am meisten zu leiden gehabt. Sie waren zeitweise vom Verkehr abgeschnitten. In Steinheid, einem Orte mit 2000 Einwohnern, die fast durchweg als Holzarbeiter in

der Holzindustrie tätig sind, war trotz der von der Gemeinde errichteten Schneeschutzbäume der ganze Ort verweht.

Das inzwischen plötzlich eingetretene Tauwetter hat auch umfangreiche Ueberschwemmungen zur Folge gehabt, speziell der Mühlflüsse Thüringens, des Harzes und des Wuppergebietes. Hierüber liegen folgende telegraphische Meldungen vor:

Erfurt, 4. Februar. Das Hochwasser in den hiesigen Flußläufen nahm im Laufe des Vormittags einen bedrohlichen Charakter an. Von den Orten des Thüringer Waldes wurden die städtischen Behörden telegraphisch verständigt, daß die Hochwassergefahr wachse. Aus Mühlhausen wurde gemeldet, daß die Unstrut bis 4,40 Meter gestiegen sei und weite Strecken überschwemmt habe. Aus Sonderhausen wurde berichtet, daß der Verkehr auf den Eisenbahnstrecken Nordhausen-Erfurt und Hohenbrenra-Mühlhausen Störungen erlei. In Sonneberg ist die obere Stadt unter Wasser gesetzt. Nach den neuesten Meldungen aus Heiligenstadt ist die Hochwasserflutstrophe auf dem Eichsfelde viel gefährlicher, als zuerst angenommen wurde. In Duderstadt steht die Bahnhofstraße unter Wasser.

Eine amtliche Meldung aus Erfurt besagt: Die Strecke zwischen Greußen und Kleinrurta ist wegen Hochwasser auf etwa 48 Stunden gesperrt.

Freiburg i. S., 4. Februar. Das plötzlich eingetretene Tauwetter, in Verbindung mit anhaltenden Regengüssen, hat hier und in der Umgegend großen Schaden angerichtet. Die Mulde und die Vordröhre führen Hochwasser. Die freiwillige Feuerwehr mußte in vielen Fällen zur Hilfeleistung aufgerufen werden. Auch die Zufüsse der Elbe führen infolge der Schneeschmelze gefährliches Hochwasser.

Nordhausen, 4. Februar. Amtliche Meldung. Strecke Sangerhausen-Nordhausen ist wegen Ueberschwemmung bei Heringen heute früh 10 Uhr 30 Min. gesperrt. Schnellzüge Halle-Kassel werden ab Sangerhausen über Erfurt nach Kassel, Züge Kassel-Halle ab Leinefelde über Gotha, Erfurt nach Halle geleitet. Sonberzüge fahren ab Nordhausen nach Kassel. Reisende von Nordhausen nach Berlin werden über Herzberg-Seeßen befördert.

Heiligenstadt, 4. Februar. Infolge starken Regens und plötzlich eingetretener Tauwetter führen die Geleise und die Leine seit Mitternacht Hochwasser, das die angrenzenden Stadtteile überschwemmt. Bis 8 Uhr waren die Pluten so gestiegen, daß der gesamte Geschäftsverkehr lahmgelegt war. Die Geschäftshäuser sind infolgedessen geschlossen, die Fabriken feiern. Die Geleise fließt wie ein reißender Strom durch die Hauptgeschäftstraße und überflutet die ganze Altstadt. Der südliche Schlachthof sowie das Elektrizitätswerk stehen unter Wasser. Der Friedhof gleicht einem See, und die Besitzer der umliegenden Mühlen schweben in Lebensgefahr. Der Materialladen ist sehr groß. Die Behörden sind seit Mitternacht unaufhörlich mit Rettungsarbeiten beschäftigt. Aus den umliegenden Dörfern wird gleichfalls Hochwasser gemeldet.

Aus Hannoversch-Münden wird berichtet: Durch Hochwasser infolge der plötzlich eingetretenen Schneeschmelze ist der Bahnbetrieb auf der Strecke Münden-Nordhausen-Eisenberg-Göttingen gestört. Die Züge erleiden mehrstündige Verspätung. Berra und Kusba führen der Weiser gewaltige Wassermassen zu. Die Plüße steigen so schnell, daß das Hochwasser gefährlich zu werden beginnt.

Holzminde, 4. Februar. Infolge der plötzlichen Schneeschmelze und der starken Regengüsse ist hier Hochwasser eingetreten. Die Straßen stehen unter Wasser. Aus der Umgebung werden große Verkehrsstörungen gemeldet. Unter anderem ist die Eisenbahnbrücke, welche zwischen Dübbergen und Erdmerben über die Räfte führt, unterspült. In der Nähe von Godelheim ist der Eisenbahndamm unterspült und infolgedessen ein Dammbruch eingetreten. Die Züge müssen umgeleitet werden.

Göttingen, 4. Februar. Amtliche Meldung. Strecke Göttingen-Eisenberg ist wegen Ueberschwemmungen seit heute morgen 5 Uhr unfahrbar. Störung wird mindestens bis morgen mittag 12 Uhr dauern. Durchgangsverkehr wird ab Göttingen und Eisenberg über Münden-Dransfeld geleitet. Zwischen Friedland (Hannover) und Eisenberg ist für Personenverkehr Pendelbetrieb eingerichtet.

Frankfurt a. M., 4. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Aus der ganzen Provinz Hessen-Rassau werden schwere durch Hochwasser entstandene Schäden gemeldet. In Wilschauer bei Marburg wurden zwei Bahndämme zerstört. Das ganze Werratal steht unter Wasser. In Eschwege im Wahlkreise Eschwege-Schmalldeden wurden Häuser fortgerissen. Die Bahnstrecke Cassel-Dransfeld ist stark gefährdet, da an mehreren Stellen die Bahndämme durchbrochen sind. Der Telephonverkehr in der Umgegend von Cassel ist unterbrochen. In Cassel sind die niedriger gelegenen Straßen überschwemmt. Im Dämeltal ist ebenfalls Hochwasser. Der Bahnhof Kengelburg in der Nähe von Cassel ist gänzlich abgeschnitten. Die Postverbindung ist vollkommen unterbrochen. Es wurden Dragoner alarmiert. Bei Hofgeismar sind beide Seiten des Eisenbahndammes, so weit man blicken kann, überschwemmt. Die Bahnstrecke Hofgeismar steht in Höhe von 20 Zentimeter unter Wasser.

Die Unstrut ist gleichfalls aus ihren Ufern getreten. Der Verkehr auf der Bahnstrecke Hohenbrenra-Mühlhausen ist unterbrochen. Das Eichsfeld steht teilweise auch unter Wasser, desgleichen die Bahnhofstraße in Suderstadt.

Ueber die Ueberschwemmungen im Wupper-tale liegt folgende Meldung aus Solingen vor: Seit heute morgen führen die Wupper und ihre Nebenflüsse Hochwasser. Die Straßenbahngesellschaft für die Strecke Solingen-Burg-Wermelskirchen-Kreuzfeld mußte den Betrieb einstellen. Das Städtchen Burg steht unter Wasser. — Aus allen anderen Ortschaften, die an der Wupper liegen, wird ebenfalls gefährliches Steigen des Hochwassers gemeldet.

Auch die Ruhr führt Hochwasser, wie aus folgender Meldung aus Hagen i. Westf. hervorgeht: Die Ruhr und ihre Nebenflüsse führen infolge des seit Montag ununterbrochen niedergehenden Regens und der dadurch bewirkten plötzlichen Schneeschmelze gewaltige Mengen Hochwasser mit sich. Weite Strecken sind überschwemmt. Die Brücken leichterem Bauart wurden an vielen Orten weggerissen.

Unwetter in Wien und Niederösterreich. Seit gestern wütet, wie eine Meldung aus Wien besagt, in der Stadt ein orkanartiger Sturm mit heftigem Regen, der den ganzen Tag über anhält. Zahlreiche Häuser wurden beschädigt, viele Personen erlitten durch herabfallende Ziegelscheiben und fensterheischen Verletzungen. Auch aus anderen Orten Niederösterreichs wird großer Sturm gemeldet.

Ein schauriger Fund ist in der Forst bei Rüstentwale gemacht worden. Dort wurde in einem Dickicht das Skelett eines etwa 14-16jährigen Knaben entdeckt, von welchem der Kopf abgerissen war. Die Leberreste des Kopfes hingen an einer Nieser. Allem Anschein nach handelt es sich um den Selbstmord eines jungen Gurken, der verumtlich lediglich zur Ausföhrung der Tat von Berlin nach Rüstentwale geföhren war. Das Knochengerüst steckte noch in der Kleidung, die in schwarzen Manchesterhosen, braungrauer Joppe, schwarzer Kammgarne, bläulichgrünlichen, schwarzen Wollstrümpfen und blauegestreiftem Arbeitshemd bestiet. Auf der Kopfhaut wurden noch einige Büschel braunröthlichen Haars

borgefunden. Ein braungefärbtes Halsbänd hatte der jugendliche Selbstmörder, der die Tat vielleicht schon vor einem Jahre verübt hat, in Streifen zerrissen und sich daran gehängt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Theorie vom blauen und roten Blut. — Entwicklungsgeschichtliches über die Kontraktile Indusie von Otto Dür. — Theorie und Praxis in der Gemeindepolitik. Von A. Simon (München). — Abkühlung der indirekten Verbrauchssteuern in den Gemeinden. Von Hans Schiller (München). — Abschaffung aller indirekten Steuern. Von G. Klampfer (München). — Gewerlichkeitssteuern und Verle. Eine Erwiderung. Von Hermann Peters (Dortmund). — Das Ende des schließlichen Dreiklassenparlamentes. Von Gustav Klein. — Literarische Rundschau: Paul Hirsch, „Kantonschwanz“; Rühre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde. Von ew. Dr. A. Kucanowski. Die Entwicklung der gewerlichen Löhne. Von ad. br. — Notizen: Deutschland in der Welt vorant! Von k. — Gelehrtenkauen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verwaltungen und Kolportage zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Heft für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und soeben Nr. 9 des 19. Jahrgangs zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Charles Darwin. Von Eugen und Hannah Lewin-Dorff. — Die preussische Jägergesetzgebung am Pranger. — Zum Arbeitskammergesetz. Von gh. — Das Ausland im Jahre 1908. I. Von H. B. — Die Womelhausange. Von G. G. (Hortlehre). — Die Gründung des Zentralverbandes für Hausangestellte. — Rongreh der Arbeiter Deutschlands. Von W. K. — Aus der Bewegung: Zur Beachtung! — Von der Agitation. — Bericht der Kinder-Schutzkommission für Altona-Ottensen. — Aus der Jugendbewegung. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerlichkeits Rundschau. — Der Zentralverband für Arbeitsnachweis zu Berlin. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenkammern. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Für unsere Litteratur und Hausfrauen. Von Herrn. Rung. — Die Verdauungsorgane und ihre Funktion. I. — Mein Hunger. Von L. L. — Die Mutter als Erzieherin. — Familien: Die Frau. Von Ida Regri. — Die Schlacht bei Sedan. Von Philipp Langmann. (Schluß). — Die Frau im Kriege. Von W. B.

Für unsere Kinder: Mut. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht). — Darwin. Von Brand. — Fausts Cäcilie! Von Anna Kologan. — Karl. Von Wilhelm Vohsen. (Gedicht). — Von wilden Wäldern. — Die beiden fangelunden Mäler. — Ausfahrt. Von Gustav Halle. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf., unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnements 2,00 M.

Mit und For. Roman von F. Huch. 1,80 M. M. Langewiesche-Brandt, München.

Kimen. Über wie — und warum? Von A. P. Winkmann. 1,20 M. Feiler u. Vammes, Berlin W. 8.

Die Orientwirren. Von D. Trieth. Neuer Frankfurt Verlag, Frankfurt a. M.

Eine kirchliche Schwerebahn. Von P. Bernstein. 68 Seiten. R. Strecker, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

M. R. 1000. 1. Wenden Sie sich an das dortige Ministerium ohne nähere Bezeichnung. 2. Ja, wenn nicht etwa Ihr schriftlicher Vortrag dem entgegensteht, wie das die meisten Berliner Meiderträge tun. — G. Z. 3. 1. Ohne Kenntnis des Inhalts des Testaments und Vorlegung, was Sie unter Anführung verstehen, ist diese Frage nicht zu beantworten. 2. Ein eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament, das richtig baltet ist, ist ohne weiteres gültig. — G. R. 2. 1. Nein. 2. Ja; die Abhängigkeitsfreiheit hängt davon ab, auf welche Zeit Lohn vereinbart ist. 3. Nein. — Metallarbeiter. Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. Ihre Frau, wenn sie großjährig ist (über 21 Jahre). Der Wert des Bundes würde mit der Hälfte des Preises bezahlt sein. — G. R. 4. 12. Schwerlich. — G. R. 13. Nein. 13. 32. Der Betreffende könnte versuchen, bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen sich zu erwirken. — G. R. 2. Nein. — 24. 32. Versuchen Sie es mit einer Anfrage bei der Münchener Polizei. — A. Jakob 1. 1. Die Urkunde würde genügen. 2. Die Mutter kann auf Herausgabe der Police klagen. Die Adresse des katholischen Begräbnisbundes ist uns nicht bekannt. — P. S. 200. Am Fall eines Vorgesches würden Sie voraussichtlich zur Zahlung verurteilt werden. — H. S. 21. Die Abgabe ist möglich. Wenden Sie sich direkt an das Polizeiamt. — W. G. Rühringen. 1. Leider ja. 2. General, unseres künftigen Generaloberst. — M. R. W. 8. 1. 1. Klar haben Sie zu zahlen. 2. Die Frau könnte auf Herausgabe klagen. 3. Nein. — Merkenheim. Karl Gendel wohnt München-Bogenhausen, Aufsehlplatz 2. — P. 13. Ja. — J. 2. 130. Ein Testament kann beim Gericht oder beim Notar oder auch eigenhändig errichtet werden. Das eigenhändige Testament muß selbst geschrieben und unterschrieben sein. Beispiele und Anleitung zur Errichtung des eigenhändigen Testaments finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — P. H. 61. Nein. — W. G. 18. 1. Ja. 2. Nach zutreffender Ansicht nicht. 3. Ja. Aber es kann Strafausschlag gewährt werden.

Amtliche Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft schließend, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr genügend, in Puten reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise beständig. Fische: Zufuhr ziemlich genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft anhaltend still, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	3. 2.	2. 2.		3. 2.	2. 1.
	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾
Memel, Lütke	210 ⁹⁾	-3	Saale, Gredlich	128	+4
Regel, Ansternburg	19	-2	Uabel, Spandau	62	+4
Weichsel, Thom	106 ⁹⁾	-4	Mathenow ²⁾	108	+3
Oder, Ratibor	101	0	Spree, Spremberg ³⁾	74	+4
Kroffen	63 ⁹⁾	-8	Wreslau	73	+3
Frankfurt	167 ⁹⁾	-11	Weser, Minden	-50	-3
Elbe, Schrimm	36	-4	Weser, Minden	-46 ⁴⁾	+6
Landsberg	45 ⁹⁾	-2	Rhein, Rheinfelden	304	+4
Nehe, Borsdam	142 ⁹⁾	+28	Kraib	74 ⁵⁾	+3
Elbe, Leimertig	-18	+12	Kraib	82 ⁶⁾	-5
Dresden	-118 ⁹⁾	+12	Neckar, Heilbronn	52	+3
Bertha	-5 ⁹⁾	0	Rain, Wehrheim	108	+11
Magdeburg	10 ⁹⁾	0	Weser, Lütke	64	-4

¹⁾ + bedeutet Wuchs. — ²⁾ Fall. — ³⁾ Unterbezel. — ⁴⁾ Glühend. — ⁵⁾ teilweise Glühend. — ⁶⁾ schwaches Treiben. — ⁷⁾ eckig. — ⁸⁾ Treiben. Nach telegraphischer Meldung von heute hat die Magdeburger Hochwasser mit Elbe, Wasserstand am Pegel bei Lützen um 0⁹⁾ Uhr vormittags: 170 cm, noch steigend.

Die Berglandslüsse im oberen und mittleren Wesergebiet haben ebenfalls Hochwasser, und zwar teilweise recht bedeutendes, so z. B. Oder und Leine.

Witterungsüberblick vom 4. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft = 60°	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft = 60°
Stettin	744,3		4 mäßig	0	Stettin	741,3		2 Schnee		-12	
Darmstadt	740,3		5 Regen	6	Petersburg	748,0		4 Schnee		-11	
Berlin	748,3		2 bedeckt	6	Schiff	765,3		5 bedeckt		10	
Frankfurt a. M.	737,3		3 Regen	7	Aberdeen	761,3		3 bedeckt		10	
München	759,3		7 bedeckt	5	Paris	765,3		3 bedeckt		8	
Wien	753,3		9 Regen	5							

Wetterprognose für Freitag, den 5. Februar 1909. Etwas kühler, zeitweise heiler, jedoch unbeständig mit einzelnen Regenschne- oder Graupelgewittern und häufigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

